RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

01 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Bildungsförderung
Erwerbstätigkeit 2021
Verfügbares Einkommen 2020

Fotonachweis

T i t e l f o t o : © Chinnapong – stock.adobe.com

Um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, unabhängig von ihrer finanziellen Situation einen Studien-, Ausbildungs-, Fortbildungs- oder Schulabschluss zu erlangen, haben sich mehrere staatliche Förderprogramme etabliert. Zu den bekanntesten Programmen gehört das BAföG: Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 19 200 studierende BAföG-Empfängerinnen und Empfänger verzeichnet.

B e i l a g e : Rheinland-Pfalz Regional: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz – Ein Vergleich in Zahlen

01 2023

STATISTISCHE MONATSHEFTE

76. Jahrgang

kurz + aktuell 3

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Insolvenzen
Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Bildung
Umwelt ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 21

Konjunktur aktuell 23

Verbraucherpreise 25

Rheinland-Pfalz in Karten:
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2021 26

BAföG & Co.: Angebote und geschlechterspezifische Unterschiede in der Bildungsförderung 27

Erwerbstätigkeit 2021 – Teilzeit ist weiblich, Selbstständigkeit männlich und Befristung jung 36

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2020 – Anstieg in allen Verwaltungsbezirken 48

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 59

Neuerscheinungen 75

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion im Oktober 2022 rückläufig

Die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Oktober 2022 ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte sank der Produktionsindex gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt um 5,1 Prozent.

Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten verglichen mit dem Vormonat einen Rückgang der Güterausbringung. Der Output der Konsumgüterhersteller nahm im Oktober, nach einem kräftigen Plus im Vormonat, um 8,7 Prozent ab. Die Vorleistungsgüterindustrie drosselte ihre Produktion um 4,1 Prozent. Der Güterausstoß der Investitionsgüterproduzenten verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 2,1 Prozent.

Der Rückgang der Produktionsleistung spiegelt sich auch in der Entwicklung der drei umsatzstärksten Industriebranchen wider: In der Chemieindustrie, die zu den Vorleistungsgüterproduzenten gehört und nach den Umsätzen die größte Branche ist, schrumpfte die Produktion im Oktober um 9,1 Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die Investitionsgüter herstellt und die zweitgrößte Industriebranche ist, sank der Output um vier Prozent. Der Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und nach den Umsätzen die drittgrößte Branche ist, verzeichnete einen Rückgang der Güterausbringung um zwei Prozent.

Gegenüber dem Vorjahresmonat blieb die Industrieproduktion im Oktober 2022 unverändert. In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war der Output höher als im Oktober 2021. Das größte Plus gab es in der Konsumgüterindustrie. Auch der Güterausstoß der Investitionsgüterproduzenten nahm zu. Hierfür war vor allem die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie verantwortlich, die ihre Produk-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Okt 2022		Jan bis Okt 2022
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Sep 2022	Okt 2021	Jan bis Okt 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-5,1 % ↓	0 % →	0,7 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-4,1 % ↓	-16,6 % ↓	-6,4 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-2,1 % ↓	3,3 % ↑	4,1 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-8,7 % ↓	40,1 % ↑	15,3 % ↑
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-9,1 % ↓	-29,5 % ↓	-10,9 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-4,0 % ↓	11,3 % ↑	11,2 % ↑
Maschinenbau	-2,0 % ↓	-1,5 % ↘	0,8 % ↗
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-14,8 % ↓	-35,3 % ↓	-9,2 % ↓
Inland	-10,1 % ↓	-24,3 % ↓	-1,8 % ↘
Ausland	-18,3 % ↓	-42,2 % ↓	-13,8 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,3 % ↗	-14,8 % ↓	-9,8 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-27,4 % ↓	-61,6 % ↓	-17,2 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-21,9 % ↓	8,3 % ↑	19,4 % ↑
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3,0 % ↑	-20,0 % ↓	-14,4 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-54,8 % ↓	-83,2 % ↓	-22,2 % ↓
Maschinenbau	-5,5 % ↓	-35,6 % ↓	-14,7 % ↓

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

tion gegenüber dem Vorjahresmonat kräftig steigerte. Deutliche Einbußen verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten, was insbesondere mit der gedrosselten Ausbringung in der Chemieindustrie zusammenhängt.

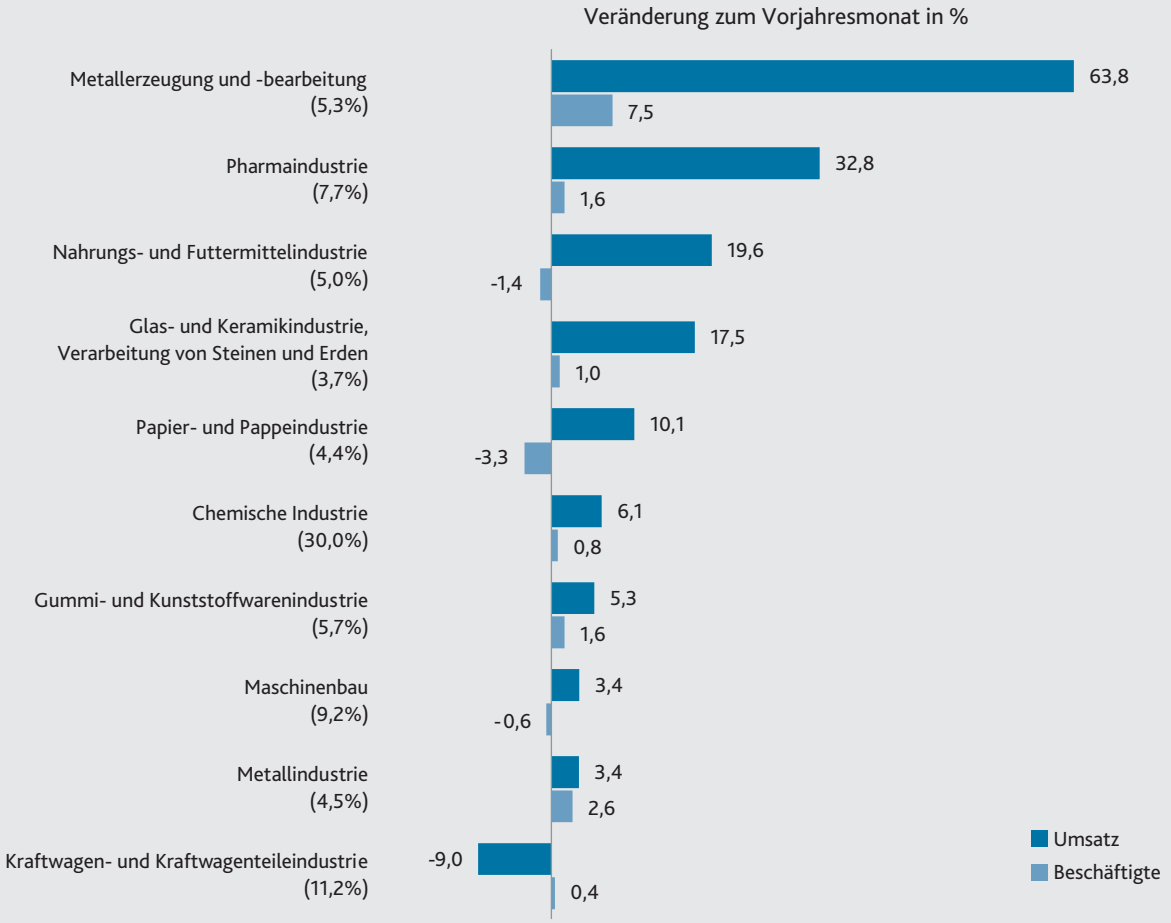
Auftragseingänge sinken im Oktober 2022 deutlich

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ließ im Oktober 2022 merklich nach. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 15 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Oktober gingen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland wesentlich weniger Bestellungen ein als im September (–10 bzw. –18 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen verringerte sich das Ordervolumen im Oktober deutlich: In der Investitionsgüterindustrie sank die Nachfrage im Vergleich zum Vormonat um 27 Prozent. Die Bestellungen in der Konsumgüterindustrie nahmen um 22 Prozent ab, allerdings ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau. In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die bereinigten Auftragseingänge leicht um 0,3 Prozent.

Zur Vorleistungsgüterindustrie gehört unter anderem die Chemieindustrie. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse verbuchten im Oktober drei Prozent mehr neue Aufträge als im Vormonat. In den beiden großen Branchen

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Oktober 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil an den Umsätzen insgesamt

der Investitionsgüterindustrie war die Nachfrage hingegen rückläufig: Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie nahm 55 Prozent weniger Bestellungen entgegen als im September. Im Maschinenbau sank das Ordervolumen um 5,5 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Nachfrage nach Industrieprodukten im Oktober 2022 um gut ein Drittel niedriger aus. Die bereinigten Auftragseingänge lagen um 35 Prozent unter dem Niveau von Oktober 2021. Das Auslandsgeschäft schrumpfte stärker als die Bestellungen aus dem Inland. In zwei der drei Güterhauptgruppen nahm das Ordervolumen ab. Sowohl in der Investitionsgüterindustrie als auch in der Vorleistungsgüterindustrie sank die Nachfrage mit zweistelliger Rate. Nur in der Konsumgüterindustrie gab es einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat. In den drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Niveau von Oktober 2021.

Industrieumsätze im Oktober 2022 mit deutlichem Plus

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Oktober 2022 mehr Umsätze als vor einem Jahr. Die nominalen Umsätze stiegen gegenüber Oktober 2021 um rund 9,1 Prozent (Deutschland: +14 Prozent). In Teilen sind diese Zuwächse auf die deutlichen Preissteigerungen zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Im Oktober 2022 setzten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 9,2 Milliarden Euro um. Die Erlöse aus dem Inland wuchsen gegenüber dem Vorjahresmonat um 18 Prozent. Aufgrund sinkender Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten erhöhte sich der Umsatz aus dem Ausland insgesamt nur leicht um 2,1 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland nahm der Umsatz aus dem Ausland um 15 Prozent und aus dem Inland um 13 Prozent zu. Die Exportquote sank um 3,7 Prozentpunkte auf 53,3 Prozent.

In neun der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige stiegen die Erlöse. Die Metallerzeuger und -bearbeiter erwirtschafteten 64 Prozent mehr, gefolgt von der Pharmaindustrie, deren Umsätze um ein Drittel zulegten. Die Chemische Industrie generierte 6,1 Prozent mehr Erlöse. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten hingegen neun Prozent weniger Umsätze.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Oktober 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 3 700 auf 261 300 (+1,4 Prozent). Sieben der zehn umsatzstärksten Wirtschaftszweige stockten ihr Personal auf, die Metallerzeuger und -bearbeiter am deutlichsten (+7,5 Prozent). Die Hersteller von Metallerzeugnissen beschäftigten 2,6 Prozent mehr Personal, die Papier- und Pappeindustrie 3,3 Prozent weniger. Weniger Beschäftigte gab es auch bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln sowie im Maschinenbau (–1,4 bzw. –0,6 Prozent).

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 setzte die rheinland-pfälzische Industrie knapp 100 Milliarden Euro um und damit 23 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Umsätze aus dem Inland stiegen um 24 Prozent, die aus dem Ausland um 21 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um ein Prozent.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Oktober 2022 nahezu unverändert

Die Auftragseingänge des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes blieben im Oktober 2022 nahezu unverändert. Sie lagen kalender- und saisonbereinigt um 0,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die baugewerblichen Umsätze änderten sich ebenfalls kaum (–0,2 Prozent). Zugleich waren die Auftragseingänge 20 Prozent und die Umsätze 7,5 Prozent höher als im Oktober 2021.

Die Auftragseingänge im Hochbau erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 3,9 Prozent. In zwei der drei Teilbereiche liefen die Geschäfte besser als im September. Im Wohnungsbau nahm das Ordervolumen um 25 Prozent und im gewerblichen Hochbau um 9,4 Prozent zu. Die Nachfrage im öffentlichen Hochbau schrumpfte um 32 Prozent, jedoch ausgehend von einem hohen Niveau. Im Tiefbau gingen im Oktober 2,6 Prozent weniger Bestellungen ein als im Monat zuvor. Dafür verantwortlich waren Einbußen im gewerblichen Tiefbau (–54 Prozent). Allerdings hatten im September Großaufträge einen kräftigen Anstieg in diesem

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Okt 2022		Jan bis Okt 2022
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Sep 2022	Okt 2021	Jan bis Okt 2021
Auftragseingang	0,1 % ↗	19,7 % ↑	10,3 % ↑
Hochbau insgesamt	3,9 % ↑	3,4 % ↑	4,6 % ↑
Wohnungsbau	25,4 % ↑	2,3 % ↑	-9,3 % ↓
gewerblicher Hochbau	9,4 % ↑	11,0 % ↑	11,5 % ↑
öffentlicher Hochbau	-31,5 % ↓	-13,2 % ↓	22,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	-2,6 % ↓	35,2 % ↑	15,8 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-53,8 % ↓	27,7 % ↑	19,2 % ↑
Straßenbau	61,6 % ↑	61,5 % ↑	22,1 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	7,1 % ↑	0,8 % ↑	2,4 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	-0,2 % ↘	7,5 % ↑	9,2 % ↑
Hochbau insgesamt	1,2 % ↗	8,4 % ↑	5,4 % ↑
Wohnungsbau	-4,8 % ↓	2,2 % ↑	21,5 % ↑
gewerblicher Hochbau	7,0 % ↑	19,0 % ↑	-4,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	-0,7 % ↘	-6,3 % ↓	-1,1 % ↘
Tiefbau insgesamt	-1,7 % ↘	6,6 % ↑	13,2 % ↑
gewerblicher Tiefbau	0,9 % ↗	11,6 % ↑	14,7 % ↑
Straßenbau	-4,7 % ↓	2,3 % ↑	12,0 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,4 % ↗	9,4 % ↑	13,9 % ↑

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Segment verursacht. In den beiden anderen Teilbereichen des Tiefbaus lagen die Auftragseingänge über dem Niveau des Vormonats. Im Straßenbau fiel der Zuwachs aufgrund von Großaufträgen deutlich stärker aus (+62 Prozent) als im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+7,1 Prozent).

Gegenüber Oktober 2021 nahmen die Bestellungen im Hochbau um 3,4 Prozent und im Tiefbau um 35 Prozent zu. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Anstieg des Wertes der eingegangenen Aufträge zum Teil durch Preiserhöhungen verursacht wurde, mit denen die Unternehmen Preissteigerungen bei Vorprodukten und Energie an die Abnehmer weitergaben.

Der Tiefbau erzielte im Oktober 2022 geringere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt lagen die Erlöse um 1,7 Prozent unter dem Niveau von September. Im Straßenbau schrumpften die Umsätze um 4,7 Prozent. Die Umsätze in den beiden übrigen Teilbereichen stiegen: Der sonstige öffentliche Tiefbau verzeichnete ein Plus von 1,4 Prozent und die Erlöse im gewerbliche Tiefbau legten um 0,9 Prozent zu. Der Hochbau konnte seine Umsätze im Oktober um 1,2 Prozent steigern. Zurückzuführen war dies auf einen Zuwachs im gewerblichen Hochbau (+7 Prozent). In den beiden übrigen Segmenten waren die Erlöse rückläufig. Die stärksten Einbußen ergaben sich für den Wohnungsbau (–4,8 Prozent). Im öffentlichen Hochbau betrug das Minus 0,7 Prozent.

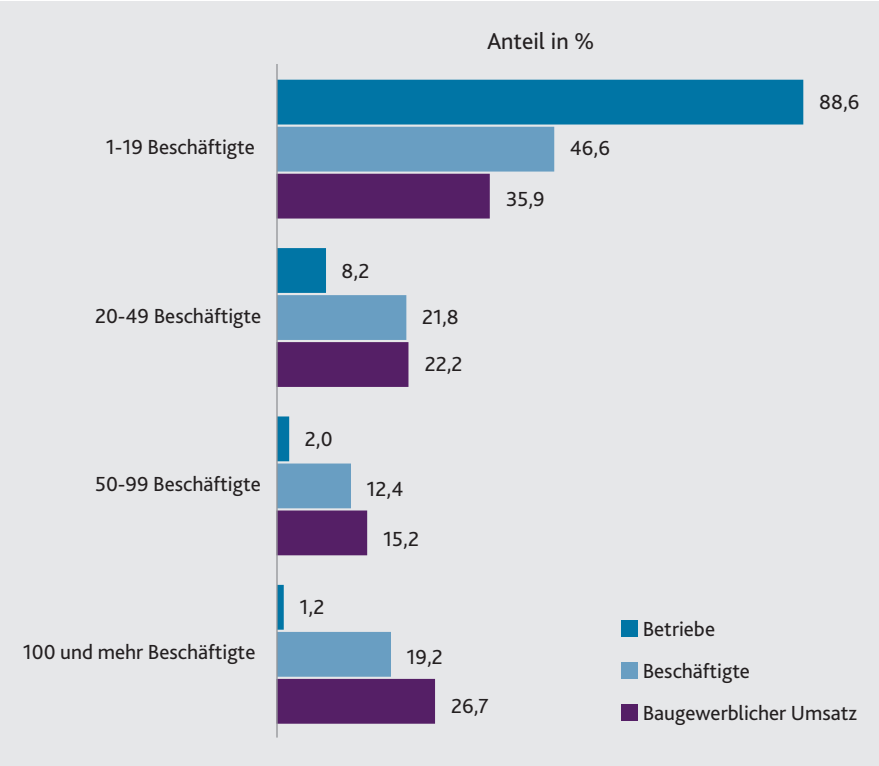
Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau. Die Erlöse lagen um 8,4 bzw. 6,6 Prozent über dem Niveau von Oktober 2021. Allerdings trugen zu diesem Zuwachs auch die stark gestiegenen Baupreise bei.

Umsatzrückgänge im Bauhauptgewerbe 2021

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe hat im Jahr 2021 weniger umgesetzt. Wie auf Basis der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe ermittelt wurde, sanken die baugewerblichen Umsätze um 5,3 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro. Ende Juni 2022 waren rund 45 500 Personen in der Branche tätig, das waren 1,6 Prozent mehr als im Juni 2021. Die Zahl der Betriebe stieg um 2,1 Prozent auf rund 4 000.

In vier der sechs zum Bauhauptgewerbe gehörenden Wirtschaftszweigen verringerten sich die Umsätze. Mehr als 30 Prozent des Umsatzes im Bauhauptgewerbe entfiel 2021 mit zwei Milliarden Euro (–0,4 Prozent) auf die sonstigen spezialisierten Bautätigkeiten, zu denen z. B. Dachdeckereien, Zimmereien und der Gerüstbau zählen. Den größten Rückgang verzeichneten die Erbauer von Gebäuden (Umsatzanteil: 28 Prozent); ihre Umsätze sanken um 14 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro. Die Bereiche „Bau von Straßen und Eisenbahnverkehrsstrecken“ sowie „Abbrucharbeiten

Betriebe, Beschäftigte im Juni 2022 sowie baugewerblicher Umsatz 2021 im Bauhauptgewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen



und vorbereitende Baustellenarbeiten" verzeichneten hingegen jeweils einen Umsatzanstieg von vier Prozent auf 1,4 bzw. 0,3 Milliarden Euro.

Die Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten mussten Umsatzeinbußen hinnehmen: Den größten Rückgang verzeichneten Großbetriebe mit 100 Beschäftigten und mehr sowie die Betriebe mit 20 bis 49 Beschäftigten (–15 bzw. –12 Prozent). Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten realisierten ein Umsatzplus von 5,9 Prozent.

Rund 89 Prozent aller Betriebe im Bauhauptgewerbe haben weniger als 20 Beschäftigte. In diesen Betrieben arbeiten rund 47 Prozent aller Beschäftigten. Ihr Umsatzanteil lag 2021 bei 36 Prozent. Großbetriebe mit mehr als 100 Beschäftigen erwirtschafteten zwar ähnlich hohe Umsätze (Umsatzanteil: 27 Prozent), allerdings ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Gesamtzahl der Betriebe deutlich niedriger (19 bzw. 1,2 Prozent).

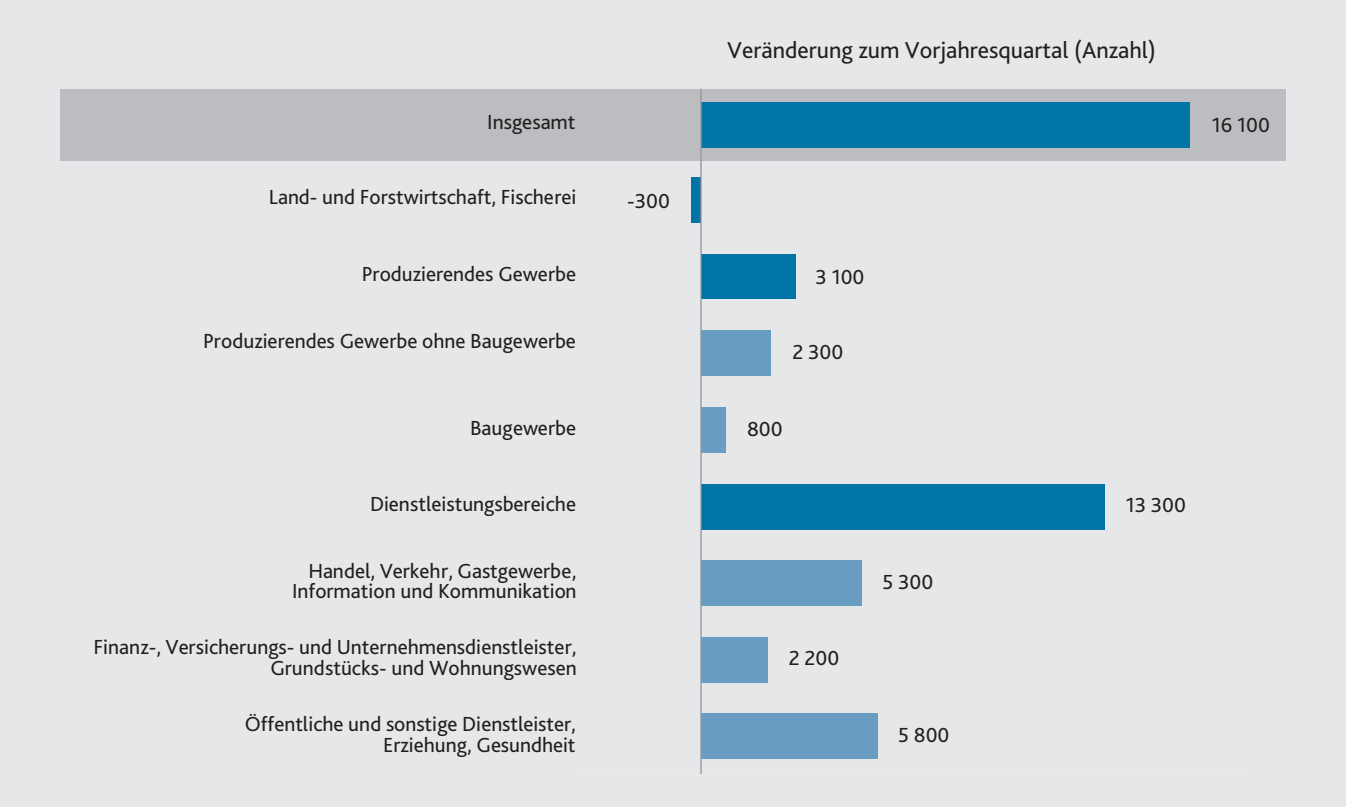
Zahl der Erwerbstätigen steigt im dritten Quartal 2022

Der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt setzte sich im dritten Quartal fort. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz gegenüber dem dritten Quartal 2021 um 16 100 bzw. 0,8 Prozent (Bundesdurchschnitt: +1,1 Prozent). Die Wachstumsdynamik schwächte sich allerdings deutlich ab. In den ersten beiden Quartalen stieg die Zahl der Erwerbstätigen jeweils um 1,4 Prozent.

Eine bessere Entwicklung verhinderte eine weiterhin rückläufige Zahl an Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Auch die Zahl der marginal Beschäftigten verringerte sich im Vorjahresvergleich wieder, nachdem sie zuvor zwei Quartale zulegte. Insgesamt hatten im dritten Vierteljahr 2022 durchschnittlich 2,05 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt noch immer unter dem Niveau der Vor-Corona-Zeit.

Den größten Beitrag zur steigenden Erwerbstätigkeit lieferten die Dienstleistungsbereiche. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm hier im dritten Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13 300 Personen bzw. 0,9 Prozent zu (Deutschland: +1,3 Prozent). In allen drei Teilbereichen des Dienstleistungssektors erhöhte sich die Beschäftigung, allerdings jeweils geringer als im Bundesdurchschnitt. Den größten Zuwachs verzeichnete der Teilbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit" mit +5 800 Personen (+0,8 Prozent; Deutschland: +1,2 Prozent). Ähnlich hoch war der Beschäftigungsanstieg im Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation" mit +5 300 Personen (+1,1 Prozent; Deutschland: +1,7 Prozent). Im kleinsten Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleis-

Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2022 nach Wirtschaftsbereichen



ter, Grundstücks- und Wohnungswesen" stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 2 200 bzw. 0,8 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent).

Das Produzierende Gewerbe verzeichnet ebenfalls weiter steigende Beschäftigungszahlen. Von Juli bis September 2022 arbeiteten in diesem Bereich 3 100 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Plus von 0,6 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, nahm die Erwerbstätigenzahl um 2 000 Personen bzw. 0,6 Prozent zu (Deutschland: +0,4 Prozent). Im Baugewerbe betrug das Plus 800 Personen bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +0,4 Prozent).

Der Trend sinkender Beschäftigung in der Landwirtschaft setzt sich nach kurzer Unterbrechung im ersten Quartal weiter fort. Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen fiel im dritten Quartal 2022 mit 300 Personen allerdings deutlich geringer aus als in den Vorjahren (–0,8 Prozent; Deutschland: –1,7 Prozent).

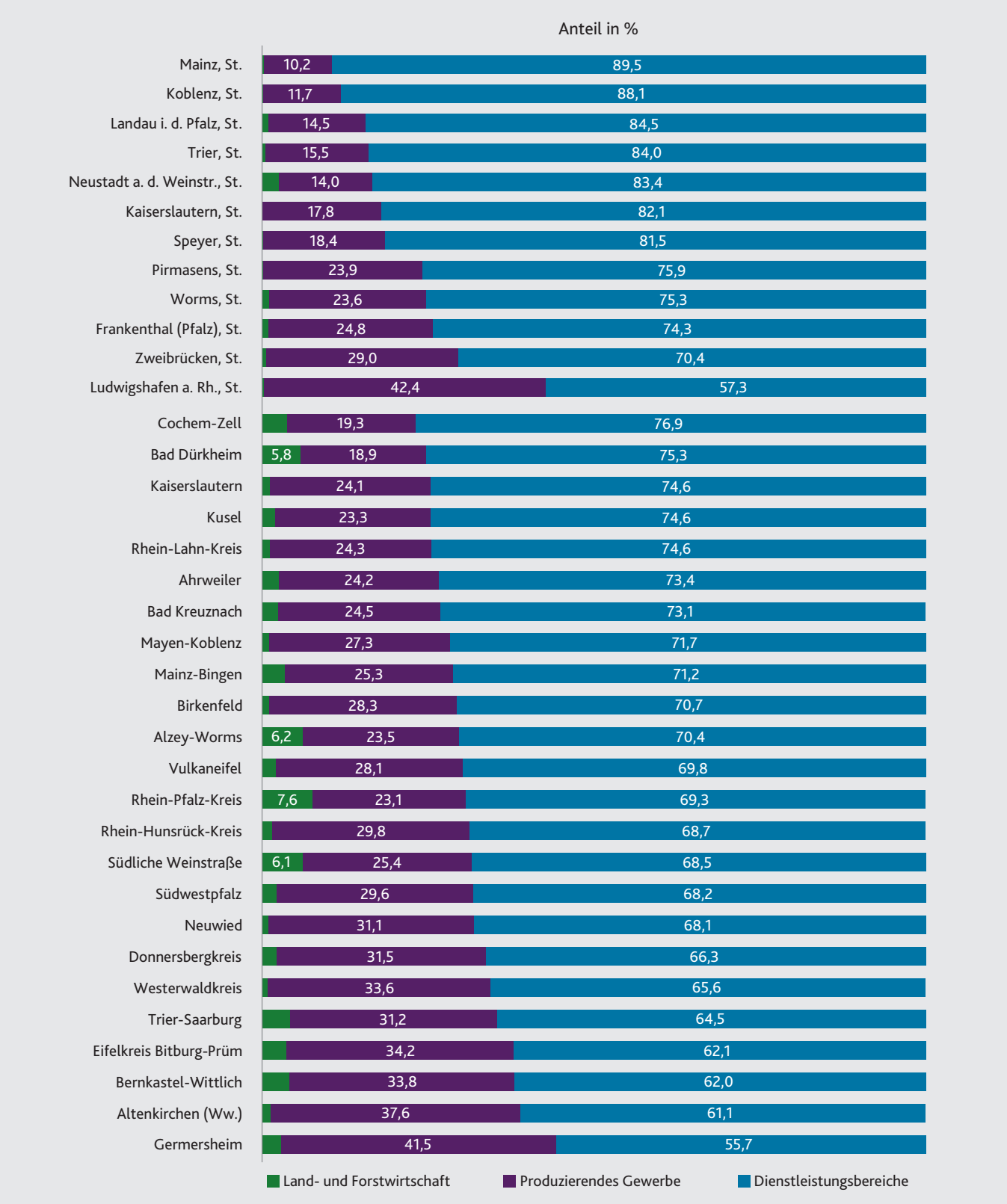
Rund ein Fünftel der Erwerbstätigen arbeitet in den drei größten Städten

Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2021 in den kreisfreien Städten leicht um 0,3 Prozent gestiegen. In den zwölf kreisfreien Städten hatten 0,76 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz; das waren 38 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Rund ein Fünftel aller Erwerbstätigen arbeitete in den drei größten Städten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz.

Die Zahl der Erwerbstätigen in den Landkreisen veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nicht. In den 24 Landkreisen arbeiteten 1,26 Millionen Erwerbstätige, was einem Anteil von 62 Prozent an allen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz entspricht. Im Vergleich der Landkreise gab es die meisten Arbeitsplätze im Westerwaldkreis sowie in Mayen-Koblenz.

Insgesamt stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz 2021 geringfügig um 0,1 Prozent auf 2,02 Millionen. In 20 der 36 kreis-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2021 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

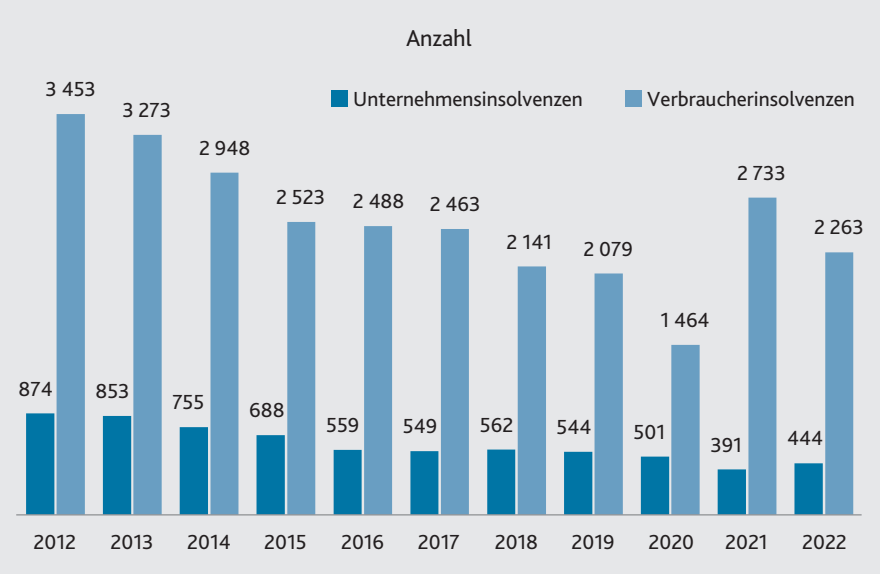


freien Städte und Landkreise sank die Erwerbstätigkeit; am stärksten war der Rückgang im Westerwaldkreis mit –1,7 Prozent. Den höchsten Zuwachs registrierte der Kreis Trier-Saarburg mit +3,6 Prozent. Beide Entwicklungen sind jedoch vor allem auf die Umstrukturierung eines größeren Unternehmens zurückzuführen; eine erhebliche Anzahl von Beschäftigten wird nun statt im Westerwaldkreis in einem anderen Unternehmensteil in Trier-Saarburg geführt.

Die Arbeitsplatzdichte in den kreisfreien Städten ist deutlich höher als in den Landkreisen; viele Erwerbstätige pendeln täglich von den Landkreisen in die Städte. In Rheinland-Pfalz kamen 2021 in den kreisfreien Städten auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren im Durchschnitt 1078 Erwerbstätige, in den Landkreisen waren es nur 659. Wie schon in den Jahren zuvor wies die kreisfreie Stadt Koblenz die mit Abstand höchste Arbeitsplatzdichte auf. Dort kamen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter 1467 Erwerbstätige. Den niedrigsten Wert verzeichnete der Landkreis Südwestpfalz mit 401 Erwerbstätigen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter.

In den kreisfreien Städten sind knapp 80 Prozent aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen tätig; etwa 20 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Mit einem durchschnittlichen Erwerbstätigenanteil von 0,4 Prozent hat der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" in den kreisfreien Städten nur eine sehr geringe Bedeutung. Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe gibt es in Ludwigshafen (2021: 42 Prozent). In Mainz sind 90 Prozent aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsbereichen beschäftigt.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 1.–3. Quartal 2012–2022



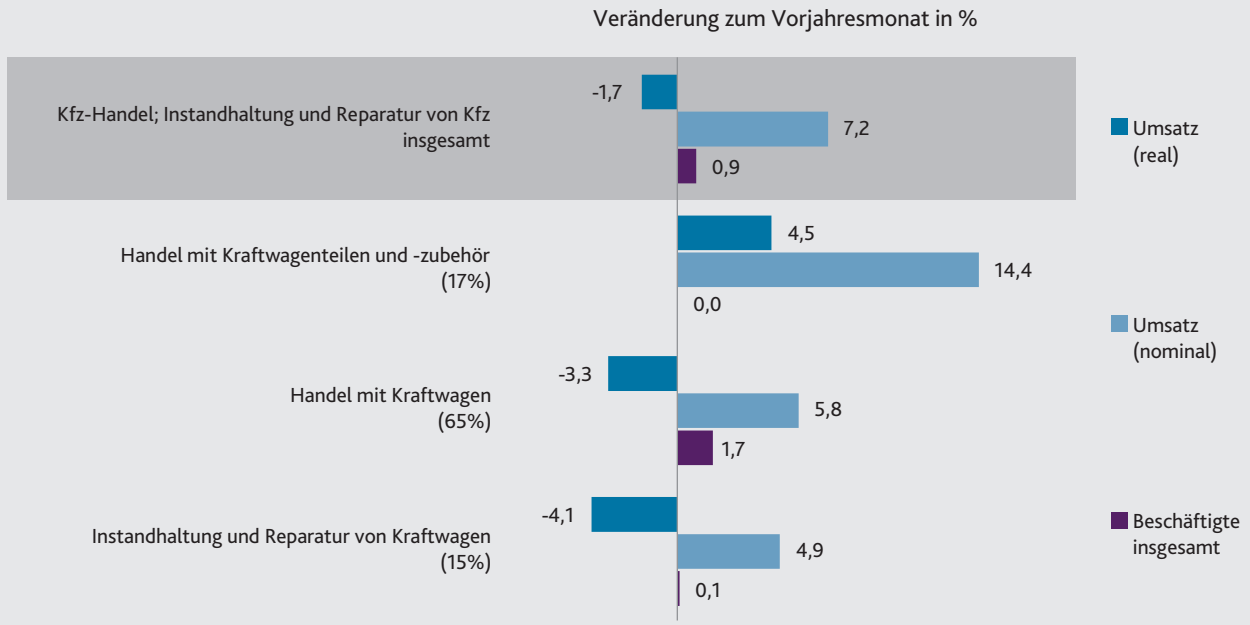
In den Landkreisen liegt der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen mit 69 Prozent deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten. Knapp 29 Prozent der Erwerbstätigen in den Landkreisen sind im Produzierenden Gewerbe tätig. Im Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" arbeiten 2,7 Prozent der Erwerbstätigen. Einen besonders großen Anteil hat das Produzierende Gewerbe mit 41 Prozent im Landkreis Germersheim. Im Kreis Cochem-Zell arbeiten nur 19 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe; hier stellen die Dienstleistungsbereiche mehr als drei Viertel der Arbeitsplätze. Den höchsten Erwerbstätigenanteil in der Landwirtschaft weist der Rhein-Pfalz-Kreis mit 7,6 Prozent auf.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den ersten drei Quartalen 2022 über Vorjahreszeitraum

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz hat sich in den ersten drei Quartalen 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 14 Prozent erhöht. Es stellten von Januar bis September insgesamt 444 Unternehmen einen Insolvenzantrag; das waren 53 mehr als im Vorjahreszeitraum. Dieser Wert liegt jedoch deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre von 585.

Aufgrund der beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten in den ersten neun Monaten des Jahres 3 037 Arbeitsplätze in Gefahr. Gegen-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im September 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

über dem Vorjahreszeitraum war das ein Rückgang um fast 28 Prozent, wobei 2021 einige größere Einzelfälle zum erhöhten Wert beitrugen. Das Gesamtvolumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lag mit 596 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresniveau (+15 Prozent) und war damit der höchste Wert der vergangenen zehn Jahre. Jedes Unternehmen hatte zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags durchschnittlich etwa 1,3 Millionen Euro Schulden.

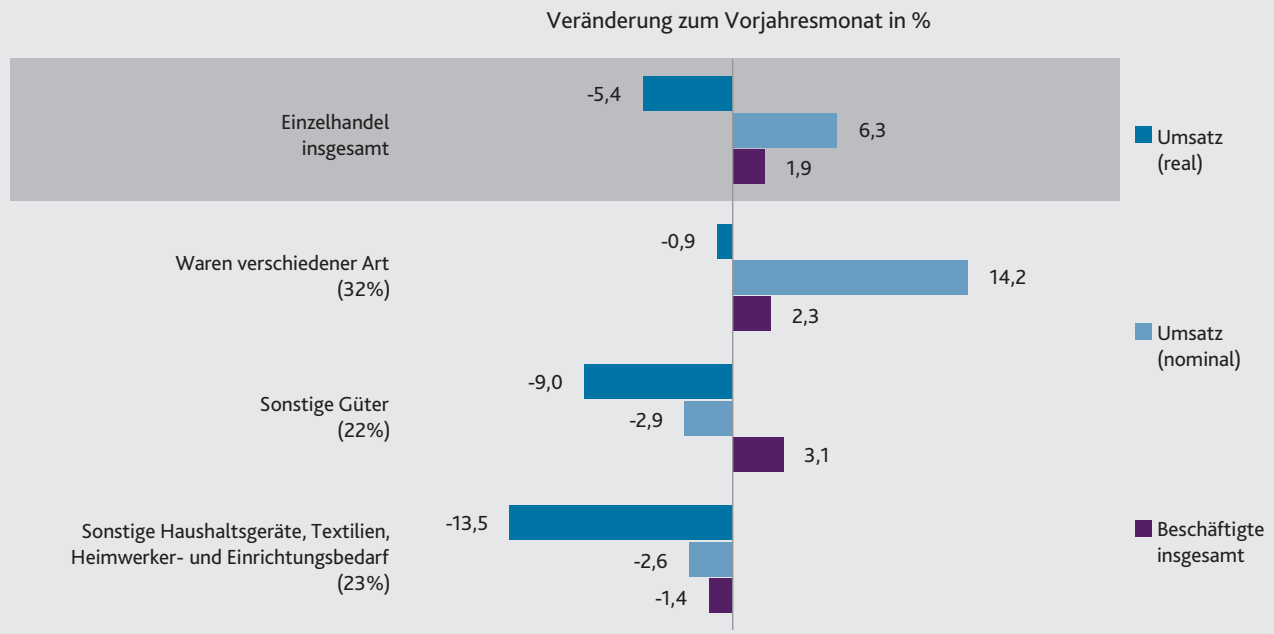
Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe" (76 Anträge). Es folgten „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" mit 62 Fällen und „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" mit 57 Fällen.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzen je 1000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen, lag landesweit bei 3,1, wobei in den kreisfreien Städten (3,6) im Durchschnitt ein höherer Wert zu beobachten war als in den Landkreisen (2,8).

Der deutliche Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen in den ersten neun Monaten 2022 um rund 17 Prozent ist auch auf die stark erhöhte Zahl an Insolvenzanträgen Anfang 2021 und den damit verbundenen Basiseffekt zurückzuführen. Wegen der Verkürzung der Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens von sechs auf drei Jahre haben vermutlich viele Betroffene die Verabschiedung des Gesetzes Ende 2020 abgewartet. In den Folgemonaten führte dies zu einem erheblichen Anstieg der Insolvenzanträge. Im längerfristigen Vergleich scheint sich der kontinuierliche Rückgang in den Verbraucherinsolvenzen bis zum Jahr 2020 nicht weiter fortzusetzen.

Die meisten Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wies in den ersten drei Quartalen 2022 die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 27,7 auf, die wenigsten der Rhein-Pfalz-Kreis (1,9), gefolgt vom Kreis Alzey-Worms (2,7). Landesweit lag der Wert bei 5,5, wobei auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen kreisfreien Städten (8,1) und Landkreisen (4,6) zu verzeichnen ist.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im Oktober 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

Kfz-Handel im September 2022 mit realen Umsatzeinbußen

Der rheinland-pfälzische Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) erzielte im September 2022 weniger reale Umsätze als im Vorjahresmonat. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also preisbereinigt, um 1,7 Prozent niedriger als im September 2021.

Aufgrund der deutlichen Preissteigerungen waren die nominalen Umsätze mit 7,2 Prozent im Plus. Die Zahl der Beschäftigten stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozent.

Der Handel mit Kraftwagen – die umsatzstärkste Sparte – büßte im Vergleich zum Vorjahresmonat real 3,3 Prozent der Umsätze ein. Die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen erzielte 4,1 Prozent weniger, der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör dagegen 4,5 Prozent mehr Erlöse.

Im ersten Dreivierteljahr 2022 lagen die realen Umsätze um 2,8 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (nominal: +5 Prozent). Hauptsächlich ist dies auf die Umsatzeinbußen im Kraftwagenhandel zurückzuführen (real: –5,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stagnierte auf dem Niveau des Vorjahreszeitraumes.

Einzelhandelsumsatz im Oktober 2022 real niedriger als im Vorjahr

Die anhaltenden Preiserhöhungen wirkten sich auch im Oktober 2022 auf die Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aus. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also preisbereinigt, unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats (–5,4 Prozent). Die gestiegenen Preise führten zu einem nominalen bzw. in jeweiligen Preisen gemessenen Umsatzanstieg von 6,3 Prozent.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln gingen die realen Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,7 Prozent zurück (nominal: +13,5 Prozent), im Handel mit Nicht-Lebensmittel waren es acht Prozent weniger (nominal: +1 Prozent).

Alle drei umsatzstarken Handelsbereiche erzielten real weniger Umsätze als im Vorjahresmonat. Im Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien,

Heimwerker- und Einrichtungsbedarf war der Rückgang am deutlichsten (–13,5 Prozent). Im Handel mit sonstigen Gütern, zu dem z. B. Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, sanken die Umsätze um neun Prozent. Der Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen, zu dem beispielsweise Supermärkte gehören, lag mit einem Minus von 0,9 Prozent auf dem Niveau von Oktober 2021.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,9 Prozent. Im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel nahm die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 2,3 Prozent zu; im Lebensmittel-Bereich waren es 1,3 Prozent. Die Händler mit sonstigen Gütern beschäftigten 3,1 Prozent mehr Personal; im Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren waren es 6,3 Prozent. Weniger Beschäftigte gab es im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit sonstigen Haushaltswaren, Sportausrüstungen und Spielwaren (–2,1 bzw. –1,4 Prozent).

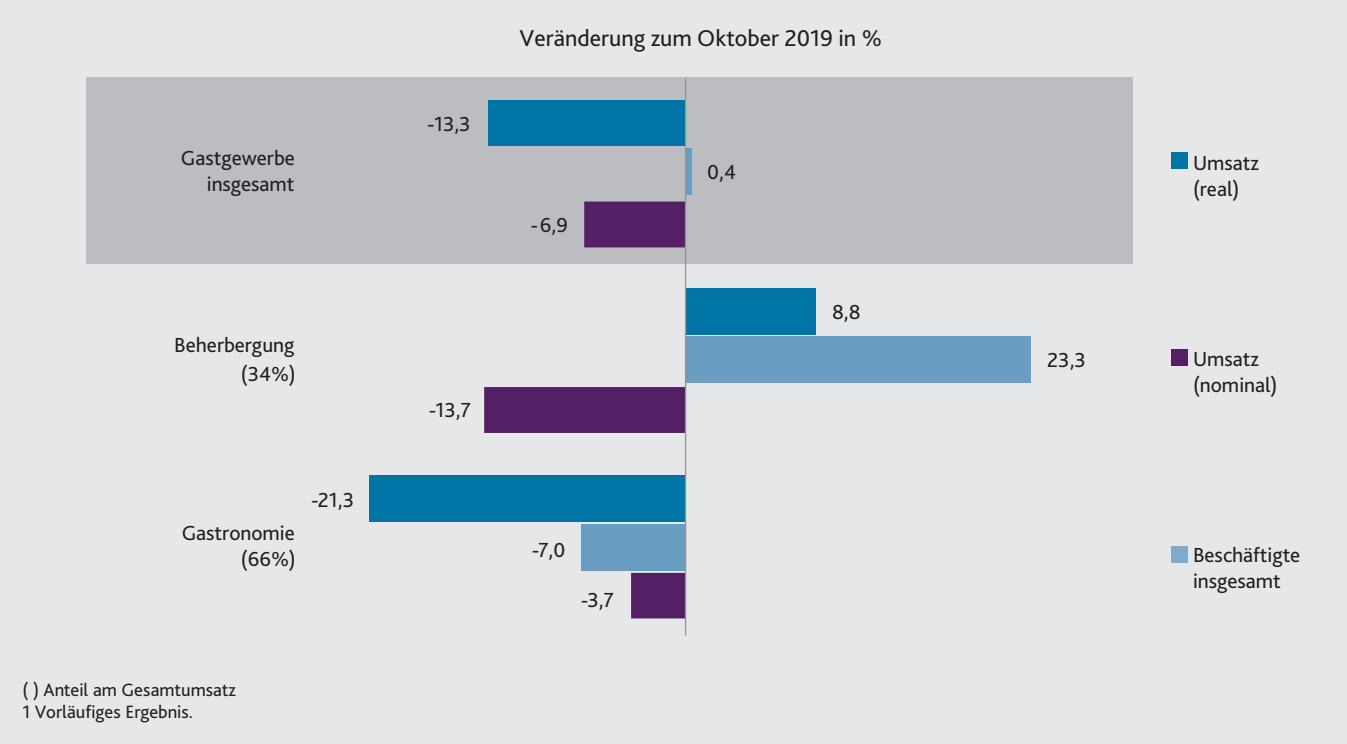
In den ersten zehn Monaten 2022 lag der reale Umsatz um 2,5 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (nominal: +11 Prozent). Im Lebensmittelhandel stiegen die Umsätze real um 0,6 Prozent; im Handel mit Nicht-Lebensmitteln waren es 3,9 Prozent. Die Beschäftigtenzahl des rheinland-pfälzischen Einzelhandels erhöhte sich gegenüber Januar bis Oktober 2021 um 1,8 Prozent.

Gastronomie im Oktober 2022 mit Umsatzeinbußen

Die anhaltenden Preiserhöhungen wirken sich auf die Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe aus – im Oktober 2022 lagen die realen Umsätze unter dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019. Nach vorläufigen Berechnungen waren die realen, also preisbereinigten Umsätze 13 Prozent niedriger als im Oktober 2019. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen stieg der Umsatz gegenüber dem Vergleichsmonat 2019 leicht um 0,4 Prozent. Gegenüber Oktober 2021 nahmen die Umsätze real um 1,3 bzw. nominal um zehn Prozent zu.

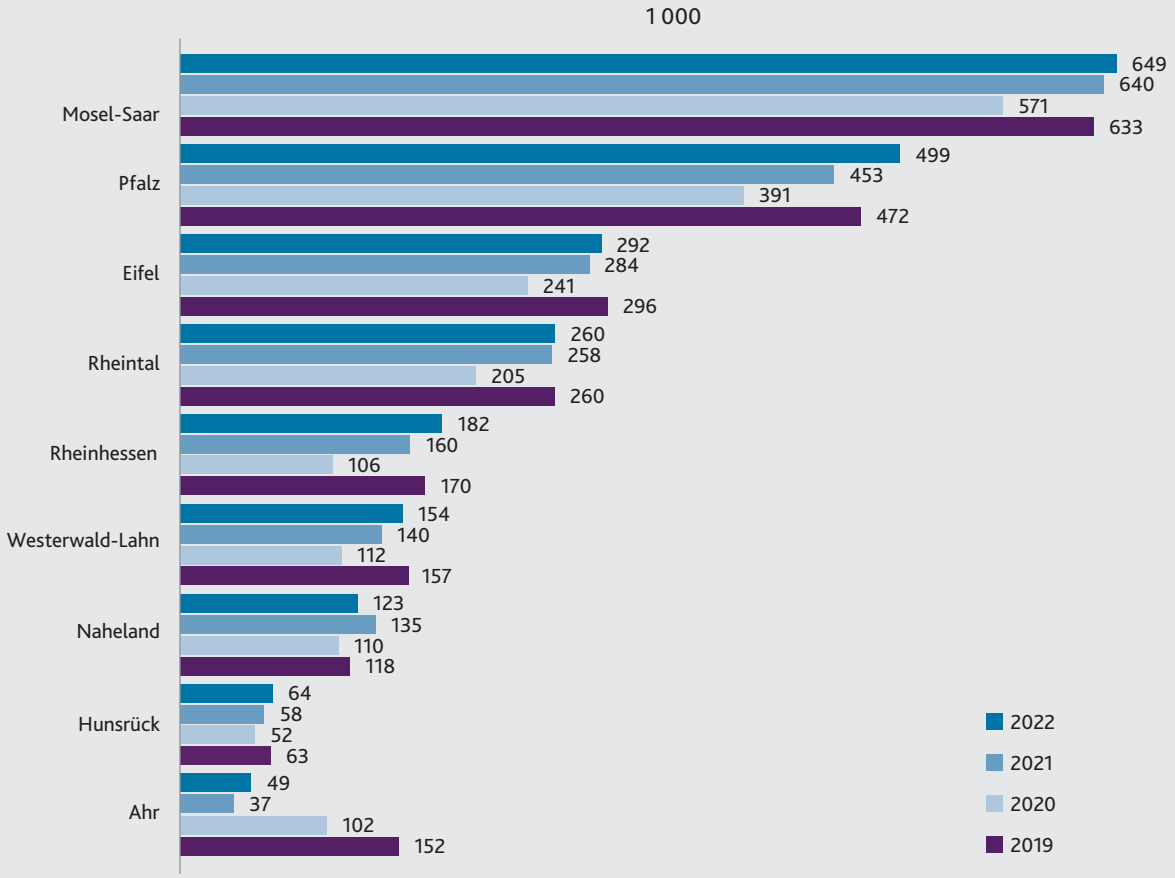
Das Beherbergungsgewerbe erzielte real 8,8 Prozent mehr Umsätze als im Oktober 2019 (nominal: +23 Pro-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im Oktober 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Übernachtungen im Oktober 2019–2022[1] nach Tourismusregionen



1 Oktober 2022 vorläufiges Ergebnis.

zent). Mit einem Minus von 21 Prozent verzeichnete jedoch die Gastronomie, auf die zwei Drittel der Umsätze entfallen, deutliche Umsatzrückgänge (nominal: –7 Prozent). Die Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben erwirtschafteten real 22 Prozent weniger Umsätze; bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsleistungen betrug der Rückgang 18 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe lag 6,9 Prozent niedriger als im Oktober 2019. Gegenüber Oktober 2021 wurden elf Prozent mehr Beschäftigte gezählt.

Mehr Gäste und Übernachtungen im Oktober 2022

Im Oktober 2022 verbuchten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe mehr Gäste und Übernachtungen als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Es kamen 840 700 Gäste nach Rheinland-Pfalz (+3,9 Prozent gegenüber Oktober 2021). Die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,3 Millionen um 4,9 Prozent höher als im Vorjahr. Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau im Oktober 2019 sank die Zahl der Gäste um 7,5 Prozent und die Zahl der Übernachtungen um zwei Prozent.

Auch die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 beeinflusst die Ergebnisse: Ohne Berücksichtigung der Tourismusregion Ahr ging die Zahl der Gäste im Vergleich zu Oktober 2019 nur um 3,9 Prozent zurück, die Zahl der Übernachtungen stieg sogar um 2,6 Prozent.

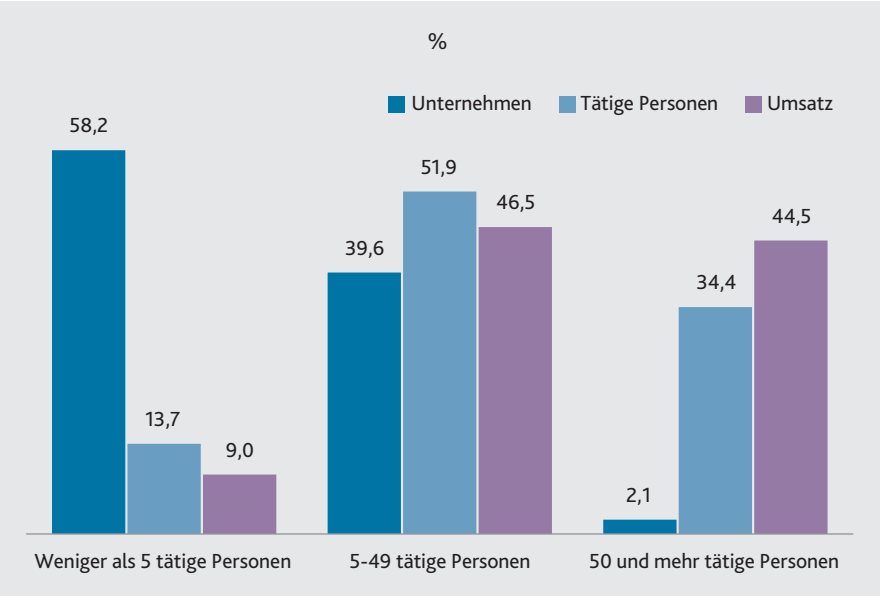
In den ersten zehn Monaten 2022 kamen insgesamt knapp sieben Mil-

lionen Besucherinnen und Besucher nach Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Übernachtungen erreichte 18,8 Millionen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 waren das 13 Prozent weniger Gäste sowie 8,1 Prozent weniger Übernachtungen.

Nur die Tourismusregion Rheinhessen verbuchte im Zeitraum von Januar bis Oktober gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019 mehr Übernachtungen (+1,4 Prozent; Gäste: –9,9 Prozent). In der Region Mosel-Saar lag die Zahl der Gäste um 2,3 Prozent, die der Übernachtungen um 0,5 Prozent niedriger. Die Rückgänge der Gäste in den übrigen Regionen – ohne die Region Ahr – lagen zwischen –9,3 Prozent in der Region Rheintal und –17 Prozent in der Region Westerwald-Lahn. Bei der Zahl der Übernachtungen war die Spannweite zwischen –1,2 Prozent in der Region Hunsrück und –8,8 Prozent in der Region Westerwald-Lahn. Die überdurchschnittlichen Rückgänge in der Region Ahr sind auch Folge der Flutkatastrophe im Juli 2021 (Gäste: –68 bzw. Übernachtungen: –69 Prozent).

In den ersten zehn Monaten 2022 erzielten vier Betriebsarten mehr Übernachtungen als im entsprechenden Zeitraum 2019: Am besten schnitten die Hotels garnis sowie die Ferienhäuser und Ferienwohnungen ab (+15 bzw. +12 Prozent), gefolgt von den Campingplätzen sowie Ferienzentren (+6 bzw. +1,6 Prozent). Die deutlichsten Rückgänge zeigten sich bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, den Jugendherbergen und Hütten sowie den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen (–22, –21 bzw. –20 Prozent). Die Hotels als beliebteste Kategorie verbuchten 14 Prozent weniger Übernachtungen.

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2020 nach Größenklassen der tätigen Personen



Von Januar bis Oktober kamen knapp 5,7 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland; das waren rund 81 Prozent aller Gäste (–9,9 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019). Diese buchten 14,8 Millionen Übernachtungen (–5 Prozent). Die Zahl ausländischer Gäste unterschritt das Vor-Corona-Niveau um 23 Prozent; deren Übernachtungen lagen um 18 Prozent niedriger.

Knapp 16 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten 2020 im Handwerk

Im Jahr 2020 waren in Rheinland-Pfalz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 28 700 Unternehmen tätig; das waren 19 Prozent aller rheinland-pfälzischen Unternehmen. Wie auf Basis der registergestützten Handwerkszählung ermittelt wurde, erwirtschafteten diese Unternehmen nahezu 32 Milliarden Euro Umsatz.

Als Arbeitgeber hat das Handwerk einen hohen Stellenwert. Die Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz beschäftigten 2020 insgesamt 259 600 Personen; dazu gehörten – neben den Inhaberinnen und Inhabern – 195 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 34 400 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Das sind rund 16 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz.

Der Großteil der Handwerksunternehmen unterliegt der Zulassungspflicht – 2020 waren das 91 Prozent. Diese Unternehmen erzielten einen Umsatz von 30,5 Milliarden Euro.

Das entspricht einem Anteil von 95 Prozent der gesamten Erlöse des Handwerks. Der Anteil des zulassungspflichtigen Handwerks an den Arbeitsplätzen lag bei 88 Prozent.

Das Handwerk ist durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt. In 58 Prozent der Unternehmen waren 2020 weniger als fünf Personen tätig. Diese Unternehmen vereinten allerdings nur 14 Prozent des Handwerkspersonals und nur neun Prozent der gesamten Umsätze des Handwerks auf sich. Zur Größenklasse mit fünf bis 49 tätigen Personen zählten 40 Prozent der Unternehmen. Auf sie entfielen 52 Prozent der tätigen Personen und 47 Prozent des Umsatzes. Nur zwei Prozent der Unternehmen gehörten der Größenklasse mit 50 und mehr tätigen Personen an. Diese Unternehmen beschäftigten jedoch 34 Prozent der Arbeitskräfte und erwirtschafteten 45 Prozent der Handwerksumsätze.

Das Baugewerbe stellte 2020 den Großteil der Arbeitsplätze im zulassungspflichtigen Handwerk. Auf das Ausbaugewerbe, zu dem z. B. die Elektrotechnikerinnen und -techniker zählen, entfielen 33 Prozent. Der Anteil im Bauhauptgewerbe (z. B. Maurerinnen und Maurer, Betonbauerinnen und -bauer) lag bei 18 Prozent. Im Kraftfahrzeuggewerbe waren 14 Prozent beschäftigt; im Lebensmittelgewerbe sowie in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf waren es 13 Prozent.

Bezogen auf die Einwohnerzahl wies der Kammerbezirk Koblenz 2020 die höchste Dichte an Handwerksunternehmen auf. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen dort 77 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier waren es 72, im Kammerbezirk Pfalz 66 und im Kammerbezirk Rheinhessen 61. Hinsichtlich der im Handwerk tätigen Personen stand folglich der Kammerbezirk Koblenz mit 719 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner an der Spitze. Es folgten die Bezirke Trier (704), Pfalz (569) und Rheinhessen (517).

Umsätze im Handwerk weiterhin im Plus

Das zulassungspflichtige Handwerk erzielte aufgrund der gestiegenen Preise im dritten Quartal 2022 mehr Umsatz. Nach vorläufigen Angaben stiegen die Erlöse von Juli bis September 2022 nominal um zehn Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2021 (Deutschland: +8,1 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 1,1 Prozent (Deutschland: –1 Prozent).

Sechs der sieben Gewerbegruppen verbuchten gegenüber dem Zeitraum Juli bis September 2021 höhere Umsätze. Die stärksten Zuwächse gab es im Baugewerbe; der Anstieg im Ausbaugewerbe fiel mit +13 Prozent größer aus als im Bauhauptgewerbe mit elf Prozent. Die Erlöszuwächse bei den Handwerken für den gewerb-

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2022[1] nach Gewerbegruppen

1 Vorläufiges Ergebnis.

lichen Bedarf und dem Lebensmittelgewerbe lagen knapp darunter (+10,5 bzw. +10 Prozent). Das Gesundheitsgewerbe verzeichnete Umsatzrückgänge von 1,2 Prozent.

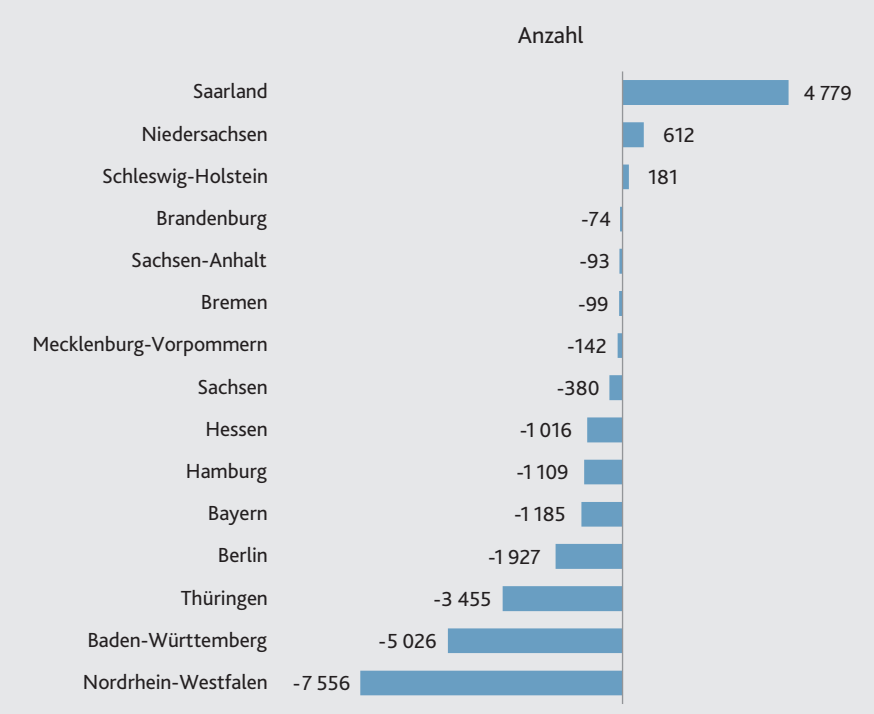
Die Beschäftigung ging in allen Gewerbegruppen zurück. Besonders deutlich reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten bei den Handwerken für den privaten Bedarf (–4,1 Prozent). Die Abnahmen in den anderen Gewerbegruppen lagen zwischen 2,5 Prozent im Lebensmittelgewerbe und 0,2 Prozent im Ausbaugewerbe.

Studienberechtigte zieht es in die Nachbarländer

Im Wintersemester 2021/22 entschieden sich rund 70 700 rheinland-pfälzische Studienberechtigte für ein Studium in einem anderen Bundesland. Das war knapp ein Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders gefragt waren bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten die Hochschulen in den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen (19 100), Baden-Württemberg (16 100) und Hessen (15 000).

Umgekehrt studierten 54 200 junge Erwachsene in Rheinland-Pfalz, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben. Neben den Studierenden aus anderen Bundesländern waren rund 13 700 Studierende mit einer im Ausland erworbenen Studienberechtigung an einer der rheinland-pfälzischen Hochschulen immatrikuliert. Insgesamt kamen 56 Prozent der Studierenden aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Studierendenwanderungssaldo[1] mit den Bundesländern im Wintersemester 2021/22



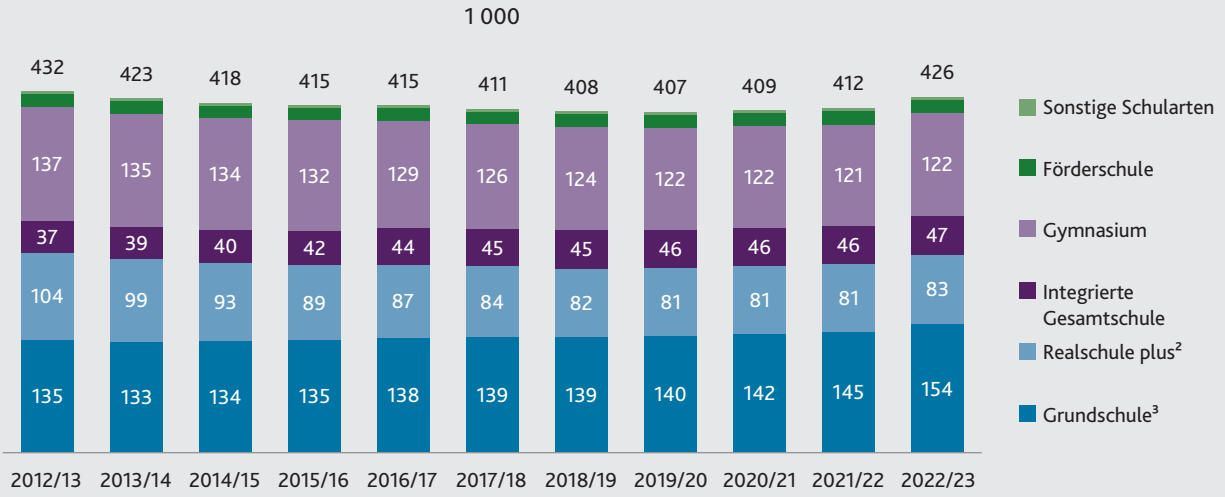
1 Differenz zwischen den Studienberechtigten aus anderen Bundesländern, die in Rheinland-Pfalz studieren, und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die in anderen Bundesländern studieren.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Wird die Abwanderung von rheinland-pfälzischen Studienberechtigten von den aus anderen Bundesländern zugezogenen Studierenden abgezogen, ergibt sich der sogenannte Studierendenwanderungssaldo. Obwohl aus dem Saarland (+4 800), Niedersachsen (+610) und Schleswig-Holstein (+180) mehr Studierende zugewandert als dorthin abgewandert sind, ist der Studierendenwanderungssaldo im Wintersemester 2021/22 mit –16 500 deutlich negativ ausgefallen. Grund dafür ist, dass wesentlich mehr rheinland-pfälzische Studienberechtigte insbesondere in den Ländern Nordrhein-Westfalen (–7 600), Baden-Württemberg (–5 000), Thüringen (–3 500) und Berlin (–1 900) ein Studium aufgenommen haben als umgekehrt.

Mit Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre wird deutlich, dass der zunächst positive Wanderungssaldo kontinuierlich zurückging und seit 2014/15 negativ ausfällt. Ursache dafür ist unter anderem der Wegfall der Studiengebühren in den anderen Bundesländern und die hohe Attraktivität einzelner Hochschulen in benachbarten Bundesländern, beispielsweise die „Exzellenz-Universitäten" in Aachen, Bonn, Karlsruhe, Köln (bis 2019) und Heidelberg.

Auffällig ist, dass der negative Studierendenwanderungssaldo bei Männern (–10 700) wesentlich stärker

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen 2012/13–2022/23[1] nach Schularten



1 Vorläufige Ergebnisse. – 2 Einschließlich Haupt-, Realschule, Sekundarstufe I organisatorisch verbundener Schulen. – 3 Ohne Schulkindergarten, einschließlich Primarbereich organisatorisch verbundener Schulen.

ausfiel als bei den Frauen (–5 800). Diese unterschiedliche Entwicklung ist ein Hinweis darauf, dass an rheinland-pfälzischen Hochschulen Bedarf besteht, insbesondere die Attraktivität von Studiengängen, die traditionell eher von Männern belegt werden, zu fördern.

Deutlich steigende Schülerzahl durch Geflüchtete aus Ukraine 2022

Nach vorläufigen Berechnungen besuchten zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2022/23 rund 425 600 Kinder und Jugendliche eine der knapp 1 500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa 13 800 bzw. um 3,3 Prozent.

Insbesondere die Grundschulen und Realschulen plus verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr einen hohen Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler von sechs bzw. drei Prozent. Doch auch andere Schularten wie Förderschulen, Integrierte Gesamtschulen (jeweils +2 Prozent) sowie Gymnasien und Freie Waldorfschulen (jeweils +1 Prozent) meldeten steigende Schülerzahlen. Nur an Schularten des zweiten Bildungswegs wie Kolleg und Abendgymnasium ging die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurück.

Der Zuwachs der Schülerzahl an den meisten Schularten ist im Wesentlichen auf die demografische Entwicklung in den entsprechenden Altersgruppen und die zugezogenen Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen. Gegenüber dem Schuljahr 2021/22 nahm die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsangehörigkeit von etwa 400 auf 9 200 zu. Das war ein Anstieg um mehr als das 20-Fache.

Alle Landkreise und kreisfreien Städte meldeten gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Schülerzahlen an Grundschulen. Den größten Zuwachs verzeichnete der Rhein-Pfalz-Kreis mit mehr als zehn Prozent, gefolgt von Altenkirchen (+8,8 Prozent) und den kreisfreien Städten Trier (+8,6 Prozent) und Kaiserslautern (+8,4 Prozent). Vergleichsweise gering fiel die Entwicklung im Landkreis Ahrweiler (+3 Prozent) aus, in dem viele Schulen noch erheblich von der Flutkatastrophe im Ahrtal betroffen waren.

Zwölf Prozent weniger Klärschlamm auf landwirtschaftliche Flächen

Die kommunalen Kläranlagen gaben im Jahr 2021 knapp 80 800 Tonnen Klärschlamm (gemessen als Trockenmasse) zur Entsorgung ab. Das waren knapp zwei Prozent weniger als im Jahr 2020. Der Rückgang hing unter

anderem mit der Flutkatastrophe im Juli zusammen. Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2020 wurden 84 600 Tonnen entsorgt. Im Jahr 2021 wurden knapp 50 Prozent der entsorgten Klärschlammmenge einer stofflichen Verwertung zugeführt.

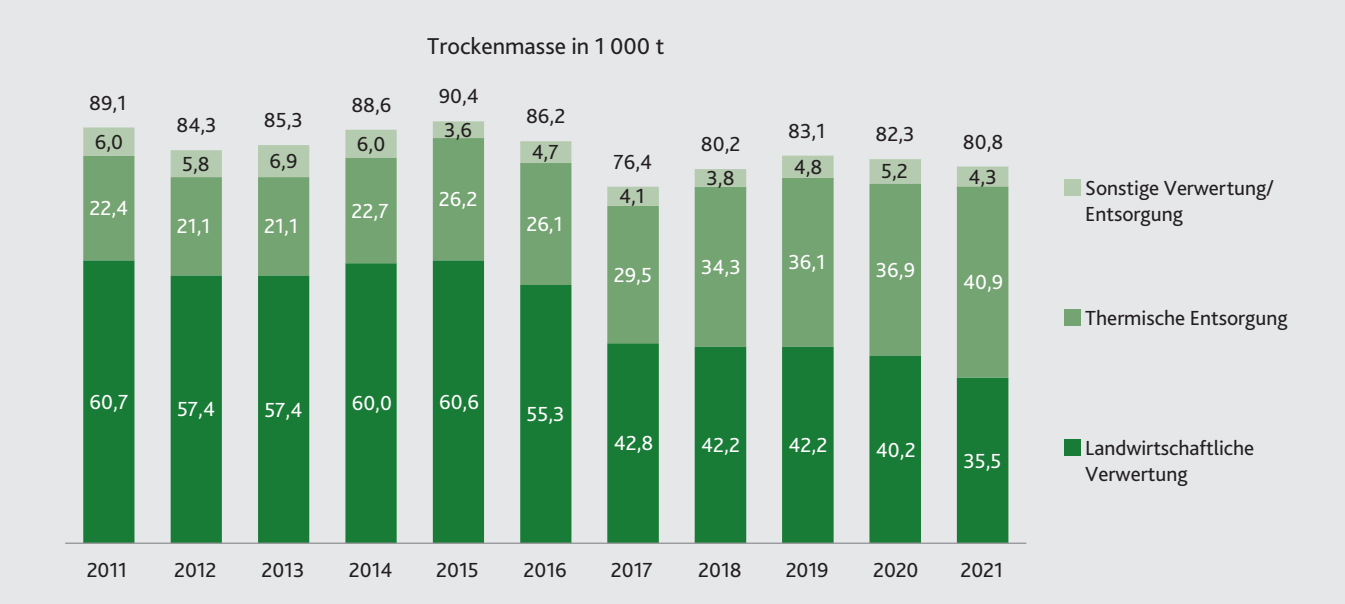
Knapp 51 Prozent bzw. 40 900 Tonnen der Klärschlammmenge wurde thermisch entsorgt, also z. B. zur Energieerzeugung verbrannt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die thermisch entsorgte Menge um elf Prozent. Seit 2011 erhöhte sie sich um knapp 83 Prozent und erreichte somit einen neuen anteiligen sowie absoluten Höchststand.

Die Aufbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftliche Flächen ging gegenüber 2020 um zwölf Prozent auf 35 500 Tonnen zurück. Verglichen mit 2011 entspricht dies einem Minus von 41 Prozent. Hintergrund hierbei ist unter anderem die 2017 in Kraft getretene Klärschlammverordnung zur Reduzierung der Ausbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftlichen Flächen. Nichtsdestotrotz umfasste die Entsorgung von Klärschlamm durch die landwirtschaftliche Aufbringung 2021 nach der thermischen Entsorgung den mengenmäßig größten Anteil. Durch die landwirtschaftliche Verwertung können die im Klärschlamm enthaltenen Nährstoffe wie Stickstoff oder Phosphate pflanzenbaulich genutzt werden. Sie ersetzen entsprechende Düngemittel. Um eine Schädigung der Böden auszuschließen, setzt die Klärschlammverordnung für die Ausbringung strenge Regeln. Die übrige stofflich verwertete Menge von 4 285 Tonnen wurde z. B. im Landschaftsbau oder in Vererdungsanlagen eingesetzt.

Bundesweit fielen im Jahr 2020 – das Bundesergebnis für 2021 liegt noch nicht vor – gut 1,7 Millionen Tonnen Klärschlamm in öffentlichen Kläranlagen an. Deutschlandweit wurde 2020 mit knapp 77 Prozent der größte Anteil des Klärschlamms thermisch entsorgt (+2,4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), während der Anteil für die Verwendung in der Landwirtschaft mit knapp 15 Prozent weiter rückläufig war (–1,6 Prozentpunkte). In absoluten Werten entsprach das rund 1,3 Millionen Tonnen, die thermisch entsorgt und knapp 260 000 Tonnen, die in der Landwirtschaft genutzt wurden.

Die Verwertung des Klärschlamms stellt sich in Rheinland-Pfalz regional sehr unterschiedlich dar. Die kreisfreien Städte mit Ausnahme von Kaiserslautern, Koblenz und Trier setzen allein auf die thermische Verwertung.

Klärschlammentsorgung der öffentlichen Kläranlagen 2011–2021 nach Entsorgungswegen



Eine ausschließliche Nutzung des Klärschlamms in der Landwirtschaft findet im Donnersbergkreis statt. In den übrigen Landkreisen bemessen sich die genannten Verwertungsformen in unterschiedlichem Umfang. Für Ludwigshafen und Frankenthal liegen keine Angaben vor. Hier wird das kommunale Abwasser in den Anlagen eines Industriebetriebes behandelt.

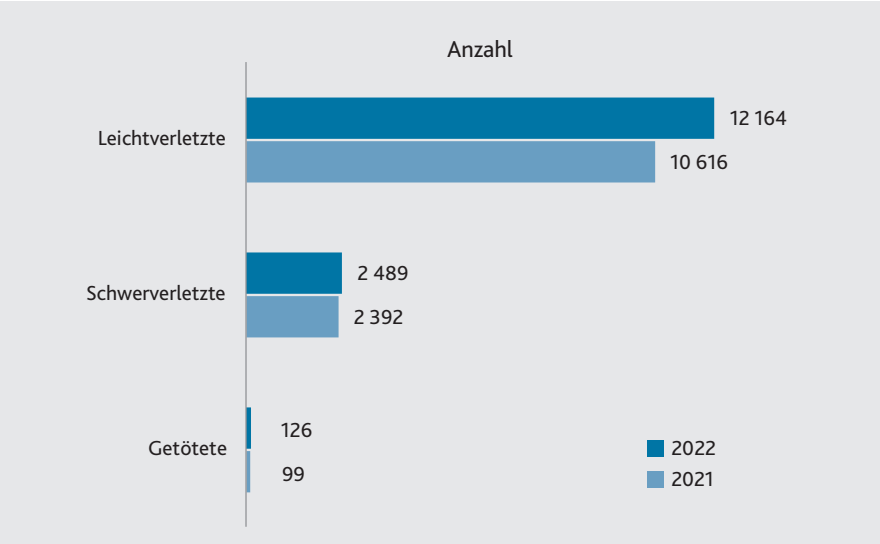
Bis Oktober mehr Getötete bei Straßenverkehrsunfällen als im gesamten Vorjahr

In den ersten zehn Monaten 2022 verloren mehr Menschen ihr Leben bei einem Verkehrsunfall als im gesamten Jahr 2021. Die Zahl der Getöteten bei Verkehrsunfällen lag von Januar bis Oktober bei 126; das waren 27 bzw. rund 27 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und neun mehr als im gesamten Jahr 2021.

Von Januar bis Oktober 2022 registrierte die Polizei 110 761 Verkehrsunfälle, davon 11 659 Unfälle mit Personenschaden und 99 102 Unfälle mit nur Sachschaden. Die Zahl der Unfälle lag im gleichen Zeitraum um 7 537 bzw. rund sieben Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg um knapp 1 300 bzw. etwa zwölf Prozent. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 2 489, die der Leichtverletzten bei 12 164.

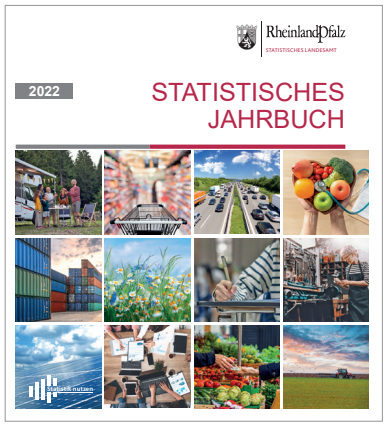
Im Oktober 2022 wurden 11 700 Unfälle gezählt, das waren 4,3 Prozent weniger als im Oktober 2021. Die Zahl der Getöteten lag mit 14 über der des Vorjahresmonats (zehn).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2021 und 2022



Aus der amtlichen Statistik

Rheinland-Pfalz in Zahlen: Statistisches Landesamt veröffentlicht Jahrbuch 2022



Das Statistische Jahrbuch Rheinland-Pfalz enthält Informationen zu allen wichtigen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger und liefert damit ein Gesamtbild des Landes in Zahlen. Das Statistische Landesamt hat nun eine aktualisierte Ausgabe vorgelegt. „Das Jahrbuch hält die zentralen Jahresergebnisse aus allen Statistikbereichen fest und gibt einen Überblick über die verfügbaren Daten. Damit übernimmt es eine wichtige Dokumentationsfunktion", erklärt der Präsident des Statistischen Landesamtes, Marcel Hürter.

Das Jahrbuch bietet Zugang zu den wichtigsten Daten der amtlichen Statistik. Im Teilbereich „Gesellschaft und Staat" ist beispielsweise nachzulesen, dass 2021 vier von zehn Kindern nach der Grundschule auf ein Gymnasium gewechselt sind, drei von zehn auf eine Realschule plus. Außerdem gibt es in dieser Kategorie Zahlen zur Entwicklung der Bevölkerung sowie zu den Themenbereichen Gesundheit, Soziales und öffentliche Finanzen.

Der Bereich „Gesamtwirtschaft und Umwelt" stellt Ergebnisse zu wirtschaftlicher Entwicklung, Erwerbstätigkeit sowie Umwelt und Energie bereit. So erreichte z. B. das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2021 mit einem Anstieg um 9,6 Prozent ein Rekordwachstum. Diese Entwicklung geht allerdings hauptsächlich aus der Coronakrise und der daraus resultierenden Entwicklung eines Impfstoffes hervor.

Der Teil „Wirtschaftsbereiche" enthält unter anderem Daten zur Branchenentwicklung und -struktur, zu den rheinland-pfälzischen Unternehmen und zum Verkehr. Auch im zweiten Coronajahr verzeichnete der rheinland-pfälzische Tourismus deutliche Rückgänge: Die Zahl der Gäste bzw. Übernachtungen sank um rund 46 bzw. 38 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Niveau 2019. Die höchsten Einbußen bei den Übernachtungen gab es 2021 bei den Camping- und Reisemobilplätzen (–29 Prozent). Die Umsätze im Gastgewerbe lagen niedriger als vor der Pandemie.

In Rheinland-Pfalz waren Anfang 2022 mehr als 2,6 Millionen Pkw zugelassen, darunter fast fünf Prozent mit alternativen Antrieben. Die Straßenverkehrsunfälle sind in 2021 nach dem deutlichen Rückgang im Coronajahr 2020 (–15 Prozent) wieder leicht gestiegen (+2 Prozent).

Das Statistische Jahrbuch ist Teil eines umfassenden Systems von Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes, zu dem ein umfassendes Online-Angebot, regelmäßige Pressemitteilungen sowie die Statistischen Monatshefte zählen. Die gedruckte Fassung (18 Euro inkl. Versandkosten) kann hier bestellt werden: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Die Veröffentlichung steht zum kostenlosen Download zur Verfügung:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistisches-jahrbuch

Kulturindikatoren auf einen Blick: Wieder mehr Kinobesuche als 2020

In Rheinland-Pfalz besuchten 2021 rund 1,8 Millionen Menschen Kinos. Das war gegenüber 2020 ein Anstieg von 16 Prozent. Dies ist eines der Ergebnisse der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebenen Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick". Gegenüber 2019 sanken die Kinobesuchszahlen um 65 Prozent. Neben der Coronapandemie begründen auch konkurrierende Medienangebote wie Streamingdienste den Rückgang der Kinobesuche. Während 2019 noch 1,2 Kinobesuche je Einwohnerin bzw. Einwohner verzeichnet wurden, waren es 2021 nur noch 0,4.

Mit rund 15 Bibliotheken je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte Rheinland-Pfalz die höchste Bibliothekendichte in Deutschland.

Bei der Zahl der Besuche von Museen, Theatern, öffentlich finanzierten Kulturorchestern und Bibliotheken je Einwohnerin bzw. Einwohner lag Rheinland-Pfalz jeweils unter dem Bundesdurchschnitt.

Rheinland-Pfalz hatte mit knapp zwölf Museen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner die dritthöchste Museumsdichte aller Bundesländer.

In Rheinland-Pfalz sind insgesamt sieben UNESCO-Welterbestätten, ein immaterielles Kulturerbe und ein Weltdokumentenerbe beheimatet. Mit dem Niedergermanischen Limes (Remagen), den SchUM-Stätten (Speyer, Worms, Mainz) und den Great Spa Towns of Europe (Bad Ems) sind 2021 insgesamt drei neue Welterbestätten hinzugekommen.

Weitere nationale Vergleiche zur Wahrnehmung kultureller Angebote bietet die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Publikation Kulturindikatoren auf einen Blick, die kostenfrei als PDF heruntergeladen werden kann:

www.statistikportal.de/de/veroeffentlichungen/kulturindikatoren-auf-einen-blick

Konjunktur in Rheinland-Pfalz im dritten Quartal 2022

Wirtschaftsleistung sinkt im dritten Quartal um 0,7 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im dritten Quartal 2022 geschrumpft. Der Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen sank gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent. Verglichen mit dem Vorjahresquartal nahm die Wirtschaftsleistung um ein Prozent zu. Das ergaben indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems.

Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete im dritten Quartal einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Zuwachs der Bruttowertschöpfung um 2,1 Prozent. Begünstigt wurde das Wachstum durch Erlössteigerungen der Investitionsgüter- und Vorleistungsgüterproduzenten.

Die Konsumgüterproduzenten erzielten dagegen geringere Umsätze als im zweiten Quartal. In den Dienstleistungsbereichen nahm die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent ab. Ein Grund für diese Entwicklung ist der Rückgang der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze. Das Gastgewerbe verzeichnete ebenfalls Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorquartal.

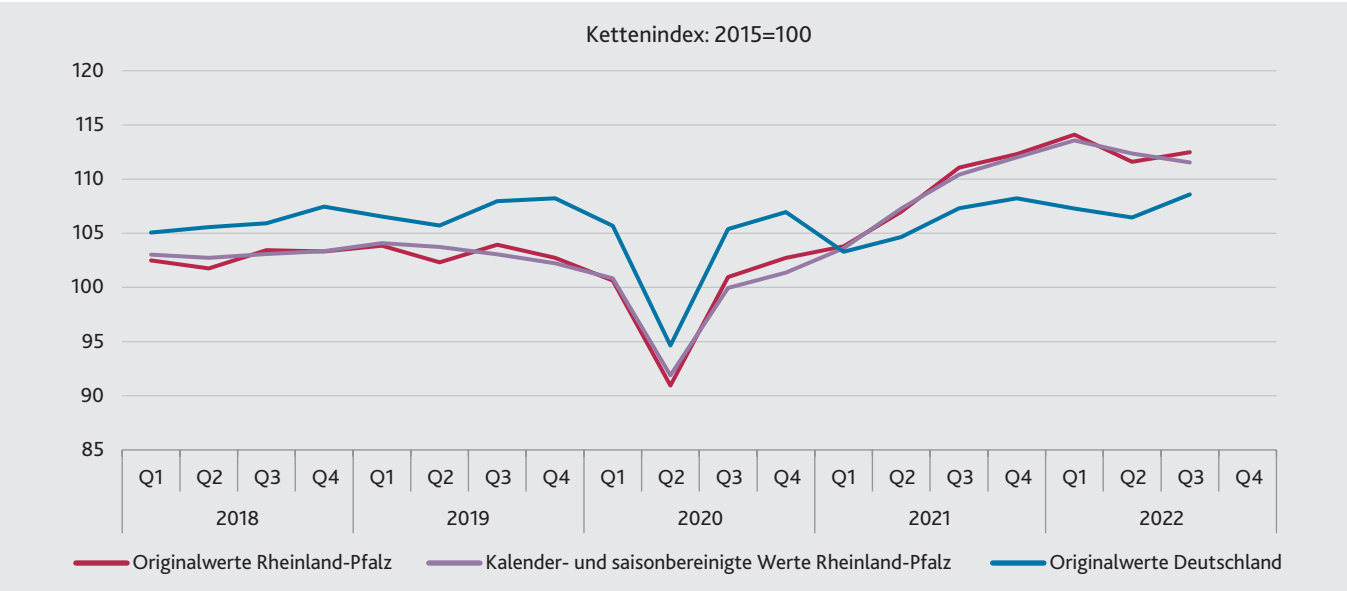
Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe schrumpfte im dritten Vierteljahr preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,6 Prozent. Deutlich höhere Preise für Roh- und Baustoffe sowie steigende Zinsen für Baukredite dürften hemmend auf die Nachfrage nach Bauleistungen gewirkt haben.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell". Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018–2022 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q1 2022	Q2 2022	Q3 2022	Q1 2022	Q2 2022	Q3 2022
	Veränderung zum **Vorquartal** in %			Veränderung zum **Vorjahresquartal** in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	1,4 ↗	-1,1 ↘	-0,7 ↘	9,6 ↑	4,7 ↑	1,0 ↗
Erwerbstätige	0,4 ↗	0,3 ↗	-0,1 ↘	1,4 ↗	1,3 ↗	0,8 ↗
Originalwerte						
Arbeitsmarkt[1,2]						
Arbeitslose	2,0 ↑	-0,1 ↘	5,0 ↑	-18,1 ↓	-11,3 ↓	1,1 ↗
Gemeldete Stellen	7,1 ↑	4,1 ↑	2,6 ↑	37,2 ↑	27,8 ↑	15,5 ↑
Verbraucherpreisindex[2]						
Insgesamt	3,3	1,8	3,5	6,6	7,1	9,8
ohne Nahrungsmittel und Energie[3]	0,5	1,4	2,2	3,4	3,2	4,7
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	8,8 ↑	-11,6 ↓	-11,7 ↓	4,7 ↑	4,6 ↑	-15,2 ↓
Betriebsaufgaben	7,3 ↑	-27,2 ↓	3,3 ↑	2,0 ↑	-4,3 ↓	0,9 ↗
Unternehmensinsolvenzen	18,8 ↑	12,2 ↑	-4,5 ↓	0,7 ↗	11,4 ↑	31,9 ↑
Außenhandel[4]						
Ausfuhr	12,4 ↑	1,9 ↗	-2,4 ↓	14,0 ↑	13,1 ↑	10,6 ↑
Einfuhr	3,2 ↑	8,9 ↑	-4,7 ↓	18,2 ↑	18,2 ↑	17,4 ↑
Gästeübernachtungen[5]	-38,7 ↓	154,4 ↑	25,6 ↑	161,7 ↑	147,4 ↑	16,4 ↑
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-5,2 ↓	-9,2 ↓	-7,3 ↓	7,3 ↑	-9,8 ↓	-15,7 ↓
Inland	1,5 ↗	-15,9 ↓	-9,4 ↓	24,7 ↑	-7,0 ↓	-14,0 ↓
Ausland	-9,5 ↓	-4,4 ↓	-6,0 ↓	-2,4 ↓	-11,5 ↓	-16,9 ↓
Chemische Industrie	-6,6 ↓	-1,0 ↘	-7,2 ↓	-10,4 ↓	-11,4 ↓	-16,8 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-20,9 ↓	-16,3 ↓	-11,5 ↓	7,3 ↑	-20,2 ↓	-27,2 ↓
Maschinenbau	-4,9 ↓	-7,9 ↓	-6,1 ↓	0,3 ↗	-16,0 ↓	-21,8 ↓
Bauhauptgewerbe[6]	0,3 ↗	1,3 ↗	-7,3 ↓	12,4 ↑	11,2 ↑	0,8 ↗
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-0,4 ↘	-2,2 ↓	0,7 ↗	4,0 ↑	-0,5 ↘	-2,1 ↓
Chemische Industrie	-4,0 ↓	-6,3 ↓	-6,9 ↓	1,2 ↗	-9,1 ↓	-18,2 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-4,8 ↓	22,9 ↑	3,5 ↑	-11,3 ↓	19,8 ↑	37,5 ↑
Maschinenbau	-0,9 ↘	3,4 ↑	-0,3 ↘	1,0 ↗	0,9 ↗	1,8 ↗
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	.	.	.	.	.	.
Ausbaugewerbe[7]	.	.	.	.	.	.
Sonstige Dienstleistungsbereiche[7]	.	.	.	.	.	.
Umsatz (preisbereinigt)[4]						
Großhandel	2,3 ↑	-0,3 ↘	1,6 ↗	3,7 ↑	3,0 ↑	4,4 ↑
Einzelhandel	0,7 ↗	0,7 ↗	-2,2 ↓	8,5 ↑	2,1 ↑	-0,6 ↘
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	1,4 ↗	-4,9 ↓	1,3 ↗	-2,5 ↓	-5,9 ↓	-3,0 ↓

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge. – 7 Aus methodischen Gründen sind zurzeit keine Angaben möglich.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).
Stand der Daten: Dezember 2022

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Dezember 2022

Die Inflationsrate in Rheinland-Pfalz schwächte sich im Dezember 2022 ab und lag bei +8,4 Prozent. Im November 2022 betrug sie +9,8 Prozent, nach 9,7 Prozent im Oktober und 9,8 Prozent im September.

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung dürfte unter anderem die „Dezember-Einmalzahlung" für Erdgas und Fernwärme im Rahmen des 3. Entlastungspakets der Bundesregierung gehabt haben. Zu beachten ist, dass nicht alle privaten Haushalte direkt im Dezember entlastet wurden. Insbesondere Mieterinnen und Mieter erhalten die Entlastung erst zu einem späteren Zeitpunkt, in der Regel über die nächste Jahresendabrechnung. Aus diesem Grund ist der Dämpfungseffekt dieser Maßnahme auf die Verbraucherpreise nur teilweise gegeben.

Preistreibend wirkten weiterhin die Energiepreise, die sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 23 Prozent erhöhten. Dennoch ist dies der niedrigste Anstieg seit Februar 2022, als die Energiepreise 18,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen. Ohne Berücksichtigung der Preise für Energieprodukte hätte die Inflationsrate im Dezember bei +6,7 Prozent gelegen. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag bei +5,1 Prozent.

In fast allen zwölf Abteilungen erhöhten sich die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die kräftigsten Preissteigerungen gab es bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+19 Prozent). Preisrückgänge waren für Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Post und Telekommunikation" zu beobachten (–0,3 Prozent).

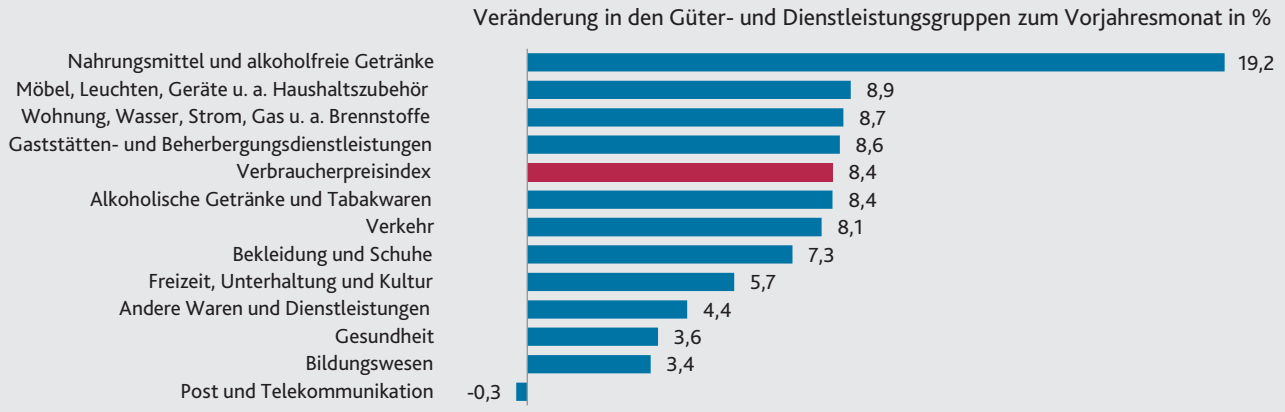
Im Vergleich zum Vormonat November sank der Verbraucherpreisindex um 0,7 Prozent. Vor allem Waren und Dienstleistungen in der Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe" wurden billiger angeboten (–3,4 Prozent). In der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" stiegen dagegen die Preise (+5,7 Prozent).

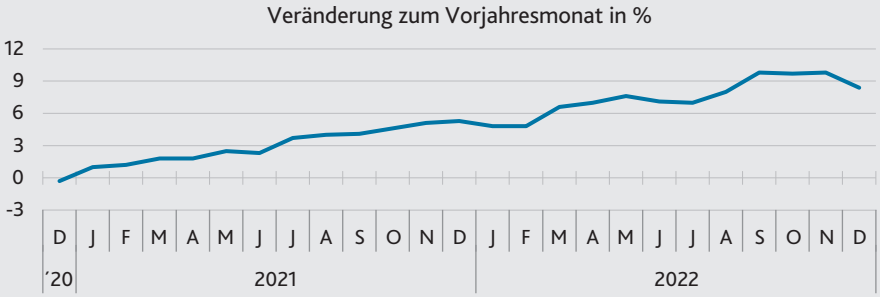
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2022





Dezember 2022

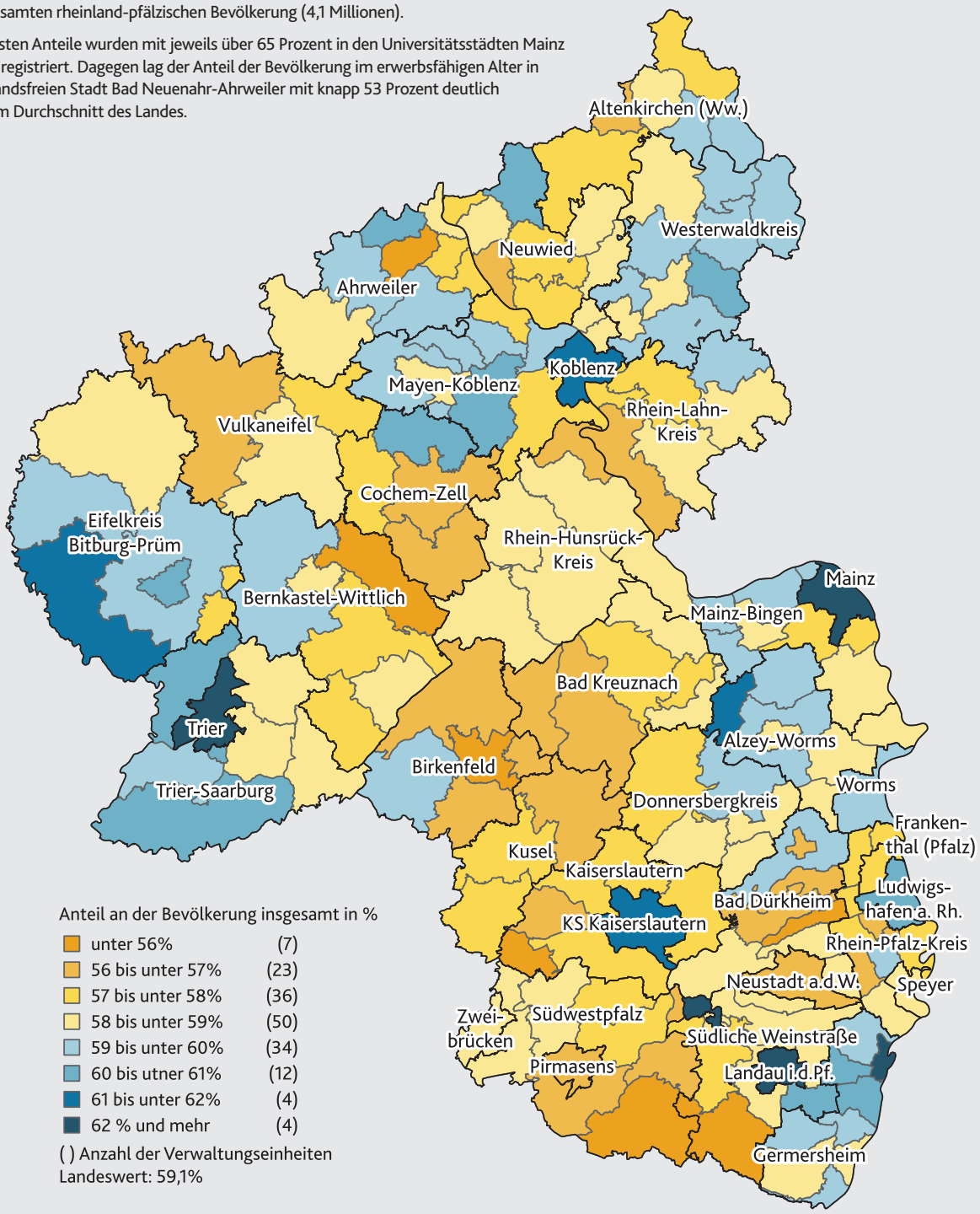
- Verbraucherpreisindex: +8,4%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Weizenmehl: +47,1%
  - Tomaten: –1,0%

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2021

59 Prozent der Bevölkerung ist im erwerbsfähigen Alter[1]

Ende des Jahres 2021 waren 2,43 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Das entspricht einem Anteil von 59 Prozent an der gesamten rheinland-pfälzischen Bevölkerung (4,1 Millionen).

Die höchsten Anteile wurden mit jeweils über 65 Prozent in den Universitätsstädten Mainz und Trier registriert. Dagegen lag der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der verbandsfreien Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler mit knapp 53 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt des Landes.



Anteil an der Bevölkerung insgesamt in %

unter 56%	(7)
56 bis unter 57%	(23)
57 bis unter 58%	(36)
58 bis unter 59%	(50)
59 bis unter 60%	(34)
60 bis utner 61%	(12)
61 bis unter 62%	(4)
62 % und mehr	(4)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 59,1%

1 Zwischen 20 und 65 Jahren.

BAföG & Co.: Angebote und geschlechterspezifische Unterschiede in der Bildungsförderung

Von Dr. Marco Schröder

Um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, unabhängig von ihrer finanziellen Situation einen Studien-, Ausbildungs-, Fortbildungs- oder Schulabschluss zu erlangen, haben sich mehrere staatliche Förderprogramme etabliert. Zu den bekanntesten Programmen gehört das BAföG, das bereits seit mehr als 50 Jahren Studierende sowie Schülerinnen und Schüler finanziell unterstützt. Daneben wurden weitere Fördermaßnahmen wie das Deutschlandstipendium oder das Aufstiegs-BAföG gesetzlich verankert. Doch die Inanspruchnahme der Förderangebote entwickelt sich unterschiedlich. Um diese Entwicklungen – auch im Kontext genderspezifischer Unterschiede („Gender Budgeting")[1] – zu beobachten, lohnt ein Blick in die amtliche Statistik.

Vielfalt an Förderprogrammen

Ziele der Bildungsförderung

Das Ziel der finanziellen Förderung von Bildung ist, unabhängig von wirtschaftlichen Voraussetzungen oder sozialer Herkunft gleiche Chancen zur Teilhabe und Teilnahme an Bildungsangeboten sicherzustellen, sozialen und beruflichen Aufstieg zu ermöglichen und die Ausbildungs- sowie Fortbildungsmotivation zu stärken. Daneben haben sich Angebote etabliert, beispielsweise das Deutschlandstipendium, deren Ziel es ist, besonders leistungsfähige und begabte Studierende zu fördern.[2]

Angebote der Bildungsförderung

In Deutschland existiert eine Vielzahl an Förderprogrammen, um Studierende, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Um die Entwicklung der Förderangebote nachzuvollziehen, werden ausgewählte Maßnahmen in der amtlichen Statistik erfasst:

BAföG

- Förderungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, das insbesondere Studierende, aber auch Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen mit Zuschüssen und Darlehen finanziell unterstützt. Gefördert werden nach § 1 des BAföG insbesondere diejenigen, denen für ihren Lebensunterhalt und ihre Ausbildung keine anderweitigen Mittel zur Verfügung stehen.

1 Cleuvers, B.: Gender Budgeting in der Bildungsfinanzierung. In: Barz, H. (Hrsg.): Handbuch Bildungsfinanzierung. Wiesbaden 2010, S. 88 f.

2 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Informationen zum Deutschlandstipendium. Berlin 2022, S. 3.

AFBG bzw. Aufstiegs-BAföG

- Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, kurz AFBG oder „Aufstiegs-BAföG", das Teilnehmende in Fortbildungsmaßnahmen mit dem Ziel des beruflichen Aufstiegs wie die Meister-, Erzieher- oder Technikerausbildung „durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell" unterstützt.[3]

Deutschland-stipendium

- Förderung durch das Deutschlandstipendium, das besonders leistungsstarke und begabte Studierende mit einem Festbetrag von 300 EUR pro Monat finanziell fördert.

Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Förderangebote, die nicht unmittelbar im Rahmen der amtlichen Statistik erfasst werden, wie beispielsweise DAAD-Stipendien für internationale Studierende[4], Stipendien der 13 Begabtenförderwerke[5], KfW-Studien- bzw. Bildungskredite[6], landesspezifische Förderprogramme der beruflichen Weiterbildung wie QualiScheck[7] oder Aus- und Weiterbildungskredite der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz für freiberuflich Tätige[8].

Förderung von Studierenden

BAföG als meistgenutzte Förderung

Nach wie vor ist die Förderung im Rahmen des BAföG die meistgenutzte staatliche Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums. Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des BAföG unter anderem Studierende finanziell in ihrer akademischen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Die Förderberechtigung, die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab.

Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 19 200 studierende BAföG-Empfängerinnen und Empfänger verzeichnet. Das waren rund 16 Prozent aller Studierenden.

Finanzielle Unterstützung durch Studienkredite

Demgegenüber nahmen nach Angaben des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) nur rund drei Prozent der Studierenden einen Studienkredit auf.[9] Darunter wurde deutschlandweit am häufigsten der KfW-Studienkredit gefolgt vom Bildungskredit des Bundesverwaltungsamts aufgenommen.

Wird die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger im Studium über einen längeren Zeitraum betrachtet, ist ein deutlicher Rückgang beobachtbar. So sank die Empfängerzahl zwischen 2011 und 2021 um mehr als ein Drittel. Der Anteil der Studierenden mit einer BAföG-Förderung lag 2011 noch bei 26 Prozent, also knapp zehn Prozentpunkte höher als 2021. Der bürokratische Aufwand, zu niedrige Elternfreibeträge, zu geringe Gefördertenquoten sowie zu hohe Darlehensanteile werden häufig als Ursache des Rückgangs der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger genannt.[10]

3 § 1 AFBG.

4 Vgl. Deutscher Akademischer Austauschdienst: Studieren und Forschen in Deutschland. Stipendienprogramme des DAAD. Bonn 2021.

5 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Mehr als ein Stipendium. Die Angebote der Begabtenförderungswerke für Studierende und Promovierende. Berlin 2018.

6 Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Förderkredite für Ihr Studium und Ihre Weiterbildung. www.kfw.de/s/deiDsje [abgerufen am: 29.11.2022]

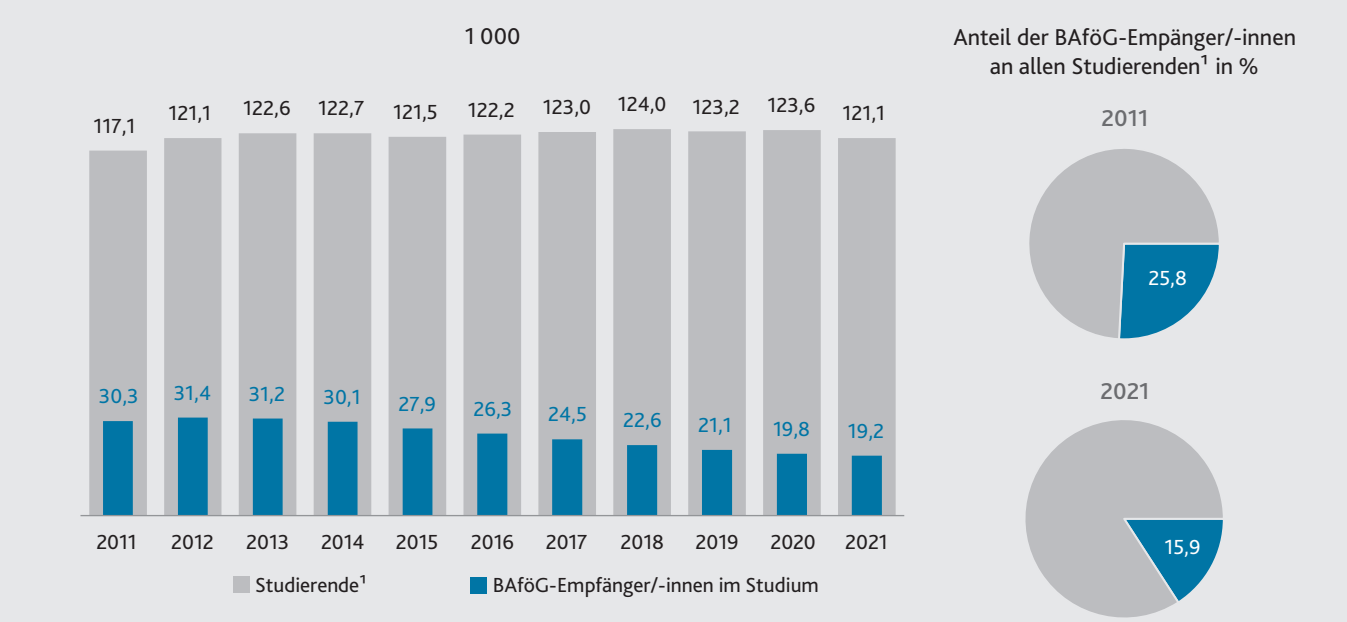
7 Vgl. Förderung beruflicher Weiterbildung in Rheinland-Pfalz. Mainz 2022.

8 Vgl. ISB: Aus- und Weiterbildungskredit RLP. https://isb.rlp.de/foerderung/601-602.html [abgerufen am: 29.11.2022]

9 Vgl. Müller, U.: CHE-Studienkredit-Test 2021. Studienkredite, Abschlussdarlehen und Bildungsfonds im Vergleich. Gütersloh 2021, S 8.

10 Vgl. unter anderem Deutsches Studentenwerk/Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS): Entwicklung der Einnahmen von Studierenden. Eine Re-Analyse der 19., 20. und 21. Sozialerhebung. Berlin 2021, S. 3 f.

G1 Studierende und BAföG-Empfänger/-innen im Studium 2011–2021



1 Jeweils im Wintersemester.

Geschlechterunterschiede bei BAföG-Geförderten im Studium

Frauen beziehen häufiger BAföG, erhalten aber geringere Förderbeiträge

Frauen haben im Studium häufiger BAföG-Leistungen in Anspruch genommen als Männer: Der Anteil der geförderten Studentinnen lag 2021 bei 18 Prozent, der der männlichen Studenten bei 14 Prozent. Die Zahl der weiblichen Bezieherinnen von BAföG-Mitteln ging zwischen 2011 und 2021 etwas geringer zurück als die der männlichen Bezieher. So sank die Zahl der Frauen um 35 Prozent und die der Männer um 39 Prozent. Auffällig ist jedoch, dass Frauen 2021 einen geringeren durchschnittlichen Förderungsbetrag pro Monat als Männer erhielten. Während männliche BAföG-Empfänger im Studium mit durchschnittlich 593 Euro gefördert wurden, waren es bei den Frauen knapp 30 Euro weniger. Zehn Jahre zuvor war der Förderbetrag, den Frauen im Studium erhielten, noch geringfügig höher als der der Männer.

Geförderte Frauen leben seltener bei den Eltern

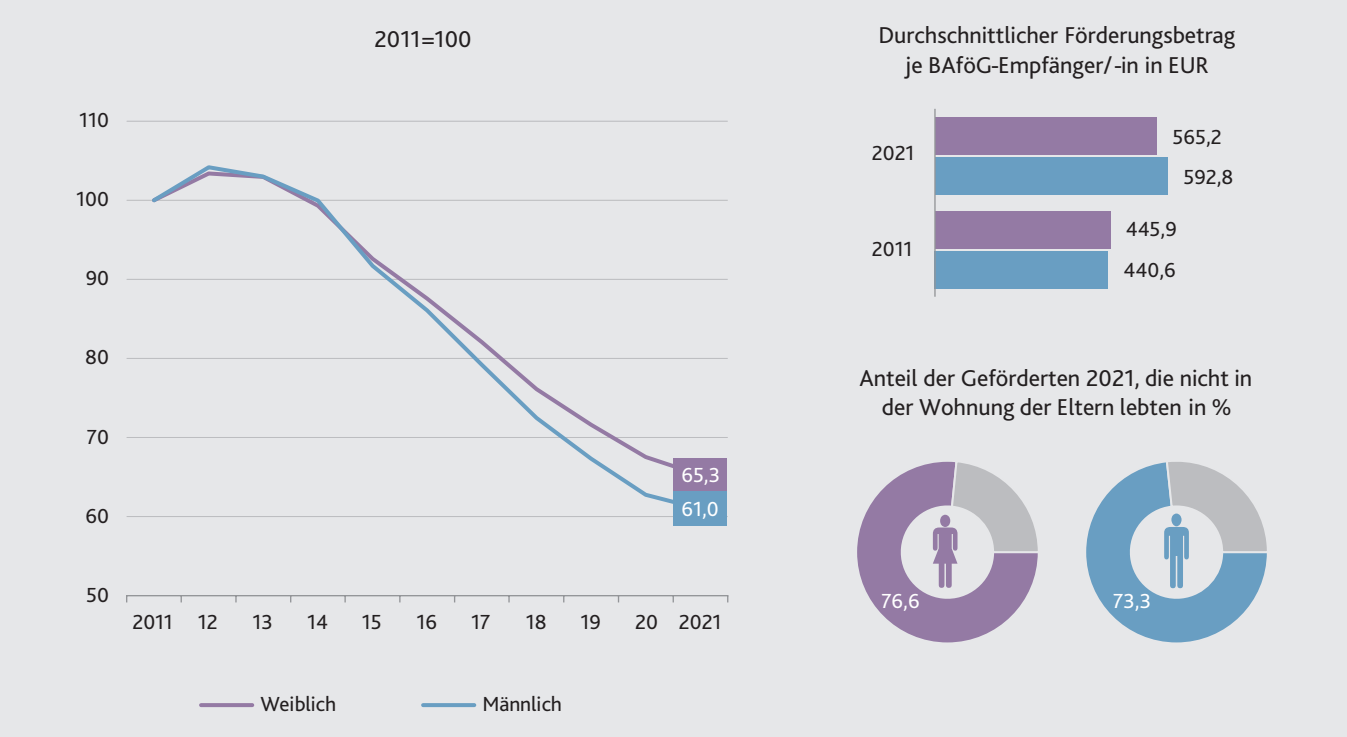
Die entstandene Differenz kann nicht auf die Wohnsituation zurückgeführt werden, da geförderte Studentinnen (77 Prozent) zu einem höheren Prozentsatz nicht in der Wohnung der Eltern lebten als ihre männlichen Kommilitonen (73 Prozent). Personen, die nicht bei den Eltern leben, erhalten in der Regel einen höheren Förderbetrag für die Lebensunterhaltskosten. Auch bei der Verteilung von Zuschuss und Darlehen gab es keinen nennenswerten Unterschied, der die Differenz erklären könnten. Diese ist daher auf andere Faktoren wie beispielsweise unterschiedliche soziodemografische, wirtschaftliche und familiäre Voraussetzungen zurückzuführen.

Geförderte im Rahmen des Deutschlandstipendiums

Ergebnisse der 21. Sozialbefragung

In der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten 21. Sozialbefragung des Deutschen Studentenwerks gaben

G2 BAföG-Empfänger/-innen im Studium 2011–2021 nach Geschlecht, Förderbetrag und Wohnsituation



Förderung für besonders leistungsstarke und engagierte Studierende

2016 rund fünf Prozent der Studierenden an, ein Stipendium zu erhalten.[11] Aus der amtlichen Statistik geht hervor, dass etwa ein Fünftel aller Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen des Deutschlandstipendiums gefördert wurden. Mit einem Deutschlandstipendium werden besonders leistungsstarke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Die Finanzierung erfolgt dabei zweigeteilt: Der Bund trägt 50 Prozent und 50 Prozent sind von privaten Förderern – beispielsweise Unternehmen oder Stiftungen – zu finanzieren.[12]

Ziel des Deutschlandstipendiums

Das von der Regierung formulierte Ziel, zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes mit dem Deutschlandstipendium zu fördern, konnte bisher nicht erreicht werden.[13] Stattdessen wurde festgelegt, dass die derzeitige Höchstgrenze, bis zu der eine Hochschule Deutschlandstipendien vergeben kann, grundsätzlich bei 1,5 Prozent ihrer Studierenden liegt.[14] In Rheinland-Pfalz wurden in 2021 knapp 1300 Deutschlandstipendien vergeben; das entsprach einem Prozent der Studierenden.

11 Vgl. Middendorff, E. et al.: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Bonn/Berlin 2017, S. 42.

12 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: So funktioniert das Deutschlandstipendium. Berlin 2020.

13 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung zum Deutschlandstipendium über die Ergebnisse der Evaluation nach § 15 des Stipendienprogramm-Gesetzes und der Begleitforschung. 18/7890. Berlin 2016, S. 4.

14 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Deutschlandstipendium. Hochschulen. Förderquote und Mittelaquise. www.deutschlandstipendium.de/deutschlandstipendium/de/hochschulen/foerderquote-und-mittelakquise/foerderquote-und-mittelakquise_node.html [abgerufen am: 2.12.2022]

Deutschland-stipendium: Frauen häufiger als Männer gefördert

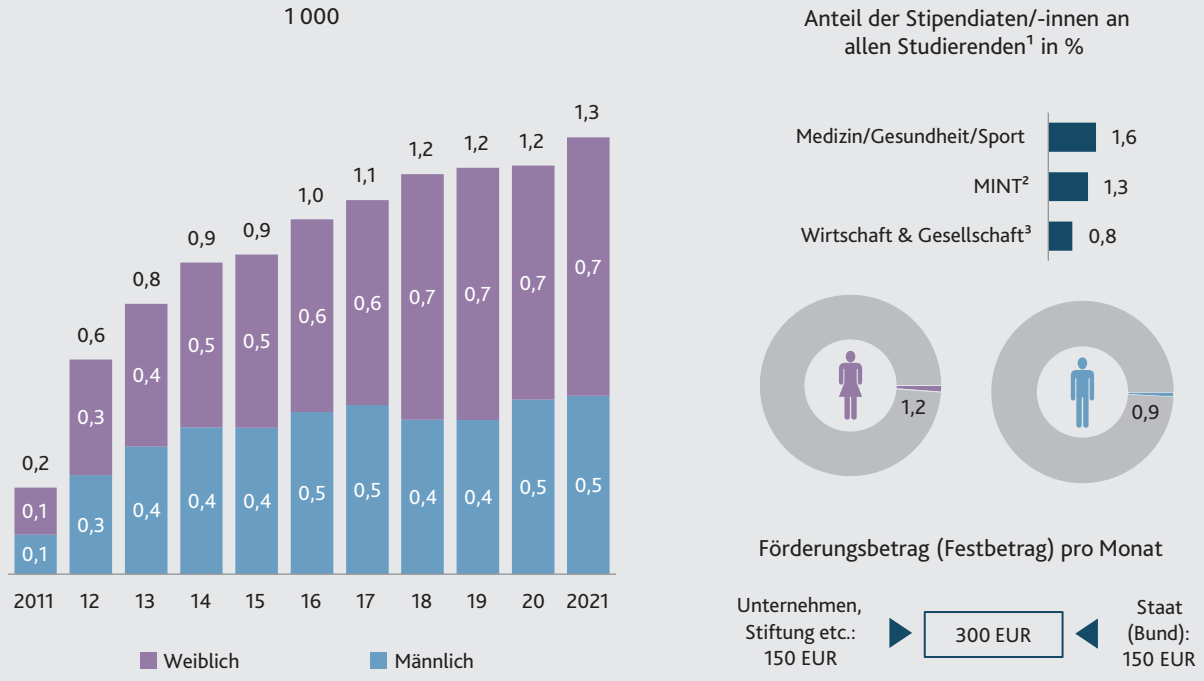
Frauen wurden 1,4-mal häufiger im Rahmen des Deutschlandstipendiums finanziell gefördert als Männer. Der Anteil der Geförderten unter den Frauen (1,2 Prozent) lag um das 1,3-fache höher als der Anteil unter den Männern (0,9 Prozent). Dieser Unterschied lässt sich nicht auf die geförderten Fächer zurückführen, da die meisten Deutschlandstipendien im MINT-Bereich vergeben wurden, der traditionell häufiger von Männern studiert wird. Vielmehr sind die Ursachen unter anderem in den Unterschieden zu Informationsständen zum Angebot des Deutschlandstipendiums, bezüglich der Leistungsstärke, zur Motivation, zur individuellen finanziellen Situation oder zu den Rahmenbedingungen in den Hochschulen zu suchen.

Finanzielle Förderung von Schülerinnen und Schülern

Schüler-BAföG

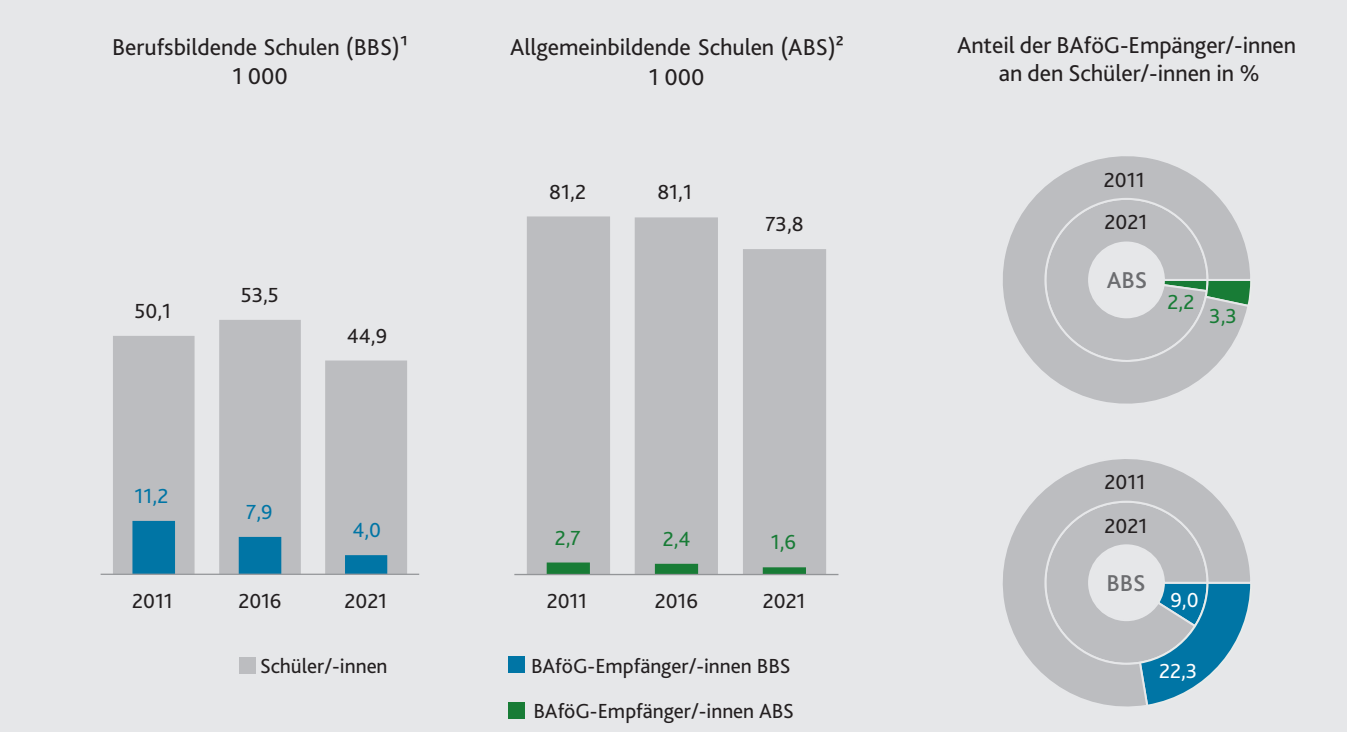
Neben der finanziellen Förderung und Unterstützung von Studierenden ist es möglich, als Schülerin oder Schüler – insbesondere an berufsbildenden Schulen – staatliche Fördermittel im Rahmen des BAföG zu beantragen. An berufsbildenden Schulen können Jugendliche und junge Erwachsene gefördert werden, wenn sie an einer berufsbildenden Schule in einem vollschulischen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden (z. B. an einer Höheren Berufsfachschule) anstreben, sie über den zweiten Bildungsweg einen allgemeinbildenden Abschluss erwerben wollen (z. B. an einem Kolleg oder Abendgymnasium) oder sie die 10. oder eine höhere Klassenstufe an einer all-

G3 Geförderte im Rahmen des Deutschlandstipendiums 2011–2021 nach Geschlecht und Fächergruppe



1 Jeweils im Wintersemester. – 2 Mathematik, Natur-, Ingenieur-, Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin. – 3 Wirtschafts-, Rechts-, Sozial-, Geistes-, Kunstwissenschaften.

G4 BAföG-Empfänger/-innen an Schulen 2011–2021 nach Schulart



1 Ohne dual Auszubildende an Berufsschulen. – 2 Ab 10. Klassenstufe; ohne Freie Waldorfschule und ohne Förderschule.

gemeinbildenden Schule besuchen und eine Unterbringung außerhalb des Elternhauses notwendig ist.[15] Duale oder betriebliche Berufsausbildungen sowie Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) werden hingegen über die Berufsausbildungsbeihilfe der Bundesagentur für Arbeit finanziell unterstützt.[16]

Vollständiger Zuschuss für Schülerinnen und Schüler

Die BAföG-Förderung hängt wie bei den Studierenden von den familiären und wirtschaftlichen Lebensumständen sowie dem Bildungsgang ab. Schülerinnen und Schüler, die von der staatlichen Förderung im Rahmen des BAföG profitieren, erhalten diese in der Regel als vollständigen Zuschuss ohne Darlehensanteil.[17]

BAföG-Bezug an berufsbildenden Schulen

An berufsbildenden Schulen wurden in Rheinland-Pfalz 2021 etwa 4 000 Schülerinnen und Schüler gefördert. Das waren neun Prozent aller Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen, die keine duale Berufsausbildung absolvierten. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil noch bei mehr als 22 Prozent.

BAföG-Bezug an allgemeinbildenden Schulen

Etwa 160 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen erhielten 2021 Mittel im Rahmen des BAföG. Werden als Referenz alle Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klas-

15 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Das BAföG. Informationen für Schülerinnen und Schüler. Bonn 2022, S. 3.

16 Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Berufsausbildungsbeihilfe. Die finanziellen Hilfen der Agentur für Arbeit. Nürnberg 10/2020, S. 1.

17 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: BAföG für Schülerinnen und Schüler. www.xn--bafg-7qa.de/bafoeg/de/das-bafoeg-alle-infos-auf-einen-blick/_documents/bafoeg-fuer-schuelerinnen-und-schueler.html [abgerufen am: 31.11.2022]

senstufe an allgemeinbildenden Schulen (ohne Freie Waldorfschule und ohne Förderschule) herangezogen, war das ein Anteil von gut zwei Prozent. Auch hier lag der Anteil zehn Jahre zuvor mit 3,3 Prozent höher.

Verschiedene Gründe für den Rückgang

Neben dem bürokratischen Aufwand, zu niedrigen Elternfreibeträge, Informationsdefiziten sowie bildungsgangabhängigen Regelungen ist der Rückgang der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger – insbesondere an berufsbildenden Schulen – auch auf die Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) zurückzuführen, wodurch bestimmte Berufsausbildungen (z. B. die Erzieherausbildung) und ausgewählte Personengruppen (z. B. Bachelorabsolventinnen und -absolventen in beruflicher Fortbildung) statt BAföG-Mittel AFBG-Fördermittel beantragten.

Geschlechterunterschiede bei BAföG-beziehenden Schülerinnen und Schülern

Wie bei den Studierenden waren in den Daten zu den durchschnittlichen Förderbeträgen der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger an Schulen geschlechterspezifische Unterschiede beobachtbar.

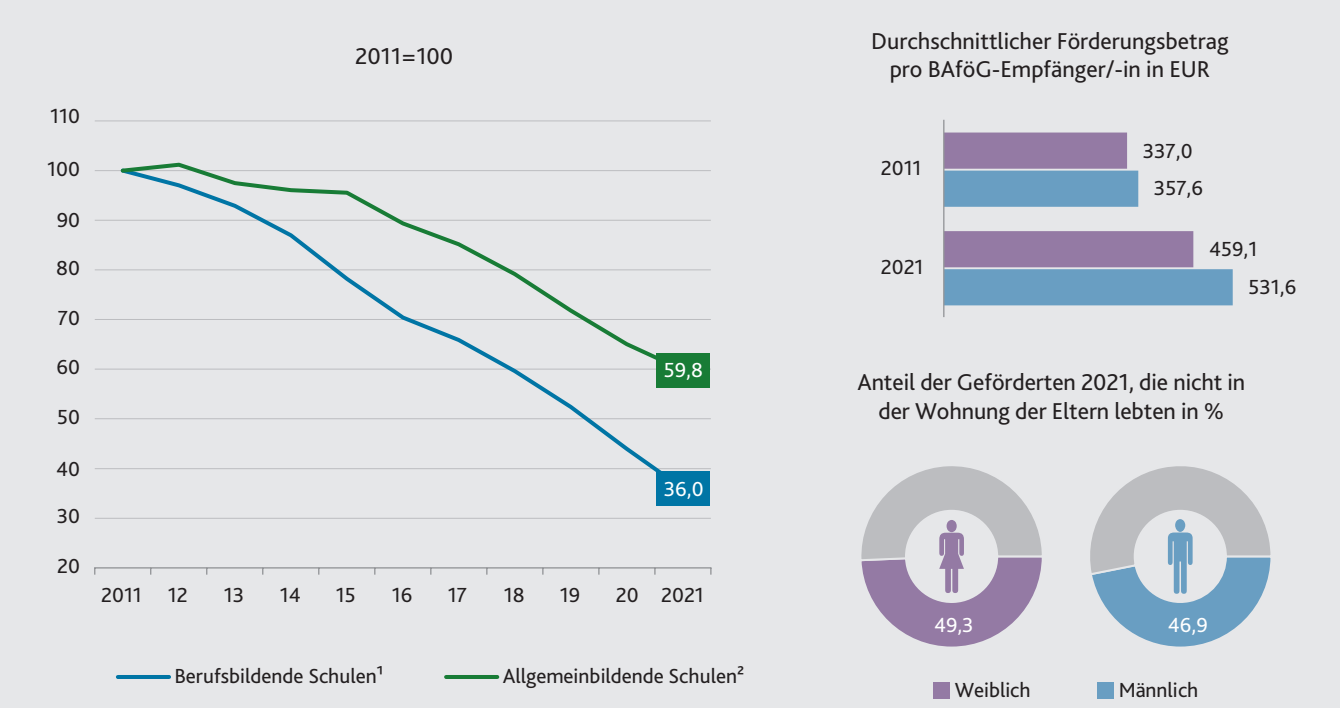
Schülerinnen erhalten geringere Förderbeträge

So erhielten männliche Schüler in 2021 durchschnittlich 532 Euro pro Monat, während Schülerinnen nur 459 Euro bekamen. Damit erhielten Frauen 14 Prozent weniger als Männer. Zehn Jahre zuvor lag der Unterschied bei nur knapp sechs Prozent.

Die Hälfte der Geförderten wohnt nicht im Elternhaus

Auch hier sind die Unterschiede nicht auf die Wohnsituation zurückzuführen. Der Anteil der Frauen, die nicht in der Wohnung der Eltern lebten, lag unter den weiblichen Geförderten (49 Prozent) sogar etwas höher als der der

G5 BAföG-Empfänger/-innen an Schulen 2011–2021 nach Schultyp, Geschlecht, Förderbetrag und Wohnsituation



1 Ohne dual Auszubildende an Berufsschulen. – 2 Ab 10. Klassenstufe; ohne Freie Waldorfschule und ohne Förderschule.

Männer unter den männlichen BAföG-Empfängern (47 Prozent). Die Differenz der durchschnittlichen Förderbeträge ist vermutlich eher auf unterschiedliche individuelle Voraussetzungen und bildungsgangabhängige Zuschusshöhen zurückzuführen. „Wer beispielsweise eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann, bekommt mehr BAföG".[18]

AFBG: Aufstiegs-BAföG für Fortbildungen

Neben dem BAföG können beispielweise Schülerinnen und Schüler an Fachschulen auch das sogenannte Aufstiegs-BAföG beantragen, das im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, kurz AFBG, geregelt ist. Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Personen, die eine berufliche Fortbildung absolvieren.[19]

Förderung für Meister-, Techniker-, Betriebswirt- und Erzieherausbildungen

Zu den förderfähigen Fortbildungen gehören beispielsweise die Meister- und Technikerausbildung, die Weiterbildung zum Betriebswirt bzw. zur Betriebswirtin oder die Erzieherausbildung. Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung sowie für das Meisterprüfungsprojekt gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen und ist von der individuellen Lebenssituation abhängig.

In Rheinland-Pfalz erhielten 2021 rund 9 900 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes.

Deutlich mehr AFBG-Geförderte

Gegenüber 2011 stieg die Zahl der Geförderten um 44 Prozent an. Der Zuwachs ist unter anderem auf die Erhöhung der Zuschüsse, Freibeträge, Darlehenserlässe und Unterhaltsförderungen sowie auf die Ausweitung der Personengruppen mit Förderanspruch im Rahmen des 3. und 4. Gesetzes zur Änderung des AFBG in den Jahren 2016 und 2020 zurückzuführen.

Bedeutung für Erzieherausbildung

Insbesondere angehende Erzieherinnen und Erzieher profitierten von den neuen Regelungen. Sie bildeten mit 2 900 Fällen in 2021 die am häufigsten geförderte Berufsgruppe. Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

Steigender Frauenanteil durch Förderung der Erzieherausbildung

Die Entwicklung der Förderung von Personen im Erzieherberuf, der traditionell häufiger von Frauen erlernt wird, erklärt auch, dass die Zahl der Frauen zwischen 2015 – also ein Jahr vor der 3. AFBG-Novelle – und 2021 um 160 Prozent gestiegen ist. Im Jahr 2015 lag der Frauenanteil unter den AFBG-Beziehenden noch bei 24 Prozent; 2021 waren es bereits 41 Prozent. Da die Erzieherausbildung seltener in Teilzeit als beispielsweise Technikerfortbildungen organisiert ist, ist auch der Anteil der Frauen, die sich in Vollzeitfortbildung befanden (73 Prozent), höher als der der Männer (51 Prozent).

Ausblick

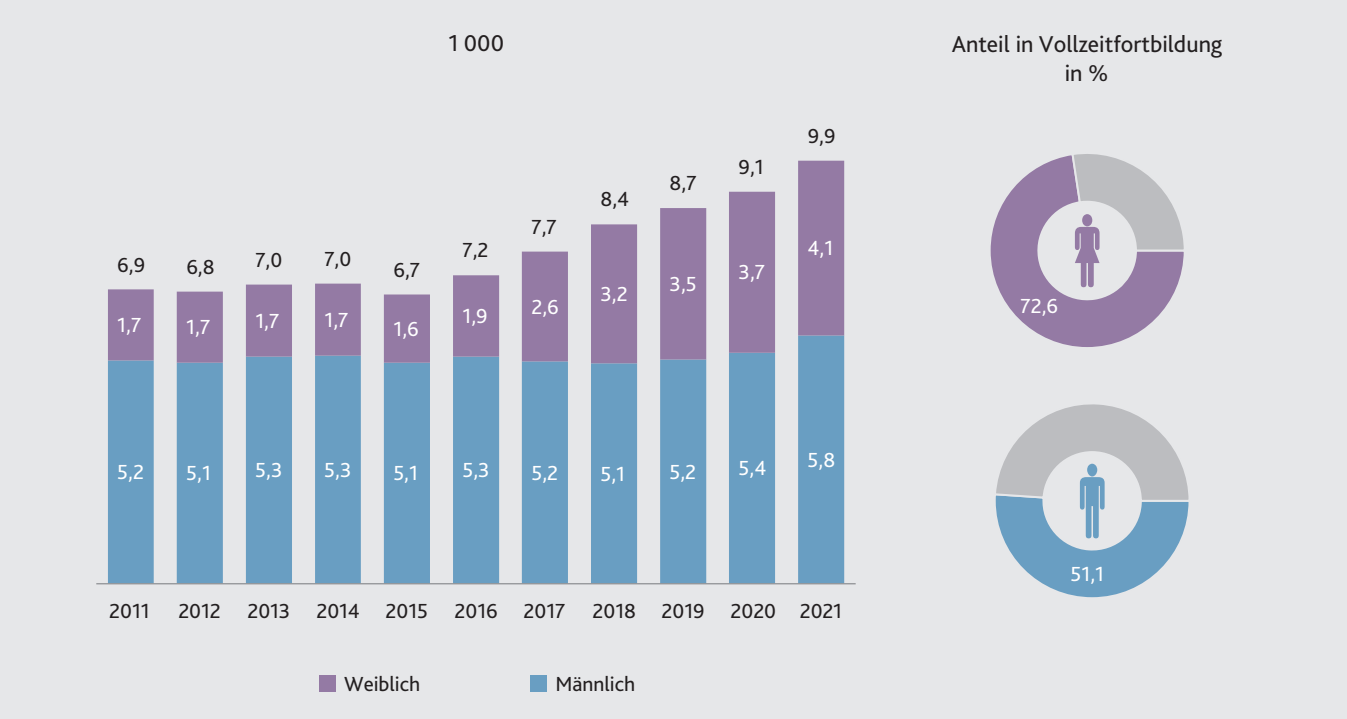
BAföG-Rückgang

Die Daten der amtlichen Statistik verdeutlichen insbesondere den Rückgang der Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) im letzten Jahrzehnt. Unter anderem sind der bürokratische Aufwand, zu

18 Bundesministerium für Bildung und Forschung: BAföG für Schülerinnen und Schüler. www.xn--bafg-7qa.de/bafoeg/de/das-bafoeg-alle-infos-auf-einen-blick/_documents/bafoeg-fuer-schuelerinnen-und-schueler.html [abgerufen am:31.11.2022]

19 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Aufstiegs-BAföG. Machen Sie Ihre Karriere zum Highlight! Bonn 2022, S. 3.

G6 Empfänger/-innen des Aufstiegs-BAföG (AFBG) 2011–2021 nach Geschlecht und Vollzeitanteil



niedrige Elternfreibeträge, heterogene Regelungen in Abhängigkeit von der Ausbildungssituation und eine zunehmende Zahl an konkurrierenden Angeboten bereits benannte Gründe für den Rückgang.

Zuwachs bei Aufstiegs-BAföG und Deutschlandstipendium

Demgegenüber haben die Förderungen nach dem Stipendiengesetz und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz deutlich Zuwächse innerhalb des Betrachtungszeitraums erfahren. Daneben zeigten die Ergebnisse der 21. Sozialerhebung des Studentenwerks, dass auch der Anteil der Studierenden, die ein Stipendium erhielten oder einen KfW-Studienkredit aufnahmen, stiegen.

Studierendenbefragung in Deutschland

Perspektivisch wird zu beobachten sein, wie sich die Nutzung des BAföG-Angebots entwickelt und welche konkurrierenden Produkte bzw. Finanzierungsquellen anstelle der BAföG-Mittel genutzt werden. Neben den Daten der amtlichen Statistik soll künftig insbesondere das vom BMBF geförderte Projekt „Eine für alle: Die Studierendenbefragung in Deutschland" dazu beitragen, Daten zur Lebens- und Studiensituation zu gewinnen.[20] In dem Projekt werden die bisherigen Trendstudien „Sozialerhebung" (Deutsches Studentenwerk, seit 1951), „Studierendensurvey" (Universität Konstanz, seit 1982) und „best – Studierenden mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung" (unter anderem Deutsches Studentenwerk, seit 2011) zusammengefasst.

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat Bildung.

20 Vgl. Beuße, M. et al.: Die Studierendenbefragung in Deutschland: Eine neue, integrierte Datenbasis für Forschung, Bildungs- und Hochschulpolitik. In: DZHW Brief, 06/2022. Hannover 2022, S. 2 f.

Erwerbstätigkeit 2021

Teilzeit ist weiblich, Selbstständigkeit männlich und Befristung jung

Von Dr. Julia Stoffel

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2021[1] waren rund 2,06 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; das entsprach 51 Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei den 15- bis unter 65-Jährigen lag die Erwerbstätigenquote bei 76 Prozent. Dagegen gingen 65-Jährige und Ältere nur selten einer Erwerbstätigkeit nach.

Teilzeitbeschäftigte waren überwiegend Frauen, Selbstständige vor allem Männer und von befristeten Arbeitsverhältnissen waren in erster Linie junge Menschen betroffen. Zwei von fünf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern arbeiteten außerhalb der normalen Arbeitszeit, insbesondere samstags oder abends. Fast zwölf Prozent der abhängig Beschäftigten leisteten Mehrarbeit, mehr als ein Fünftel nutzte Homeoffice.

Drei Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist erwerbstätig

Mehr als zwei Millionen Erwerbstätige

Von den gut vier Millionen Menschen, die nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2021 in Hauptwohnsitzhaushalten in Rheinland-Pfalz wohnten, waren knapp 2,14 Millionen – also gut die Hälfte (53 Prozent) – Erwerbspersonen. Die anderen rund 1,91 Millionen Menschen zählten zu den Nichterwerbspersonen (47 Prozent). Von den Erwerbspersonen waren 2,06 Millionen erwerbstätig und rund 76 000 erwerbslos. Folglich gingen 51 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 2021 einer Erwerbstätigkeit nach.

Wird nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrachtet, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, waren 2021 rund 1,99 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig – 926 000 Frauen und 1,06 Millionen Männer. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung (jeweils im Alter von 15 bis unter 65 Jahren), belief sich auf 76 Prozent.

Erwerbstätigenquote der Frauen deutlich unter der der Männer

Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird häufig als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von rund 72 Prozent lag diese deutlich unter dem ent-

1 Erstergebnisse.

sprechenden Wert der Männer (80 Prozent; Differenz: 8,4 Prozentpunkte). Großen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen haben die Geburt von Kindern sowie die Betreuung von Kindern oder älteren Familienangehörigen.

Das Alter ist eine wichtige Determinante für die Erwerbstätigkeit. Beginnend mit einer relativ niedrigen Erwerbstätigenquote in der jüngsten Altersgruppe, stieg die Erwerbsbeteiligung in den folgenden Altersgruppen an und nahm dann in den höheren Altersgruppen wieder ab.

Relativ geringe Quote in der untersten Altersgruppe

Die – mit einer Erwerbstätigenquote von 51 Prozent – vergleichsweise geringe Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen liegt darin begründet, dass sich viele Personen in diesem Alter noch in schulischer Ausbildung oder im Studium befinden. Die höchsten Erwerbstätigenquo-

Beteiligung am Erwerbsleben

Nach dem – im Mikrozensus angewandten – Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen.

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeiter einschließlich Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Daneben gelten auch Personen als erwerbstätig, die vorübergehend nicht arbeiten, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. wegen Urlaub oder Krankheit).

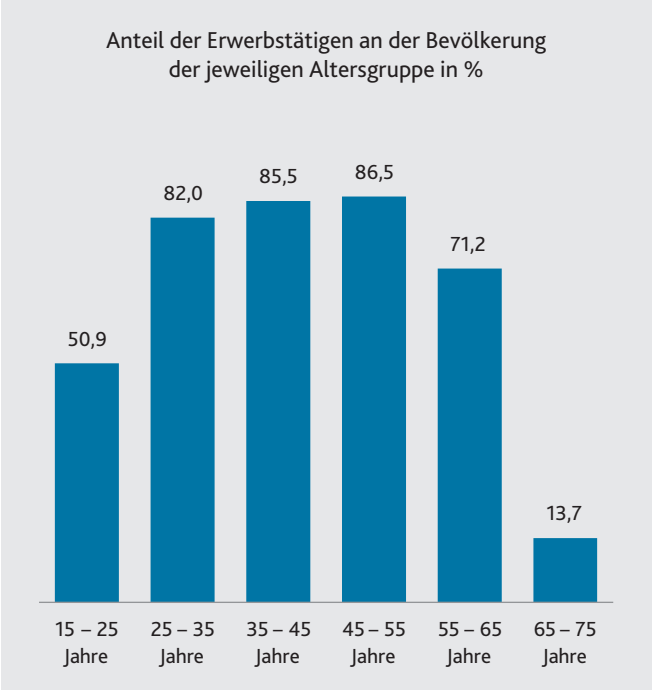
Erwerbslose sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind. Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass das Verfügbarkeitskriterium bei den veröffentlichten Erwerbslosenzahlen der Mikrozensusdaten erst ab 2005 berücksichtigt wird.

Nichterwerbspersonen sind Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Es handelt sich um Personen, die keine – auch keine geringfügig – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Die **Erwerbstätigenquote** ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbstätigenquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Die **Erwerbslosenquote** gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an.

G1 Erwerbstätigenquote 2021 nach Altersgruppen



Höchste Erwerbstätigenquote bei den 45- bis 55-Jährigen

ten wurden erwartungsgemäß in den Altersgruppen der 25- bis 55-Jährigen beobachtet; die Quote betrug 2021 in diesen Altersgruppen jeweils über 80 Prozent. Bei den älteren Erwerbspersonen zwischen 55 und unter 65 Jahren belief sich die Erwerbstätigenquote auf 71 Prozent. Menschen im Alter von 65 bis unter 75 Jahren waren selten erwerbstätig. Knapp 14 Prozent der Personen dieses Alters übten 2021 eine Erwerbstätigkeit aus.

Männer arbeiten doppelt so häufig als Selbstständige wie Frauen

7,9 Prozent der Erwerbstätigen sind selbstständig

Im Jahr 2021 waren unter den rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen 7,9 Prozent Selbstständige. Die Mehrheit dieser Selbstständigen waren Männer (70 Prozent). So übten gut zehn Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 5,2 Prozent.

Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte (69 Prozent) oder Arbeiterinnen bzw. Arbeiter (13 Prozent). Auf die Beamtinnen und Beamten entfielen sechs Prozent der Erwerbstätigen. Weitere 3,8 Prozent waren Auszubildende. Mithelfende Familienangehörige machten weniger als ein Prozent der Erwerbstätigen aus.

Teilzeitarbeit – eine Domäne der Frauen

Ein Drittel der abhängig Erwerbstätigen ist teilzeitbeschäftigt

Von den knapp 1,9 Millionen abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz gingen 2021 gut zwei Drittel einer Vollzeittätigkeit nach (68 Prozent), knapp ein Drittel war folglich teilzeitbeschäftigt (32 Prozent).[2] Mit vier von fünf Personen war das Gros der Teilzeitbeschäftigten Frauen (80 Prozent). Mehr als jede zweite abhängig erwerbstätige Frau arbeitete 2021 in Teilzeit (54 Prozent), bei den abhängig erwerbstätigen Männern waren es lediglich zwölf Prozent.

Beschäftigte mit hohem Bildungsstand seltener in Teilzeit

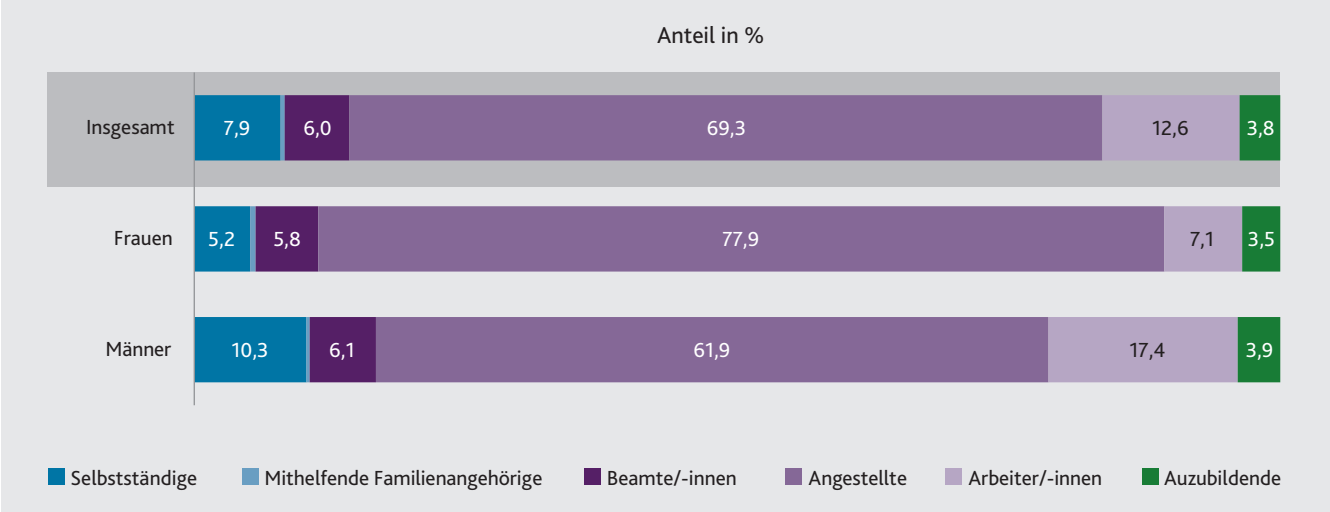
Untergliedert nach Bildungsniveau zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass abhängig Beschäftigte mit hohem Bildungsstand vergleichsweise seltener in Teilzeit arbeiteten (26 Prozent) als diejenigen mit niedrigem und mittlerem Bildungsstand (34 bzw. 35 Prozent).

Frauen und Männer arbeiten aus unterschiedlichen Gründen in Teilzeit

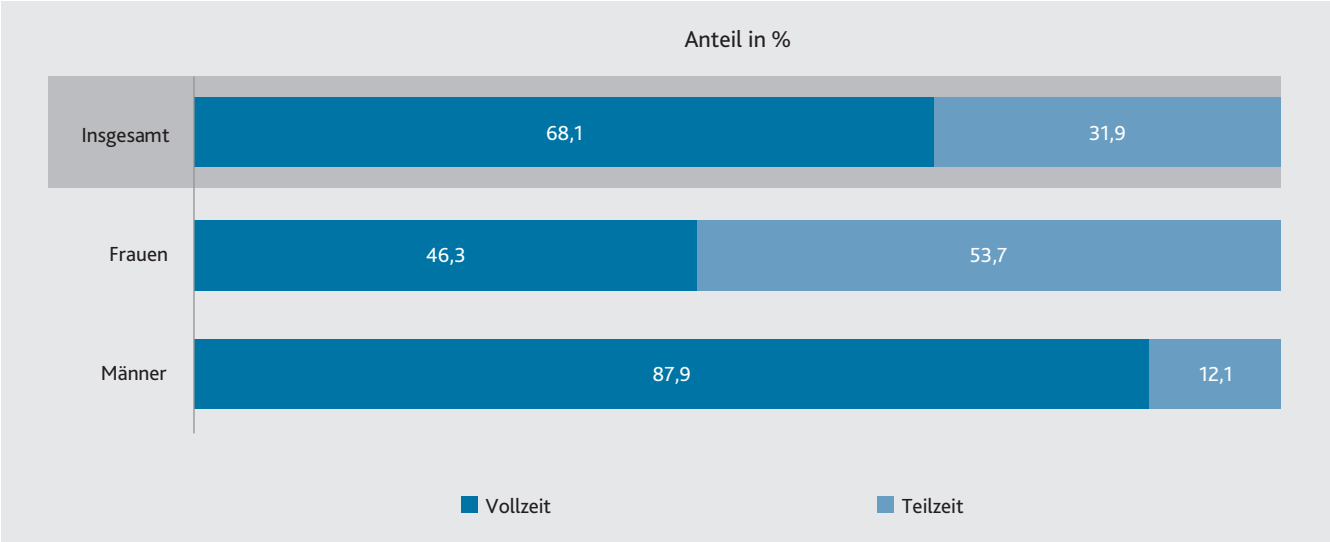
Nach dem Hauptgrund für die Teilzeitarbeit befragt, gaben Frauen am häufigsten die Betreuung von Kindern an (30 Prozent), gefolgt von dem Wunsch, Teilzeit zu arbeiten (28 Prozent). Für Männer waren dagegen am häufigsten die Schulausbildung, das Studium oder sonstige Aus- und Fortbildungen der Hauptgrund für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit (24 Prozent).

2 Teilzeitbeschäftigte sind Personen, die wöchentlich weniger Stunden arbeiten als in einer in ihrer Branche bzw. in ihrem Betrieb üblichen Vollzeitbeschäftigung. Die Ergebnisse zur Voll- und Teilzeit beruhen auf der Selbsteinschätzung der Befragten.

G2 Erwerbstätige 2021 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



G3 Abhängig Erwerbstätige 2021 nach Art der ausgeübten Tätigkeit und Geschlecht



Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängerinnen und -anfängern

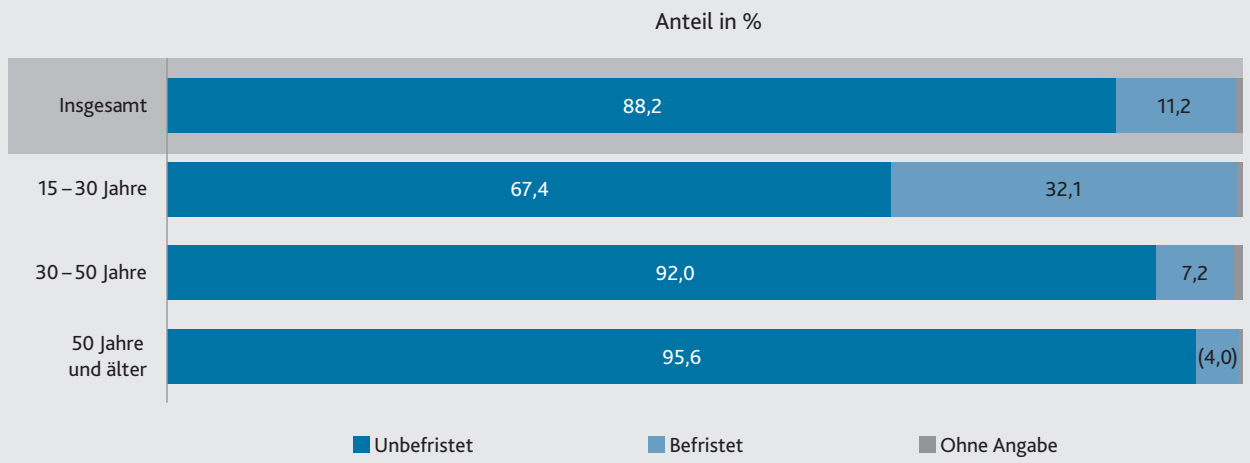
Mehr als jeder zehnte abhängig Erwerbstätige hat einen befristeten Arbeitsvertrag

Von den rund 1,9 Millionen abhängig Erwerbstätigen haben 2021 elf Prozent einen befristeten Arbeitsvertrag.[3] Frauen und Männer waren dabei gleichermaßen in derartigen Arbeitsverhältnissen zu finden. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den abhängig Erwerbstätigen unter 30 Jahren hatte fast ein Drittel nur einen befristeten Arbeitsvertrag (32 Prozent). Oder anders ausgedrückt hatten von den befristet Beschäftigten 60 Prozent das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet.

Besonders jüngere Menschen sind oft befristetet beschäftigt

3 Die Auswertungen zur befristeten Beschäftigung basieren auf der Unterstichprobe zur Befragung der Arbeitsmarktbeteiligung (Labour Force Survey – LFS).

G4 Abhängig Erwerbstätige 2021 nach Art des Arbeitsvertrages und Altersgruppen



( ) Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert relativ unsicher.
Quelle: Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-LFS)

Ausbildung ist der häufigste Grund für die Befristung

Es verwundert demnach nicht, dass mehr als ein Drittel der Befragten als Hauptgrund für die Befristung des Arbeitsvertrages die Ausbildung nannte (34 Prozent). Hierzu zählen neben Auszubildenden mit Ausbildungsvergütung auch andere Ausbildungsarten wie z. B. das Volontariat, Referendariat oder Praktikum. Gut ein Fünftel der befristet Beschäftigten gab als Hauptgrund für die Befristung an, dass die Stelle nur als befristete Tätigkeit ausgeschrieben war (21 Prozent).

Fast jede bzw. jeder vierte abhängig Erwerbstätige ist atypisch beschäftigt

Formen der atypischen Beschäftigung sind nicht trennscharf

Atypisch Beschäftige sind – in Abgrenzung zu Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern – abhängig Beschäftigte, auf deren Haupttätigkeit mindestens eines der folgenden Kriterien zutrifft: Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, geringfügige oder befristete Beschäftigung sowie Zeitarbeitsverhältnisse. Dabei bilden die atypisch Beschäftigten, neben den Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern, eine Teilmenge der abhängig beschäftigten Kernerwerbstätigen. Die Gruppe der Kernerwerbstätigen insgesamt umfasst alle Erwerbstätigen (Selbstständige und abhängig Beschäftigte) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung und ohne Personen im freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.

Teilzeit ist vorherrschende Form der atypischen Beschäftigung

Fast ein Viertel (23 Prozent) der rund 1,7 Millionen abhängig beschäftigten Kernerwerbstätigen war 2021 atypisch beschäftigt, d. h. eines oder mehrere der oben genannten Kriterien traf auf ihr Arbeitsverhältnis zu. Wobei insgesamt betrachtet die Teilzeitbeschäftigung die dominierende Form der atypischen Beschäftigung war. Annähernd zwei Drittel der atypisch Beschäftigten gab an, teilzeitbeschäftigt mit maximal 20 Stunden pro Woche zu sein (64 Prozent). In einem befristeten Arbeitsverhältnis standen 29 Prozent der atypisch Beschäftigten, und 25 Prozent gingen einer geringfügigen Beschäftigung nach. Eine eher untergeordnete Rolle spielten Arbeitsverhältnisse mit Zeitarbeitsfirmen (13 Prozent).

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus" stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Neben der seit 1996 integrierten europäischen Arbeitskräfteerhebung wird seit dem Erhebungsjahr 2020 auch die bisher separat durchgeführte europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen im Mikrozensus erhoben. Die Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten ist seit dem Erhebungsjahr 2021 ebenfalls Bestandteil des Mikrozensus. Durch die Integration dieser neuen Bestandteile ergeben sich viele neue Auswertungsmöglichkeiten. Der neugestaltete Mikrozensus ist jedoch auch mit methodischen Änderungen verbunden. Neben dem Fragenprogramm wurden die Konzeption der Stichprobe, sowie mit der Einführung eines Online-Fragebogens auch die Form der Datengewinnung verändert.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Bildungsstand. In vierjährigen Abständen werden zudem themenspezifische Zusatzprogramme (u. a. zum Pendlerverhalten und zur Wohnsituation der Bevölkerung) erhoben.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, die zum Teil zweimal pro Jahr befragt werden.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse, denen eine geringe Fallzahl zugrunde liegt (70 oder weniger), nicht veröffentlicht und Ergebnisse, denen 71 bis unter 120 Fälle zugrunde liegen, in veröffentlichten Tabellen in Klammern gesetzt.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung. Die Entwicklungen von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgen im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011. Darüber hinaus werden Veränderungen des Gebäudebestandes in Folge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Die aktuelle gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

Befristung ist bei Jüngeren die häufigste Form der atypischen Beschäftigung

Werden die atypisch Beschäftigten getrennt nach Altersgruppen betrachtet, zeigt sich, dass bei den Jüngeren die Befristung – und nicht die Teilzeitbeschäftigung – die vorherrschende Form der atypischen Beschäftigung war (66 Prozent gegenüber 33 Prozent bei den 15- bis unter 25-Jährigen bzw. 53 gegenüber 40 Prozent bei den 25- bis unter 35-Jährigen).

Frauen häufiger als Männer atypisch beschäftigt

Deutliche Unterschiede gab es auch zwischen den Geschlechtern: Während 34 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen 2021 einer atypischen Beschäftigung nachgingen, traf dies nur auf 13 Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür war die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit.

Jenseits der normalen Arbeitszeit wird vor allem samstags und abends gearbeitet

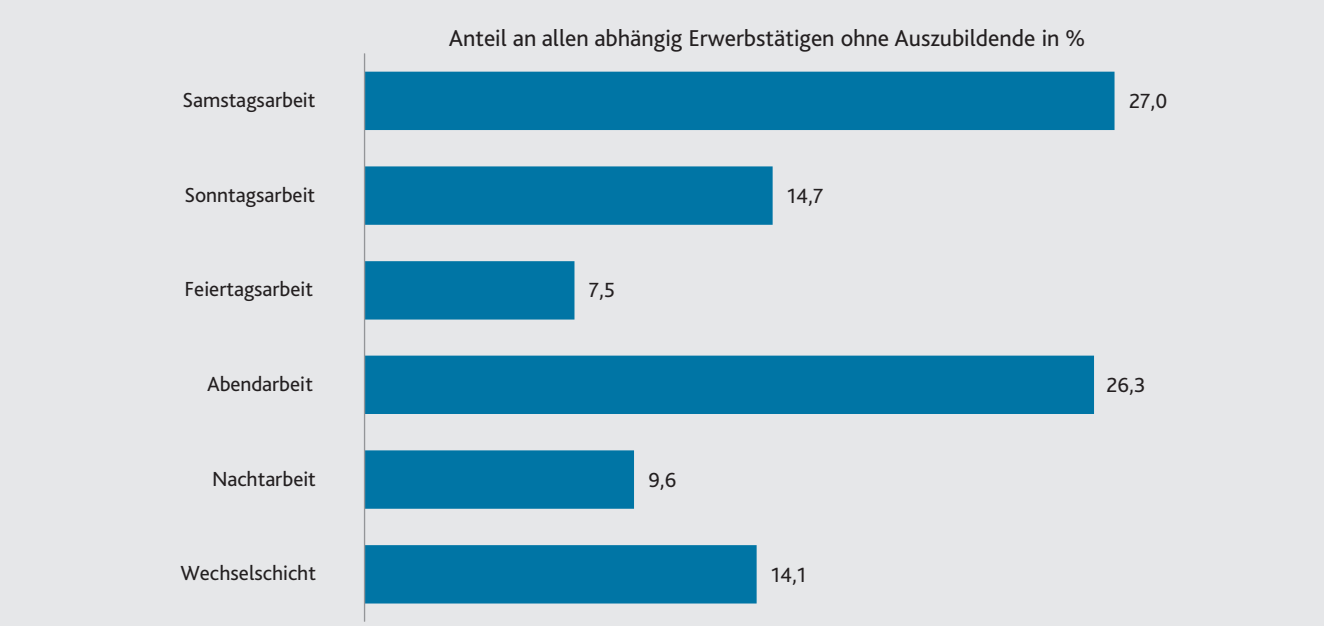
Viele Menschen arbeiten außerhalb der „normalen" Arbeitszeit von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr. Rund 40 Prozent der abhängig Erwerbstätigen ohne Auszubildende waren 2021 davon betroffen und arbeiteten zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten.[4]

40 Prozent der abhängig Beschäftigten ohne Auszubildende arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

Mehr als ein Viertel der abhängig Beschäftigten ohne Auszubildende musste 2021 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten (27 Prozent). Annähernd ebenso viele arbeiteten zumindest gelegentlich am Abend nach 18 Uhr (26 Prozent). Über Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 15 bzw. 7,5 Prozent der abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende). Nachtarbeit zwischen 23 und 6 Uhr mussten 9,6 Prozent leisten, in Wechselschichten waren 14 Prozent eingesetzt.

4 Die Angaben zur Samstags-, Sonntags-, Feiertags-, Abend-, Nacht und Schichtarbeit beziehen sich auf die Berichtswoche und die drei Wochen davor. Die Auswertungen zur Arbeitszeit jenseits der „normalen" Arbeitszeit basieren auf der Unterstichprobe zur Befragung der Arbeitsmarktbeteiligung (Labour Force Survey – LFS).

G5 Abhängig Erwerbstätige (ohne Auszubildende)[1] 2021 nach Arbeitszeiten



1 Abhängig Erwerbstätige ohne Auszubildende, die zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen arbeiten oder Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten leisteten.
Quelle: Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-LFS)

Fast zwölf Prozent der abhängig Beschäftigten leisten Mehrarbeit

Männer häufiger als Frauen betroffen

Für viele abhängig Beschäftigte gehören Überstunden zum Arbeitsalltag. Knapp zwölf Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gaben an, in der Berichtswoche mehr Stunden als vertraglich vereinbart gearbeitet zu haben.[5] Dabei leisteten Männer (13 Prozent) etwas häufiger Mehrarbeit als Frauen (9,9 Prozent).

29 Prozent der Betroffenen leisten mindestens 15 Stunden Mehrarbeit pro Woche

Für die meisten Beschäftigten, die Überstunden leisteten, war der Umfang der Mehrarbeit auf wenige Stunden pro Woche begrenzt. So gab 2021 gut ein Drittel der Betroffenen an, weniger als fünf Überstunden erbracht zu haben (34 Prozent). Allerdings leisteten auch 29 Prozent der Betroffenen mindestens 15 Stunden in der Woche mehr als vertraglich vereinbart.

Zwei Drittel der Betroffenen nutzt (auch) ein Arbeitszeitkonto für die Mehrarbeit

Mehrarbeit kann in Form von bezahlten und unbezahlten Überstunden geleistet werden oder auf ein Arbeitszeitkonto einfließen, über das sie später wieder ausgeglichen werden kann. Auch eine Kombination der drei Formen ist möglich. Das Gros der abhängig Beschäftigten, die 2021 Mehrarbeit leisteten, nutzte ein Arbeitszeitkonto (66 Prozent). Ein Fünftel der Betroffenen gab an, unbezahlte Überstunden zu leisten (20 Prozent), knapp 18 Prozent wurden Überstunden bezahlt.

Vor allem Führungs- und Aufsichtskräfte leisten Mehrarbeit

Insbesondere Führungskräfte sind von Mehrarbeit betroffen. Gut 28 Prozent der Führungskräfte leisteten in der Berichtswoche mehr Stunden als vertraglich vereinbart. Auch Aufsichtskräfte verzeichneten 2021 mit rund 18 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen, die Überstunden erbrachten.

5 Die Auswertungen zur Mehrarbeit basieren auf der Unterstichprobe zur Befragung der Arbeitsmarktbeteiligung (Labour Force Survey – LFS).

Frauen und Männer nutzen Homeoffice fast gleichermaßen

Fast neun Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten ausschließlich zu Hause

Mehr als ein Fünftel der 1,8 Millionen abhängig Beschäftigten ohne Auszubildende übte 2021 ganz oder teilweise den Beruf zu Hause aus (22 Prozent), 8,7 Prozent arbeiteten sogar ausschließlich zu Hause.[6] Differenziert nach demografischen Merkmalen zeigen sich eher geringe Unterschiede: So arbeiteten Männer (23 Prozent) etwas häufiger im Homeoffice als Frauen (21 Prozent). In der Altersgruppe der 36- bis unter 50-Jährigen war die Erwerbsarbeit zu Hause mit knapp 27 Prozent am weitesten verbreitet; im Vergleich hierzu lag der Anteil beispielsweise bei den 51- bis unter 65-Jährigen bei rund 20 Prozent.

Auswertungen nach sozioökonomischen Merkmalen zeigen dagegen eine größere Bandbreite bei der Nutzung von Homeoffice. Von den abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) arbeiteten vor allem diejenigen mit hohem Bildungsstand (auch) von zu Hause (44 Prozent); der Anteil sank auf 15 Prozent bei denjenigen mit mittlerem Bildungsstand.

Fast die Hälfte der Beamtinnen und Beamten im Homeoffice

Darüber hinaus nutzten insbesondere Beamtinnen und Beamte – darunter auch Lehrerinnen und Lehrer – die Möglichkeit des Homeoffice (49 Prozent). Von den Angestellten übte weniger als ein Viertel den Beruf in den eigenen vier Wänden aus (24 Prozent).

Weiterhin zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass mit dem Einkommen auch

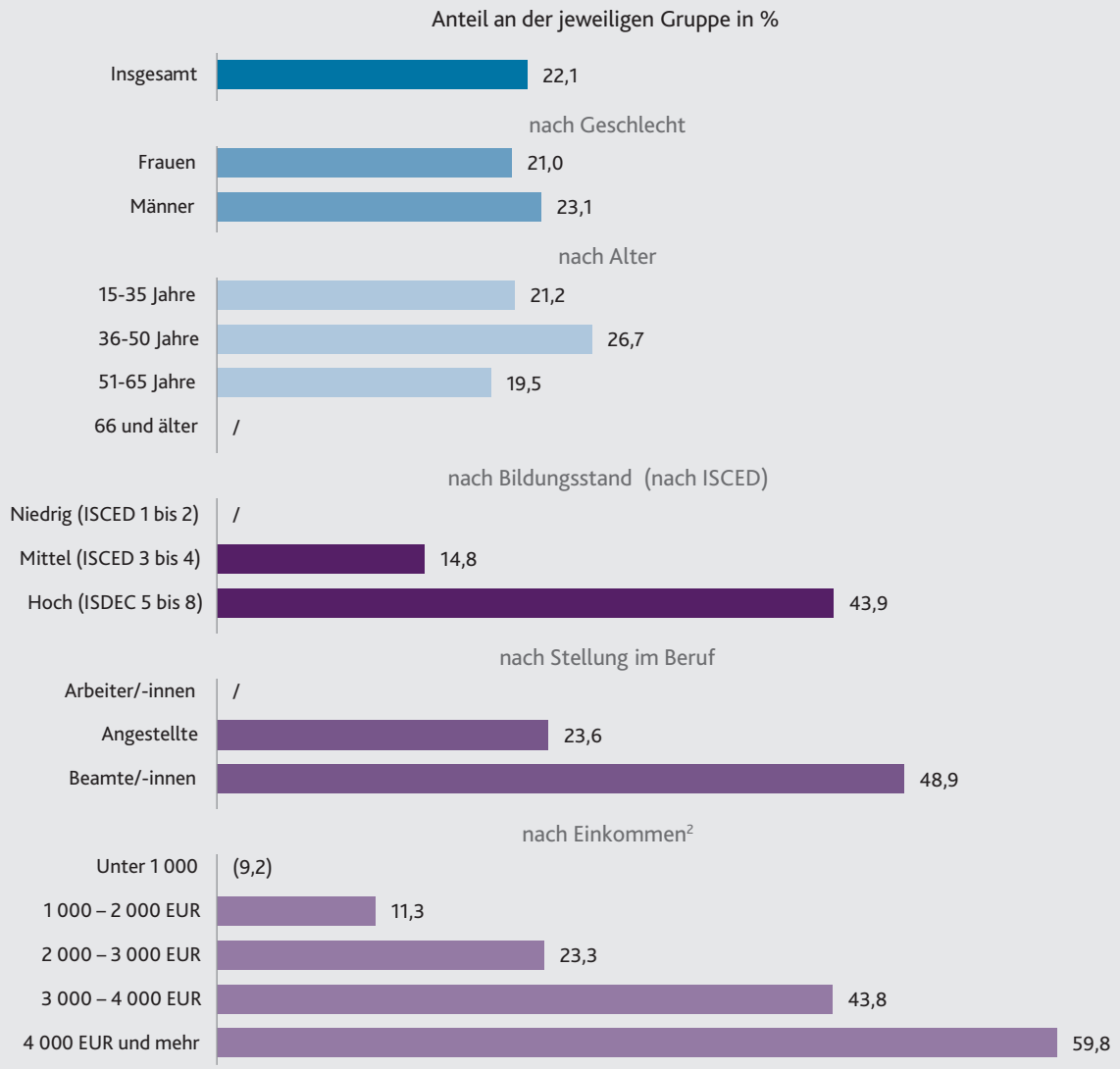
6 Die Angaben zur Erwerbsarbeit zu Hause beziehen sich auf die Berichtswoche und die drei Wochen davor. Die Auswertungen zur Erwerbsarbeit zu Hause basieren auf der Unterstichprobe zur Befragung der Arbeitsmarktbeteiligung (Labour Force Survey – LFS).

der Homeoffice-Anteil steigt. Nicht einmal jeder Zehnte der abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) mit einem persönlichen monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1000 Euro war im Homeoffice tätig, gegenüber 60 Prozent der abhängig Beschäftigten mit einem Einkommen von 4000 Euro und mehr.

Höchster Homeoffice-Anteil im Bereich „Information und Kommunikation“

Auch in Abhängigkeit der Branche variiert die Nutzung von Homeoffice. So gibt es Branchen – wie beispielsweise das Baugewerbe oder das Gesundheits- und Sozialwesen – in denen sehr viele Tätigkeiten nicht von zu Hause aus erledigt werden können. Im Gegensatz hierzu ist im Bereich „Information und Kommunikation“ das Arbeiten von zu Hause sehr gut möglich.

G6 Abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) mit Erwerbsarbeit zu Hause[1] 2021 nach ausgewählten Merkmalen



/ keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug; ( ) Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
1 In den letzten vier Wochen (bezogen auf den Befragungszeitpunkt). – 2 Nur Personen mit Einkommen und Angaben zum Einkommen.
Quelle: Mikrozensus (Unterstichprobe MZ-LFS)

Dementsprechend war für diese Branche der mit Abstand höchste Homeoffice-Anteil zu verzeichnen (70 Prozent), gefolgt vom Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" (52 Prozent).

Fast fünf Prozent der Erwerbstätigen haben einen Nebenjob

Teilzeitbeschäftigte häufiger mit Nebenjob

Im Jahr 2021 gingen in Rheinland-Pfalz 4,8 Prozent aller Erwerbstätigen neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit mindestens einer weiteren Beschäftigung nach. Dabei übten Frauen (5,8 Prozent) etwas öfter einen Nebenjob aus als Männer (3,8 Prozent). Hintergrund für den höheren Anteil bei den Frauen dürfte sein, dass Mehrfachbeschäftigungen häufiger bei Teilzeiterwerbstätigen vorkamen (6,3 Prozent; Vollzeiterwerbstätige: 4,1 Prozent), bei denen wiederum der Frauenanteil deutlich höher war.

Von den Erwerbstätigen, die mehr als eine Tätigkeit ausübten, arbeiteten fast drei Viertel regelmäßig in ihrem Nebenjob (73 Prozent); die anderen übten ihre Nebentätigkeit(en) nur gelegentlich oder saisonal begrenzt aus.

Das Gros der Erwerbstätigen lebt überwiegend vom eigenen Arbeitseinkommen

Erwerbstätigkeit dient der Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts und eventuell den von Angehörigen. Die eigene Erwerbstätig

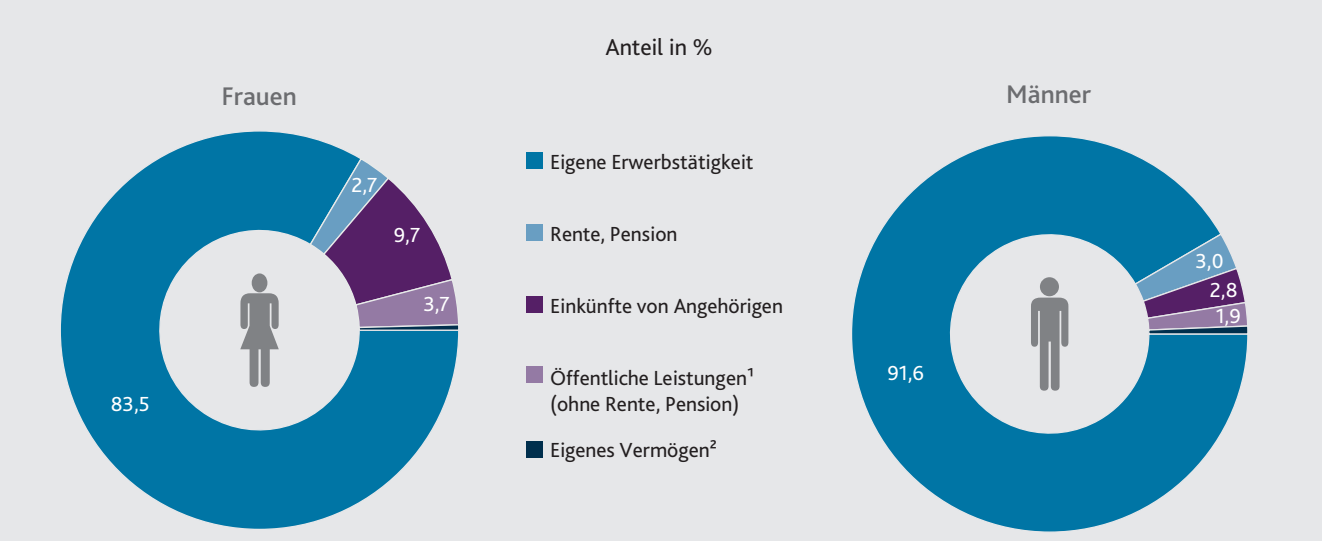
Abweichungen bei der Zahl der Erwerbstätigen zwischen dem Mikrozensus und der Erwerbstätigenrechnung

Die im Mikrozensus ausgewiesenen Angaben zu den Erwerbstätigen unterscheiden sich von Erwerbstätigenzahlen der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Die Abweichungen sind vor allem auf Unterschiede der in beiden Statistiken eingesetzten Methoden und Verfahren zurückzuführen, basieren aber in Teilen auch auf nicht vollständig übereinstimmenden Definitionen. Definitorisch weichen Mikrozensus und Erwerbstätigenrechnung vor allem bei der Abgrenzung von Erwerbstätigen ab, die ihre Tätigkeit unterbrochen haben. Methodisch ist bedeutsam, dass die Erwerbstätigenrechnung die Zahl der Erwerbstätigen auf Basis von etwa 60 Statistiken schätzt, während der Mikrozensus als Haushaltsbefragung auf den Angaben der Befragten basiert. Vor diesem Hintergrund erklärt sich, dass Abweichungen vor allem im Bereich der marginalen Beschäftigung zu finden sind. Erfahrungsgemäß kann etwa die Erfassung kleinerer (Neben-)Jobs oder von Tätigkeiten im Graubereich zur Schwarzarbeit in Haushaltsbefragungen problematisch sein. In der Erwerbstätigenrechnung werden für statistisch schwierig zu erfassende Bereiche (z. B. im Bereich der häuslichen Dienste) Zuschätzungen vorgenommen.

Die Erwerbstätigenrechnung wird mit Priorität zur Betrachtung der Erwerbstätigkeit im Kontext der gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung verwendet, während der Mikrozensus mit der Vielzahl der zur Verfügung stehenden Merkmale insbesondere für die Betrachtung der Situation bei einzelnen Bevölkerungsgruppen, für themenübergreifende Analysen und für internationale Vergleiche genutzt wird.

G7 Erwerbstätige 2021 nach Geschlecht und überwiegendem Lebensunterhalt



1 Hierzu zählen das Arbeitslosengeld I, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und andere Hilfe in besonderen Lebenslagen, Leistungen nach Hartz IV (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld), sonstige Unterstützungen (z. B. BAföG, Stipendium, Asylbewerberleistungen, Pflegegeld) sowie Elterngeld. – 2 Einschließlich Ersparnisse, Zinsen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil.

Erwerbstätige Männer finanziell unabhängiger als erwerbstätige Frauen

keit war 2021 für die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen die Hauptquelle zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts (88 Prozent). Unterschiedlich hoch waren die Anteile bei Frauen und Männern. Während 92 Prozent der erwerbstätigen Männer ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit finanzierten, waren es bei den erwerbstätigen Frauen nur 84 Prozent. Fast jede zehnte erwerbstätige Frau bestritt ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen (9,7 Prozent; erwerbstätige Männer: 2,8 Prozent).

Deutlich geringer war auch der Anteil bei den jungen Erwerbstätigen. Nur drei Viertel der 15- bis unter 25-jährigen Erwerbstätigen lebten überwiegend vom eigenen Arbeitseinkommen (75 Prozent). Der Grund hierfür dürfte sein, dass sich viele dieser jungen Menschen noch in Bildung oder Ausbildung befinden.

Weniger als vier von fünf atypisch Beschäftigten bestreiten Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit

Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworteten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Knapp 78 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 97 Prozent der Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Von den atypisch Beschäftigten gaben rund 14 Prozent an, ihren Lebensunterhalt vorwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Öffentliche Leistungen (ohne Rente, Pension) waren für 4,7 Prozent der atypisch Beschäftigten die Haupteinnahmequelle.

14 Prozent der 65- bis unter 75-jährigen erwerbstätigt

Das Arbeiten im Rentenalter kann unterschiedliche Beweggründe haben. Neben der Freude an der Arbeit oder das Aufrechterhalten sozialer Kontakte können auch finanzielle Motive eine Rolle spielen. Im

Jahr 2021 gingen fast 14 Prozent der 65- bis unter 75-Jährigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einer Erwerbstätigkeit nach. Für 39 Prozent dieser Personen war die ausgeübte Tätigkeit die vorwiegende Quelle des Lebensunterhalts.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mit dem Mikrozensus über eine wichtige Datenquelle zur Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2021 waren in Rheinland-Pfalz 2,06 Millionen Menschen erwerbstätig. Bei der überwiegenden Mehrheit der Erwerbstätigen diente die eigene Erwerbstätigkeit als Hauptquelle zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts.

Während Frauen häufiger in Teilzeit arbeiteten und einen Nebenjob ausübten, waren Männer öfter selbstständig oder von Mehrarbeit betroffen. In einem befristeten Arbeitsverhältnis standen insbesondere jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Dr. Julia Stoffel ist Referentin im Referat „Private Haushalte“.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2020

Anstieg in allen Verwaltungsbezirken

Von Sophia Häußler

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine zentrale Einkommensgröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es ergibt sich aus den Einkommen, die durch Erwerbstätigkeit und Vermögen erzielt werden, zuzüglich der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Sozialhilfe oder Kindergeld und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers wie Steuern oder Sozialabgaben. Im Jahr 2020 nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz in allen Verwaltungsbezirken zu – trotz der durch die Coronapandemie ausgelösten Wirtschaftskrise. Im ersten Coronajahr standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 23 559 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung.

Verfügbares Einkommen als zentrale Einkommensgröße

Einkommen für Konsum und Sparen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine wichtige Kennzahl der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es ist das Einkommen, das den privaten Haushalten nach Einkommensumverteilung für Konsum und Sparen verbleibt. Der Sektor „Private Haushalte" umfasst nicht nur die privaten Haushalte im engeren Sinne, sondern allgemein Einzelpersonen bzw. Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, aber auch als Produzenten (z. B. Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, selbstständige Landwirtinnen und Landwirte, Freiberuflerinnen und Freiberufler). In Deutschland werden die privaten Haushalte mit privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften) zusammengefasst. Im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion nachgewiesen wird, ist das verfügbare Einkommen eine wohnortbezogene Größe (Inländerkonzept). Um die Ergebnisse der Verwaltungsbezirke miteinander vergleichen zu können, wird das verfügbare Einkommen auf die Einwohnerzahl bezogen.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes von November 2021 abgestimmt.

Von der primären Einkommensverteilung ...

Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Ausgangspunkt der Berechnung des verfügbaren Einkommens ist das Primäreinkommen der privaten Haushalte. Das Primäreinkommen ist das Einkommen, das der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus ihrer Teilnahme am Wertschöpfungsprozess, d. h. aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, zufließt. Es setzt sich zusammen aus den empfangenen Arbeitnehmerentgelten (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber), den Unternehmenseinkommen, die auf die privaten Haushalte entfallen, sowie dem Saldo der Vermögenseinkommen.

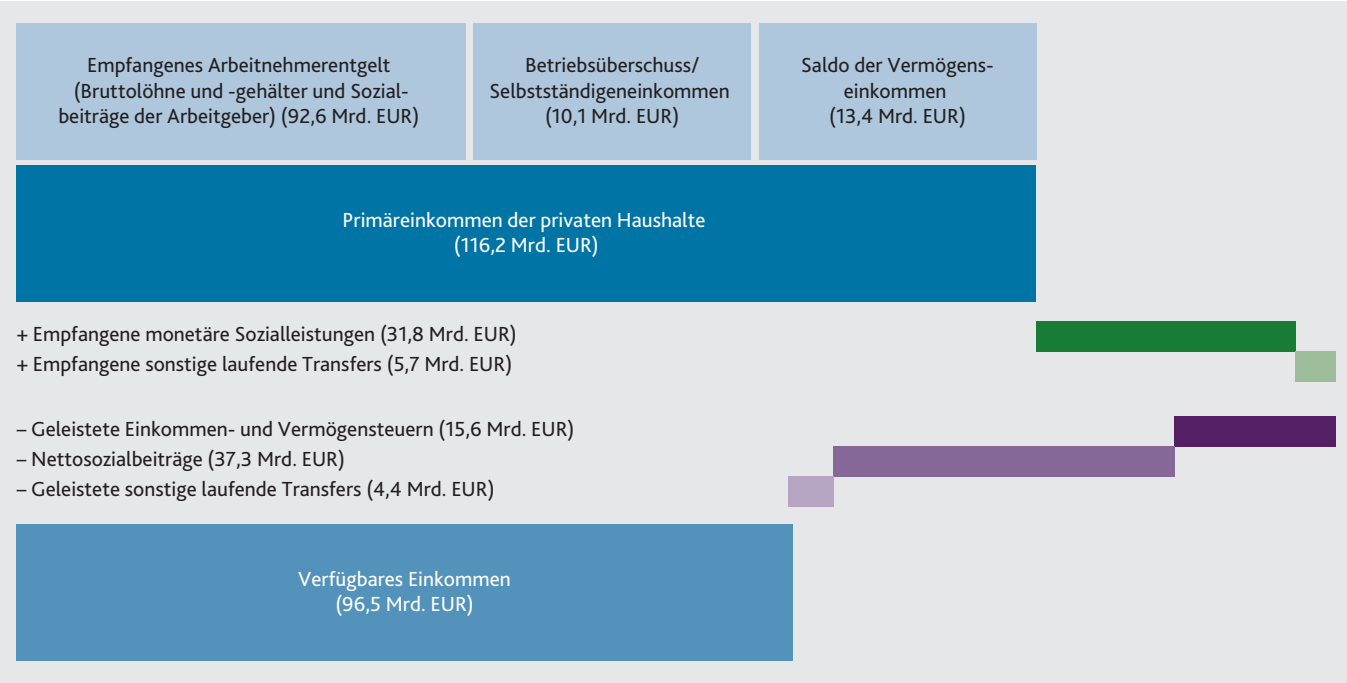
80 Prozent des Primäreinkommens stammen aus Arbeitnehmerentgelten

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug 2020 insgesamt 116,2 Milliarden Euro. Davon entfielen rund 80 Prozent (92,6 Milliarden Euro) auf Arbeitnehmerentgelte. Unternehmenseinkommen trugen rund neun Prozent (10,1 Milliarden Euro) bei. Das Unternehmenseinkommen umfasst zum einen die Selbstständigeneinkommen der zum Sektor „Private Haushalte" gehörenden Unternehmen, zum anderen enthält es ein unterstelltes Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohnraum. Der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, z. B. Zinsen, Pachten, Gewinnentnahmen und Ausschüttungen, betrug 13,4 Milliarden Euro. Das waren rund zwölf Prozent des Primäreinkommens.

Größtes Plus bei Arbeitnehmerentgelten

Im Vergleich zu 2000 stieg das Primäreinkommen in jeweiligen Preisen um insgesamt 52 Prozent. Darunter nahmen die Arbeitnehmerentgelte mit einem Plus von 64 Prozent kräftig zu. Der Saldo der Vermögenseinkommen legte um 22 Prozent zu. Am geringsten fiel die Zunahme der Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse aus (+13 Prozent).

G1 Schematische Darstellung der Einkommensverteilung der privaten Haushalte 2020



… zur sekundären Einkommensverteilung

Einkommen nach Einkommensumverteilung

Das verfügbare Einkommen unterscheidet sich vom Primäreinkommen durch die Einkommensumverteilung: Zum Primäreinkommen werden die empfangenen laufenden Transfers hinzugezählt und die geleisteten laufenden Transfers abgezogen.

Haushalte empfangen monetäre Sozialleistungen …

Bei den von den privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers handelt es sich vor allem um monetäre Sozialleistungen. Dazu gehören insbesondere die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Weitere monetäre Sozialleistungen sind beispielsweise Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (z. B. Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung). Nicht enthalten sind Dienst- und Sachleistungen des Staates. Zu den empfangenen sonstigen laufenden Transfers zählen beispielsweise empfangene Leistungen von Nichtlebensversicherungen wie Kfz- oder Haftpflichtversicherungen.

… und zahlen Einkommen- und Vermögensteuern sowie Nettosozialbeiträge

Die geleisteten laufenden Transfers umfassen vor allem die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern und Verwaltungsgebühren) sowie die Nettosozialbeiträge. In den Sozialbeiträgen sind nicht nur die tatsächlich gezahlten Beiträge der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbstständigen und Nichterwerbstätigen enthalten, sondern auch unterstellte Beiträge für z. B. die Beamtenversorgung. Zu den geleisteten sonstigen laufenden Transfers gehören unter anderem die Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen.

Nach Umverteilung bleiben den privaten Haushalten 83 Prozent des Primäreinkommens

Insgesamt beliefen sich die empfangenen laufenden Transfers der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 2020 auf 37,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig mussten die privaten Haushalte laufende Transfers in Höhe von 57,2 Milliarden Euro leisten. Die Nettosozialbeiträge haben mit gut 65 Prozent den Hauptanteil an den laufenden Transfers. Auf die Einkommens- und Vermögenssteuern entfielen gut 27 Prozent. Durch die Umverteilung nahm das Einkommen um 19,7 Milliarden Euro ab; das verfügbare Einkommen betrug 2020 somit 96,5 Milliarden Euro. Das waren 83 Prozent des Primäreinkommens.

Gegenüber 2000 erhöhte sich das verfügbare Einkommen um 53 Prozent. Die empfangenen Transfers stiegen in diesem Zeitraum deutlich stärker als die geleisteten Transfers (+74 bzw. +65 Prozent).

Primäreinkommen beträgt durchschnittlich 28 371 Euro

Große regionale Unterschiede beim Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner

Durchschnittlich betrug das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2020 in Rheinland-Pfalz 28 371 Euro. In den kreisfreien Städten war der Wert mit 27 194 Euro rund 1 600 Euro niedriger als in den Landkreisen mit 28 788 Euro. Zwischen den einzelnen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen gibt es zum Teil große Unterschiede. Das höchste Primäreinkommen im Vergleich der kreisfreien Städte wies Neustadt auf. Mit 31 562 Euro war es elf Prozent höher als der landesdurchschnittliche Wert. Am geringsten war das Primäreinkommen in Pirmasens; mit 21 056 Euro lag es 26 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Auch in den Landkreisen ist eine große Spannweite der Einkommen festzustellen. Das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner streute zwischen 34 496 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis und

T1 Einkommen der privaten Haushalte[1] 2020 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner/-in		Mill. EUR	Anteil am Land in %	Anteil am Primärein-kommen in %	je Einwohner/-in	
			EUR	Land = 100				EUR	Land = 100
Frankenthal (Pfalz), St.	1 292	1,1	26 508	93,4	1 107	1,1	85,7	22 712	96,4
Kaiserslautern, St.	2 330	2,0	23 333	82,2	1 997	2,1	85,7	20 005	84,9
Koblenz, St.	3 042	2,6	26 753	94,3	2 513	2,6	82,6	22 101	93,8
Landau i. d. Pfalz, St.	1 314	1,1	28 095	99,0	1 051	1,1	80,0	22 473	95,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	4 321	3,7	25 063	88,3	3 533	3,7	81,8	20 491	87,0
Mainz, St.	6 714	5,8	30 819	108,6	5 020	5,2	74,8	23 046	97,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 682	1,4	31 562	111,2	1 408	1,5	83,7	26 426	112,2
Pirmasens, St.	847	0,7	21 056	74,2	826	0,9	97,5	20 537	87,2
Speyer, St.	1 575	1,4	31 090	109,6	1 277	1,3	81,1	25 205	107,0
Trier, St.	3 020	2,6	27 178	95,8	2 417	2,5	80,0	21 754	92,3
Worms, St.	2 186	1,9	26 176	92,3	1 833	1,9	83,9	21 954	93,2
Zweibrücken, St.	835	0,7	24 490	86,3	726	0,8	87,0	21 299	90,4
Ahrweiler	3 649	3,1	28 009	98,7	3 204	3,3	87,8	24 590	104,4
Altenkirchen (Ww.)	3 388	2,9	26 272	92,6	2 953	3,1	87,2	22 904	97,2
Alzey-Worms	3 856	3,3	29 616	104,4	3 096	3,2	80,3	23 778	100,9
Bad Dürkheim	4 441	3,8	33 429	117,8	3 605	3,7	81,2	27 141	115,2
Bad Kreuznach	4 191	3,6	26 435	93,2	3 629	3,8	86,6	22 889	97,2
Bernkastel-Wittlich	2 985	2,6	26 511	93,4	2 586	2,7	86,6	22 967	97,5
Birkenfeld	2 004	1,7	24 769	87,3	1 831	1,9	91,4	22 630	96,1
Cochem-Zell	1 619	1,4	26 337	92,8	1 423	1,5	87,9	23 153	98,3
Donnersbergkreis	2 037	1,8	27 002	95,2	1 709	1,8	83,9	22 662	96,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 760	2,4	27 725	97,7	2 243	2,3	81,2	22 525	95,6
Germersheim	3 872	3,3	30 010	105,8	3 095	3,2	79,9	23 987	101,8
Kaiserslautern	2 801	2,4	26 392	93,0	2 380	2,5	84,9	22 417	95,2
Kusel	1 737	1,5	24 753	87,2	1 538	1,6	88,6	21 922	93,1
Mainz-Bingen	7 277	6,3	34 410	121,3	5 630	5,8	77,4	26 625	113,0
Mayen-Koblenz	5 966	5,1	27 799	98,0	4 989	5,2	83,6	23 247	98,7
Neuwied	5 036	4,3	27 523	97,0	4 312	4,5	85,6	23 566	100,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 928	2,5	28 351	99,9	2 512	2,6	85,8	24 321	103,2
Rhein-Lahn-Kreis	3 225	2,8	26 344	92,9	2 800	2,9	86,8	22 872	97,1
Rhein-Pfalz-Kreis	5 336	4,6	34 496	121,6	4 217	4,4	79,0	27 264	115,7
Südliche Weinstraße	3 314	2,9	29 947	105,6	2 748	2,8	82,9	24 832	105,4
Südwestpfalz	2 571	2,2	27 100	95,5	2 278	2,4	88,6	24 015	101,9
Trier-Saarburg	4 490	3,9	29 940	105,5	3 619	3,8	80,6	24 131	102,4
Vulkaneifel	1 569	1,3	25 900	91,3	1 384	1,4	88,2	22 844	97,0
Westerwaldkreis	6 005	5,2	29 671	104,6	5 010	5,2	83,4	24 757	105,1
Rheinland-Pfalz	116 212	100	28 371	100	96 500	100	83,0	23 559	100
kreisfreie Städte	29 157	25,1	27 194	95,9	23 709	24,6	81,3	22 113	93,9
Landkreise	87 055	74,9	28 788	101,5	72 790	75,4	83,6	24 071	102,2

1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: November 2021

24 753 Euro im Landkreis Kusel. Das waren 22 Prozent mehr bzw. 13 Prozent weniger als im Landesdurchschnitt. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Wert in Rheinland-Pfalz betrug rund 61 Prozent.

Durchschnittlich 23 559 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner für Konsum und Sparen

Pro-Kopf-Einkommen sinkt durch die Umverteilung

Durch die Umverteilung sank das durchschnittliche Einkommen 2020 um 4 812 Euro. Im Schnitt standen jeder Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer damit 23 559 Euro für den Konsum und das Sparen zur Verfügung. Wie das Primäreinkommen war auch das verfügbare Einkommen in den kreisfreien Städten um knapp 2 000 Euro geringer als in den Landkreisen (22 113 bzw. 24 071 Euro). Das höchste Pro-Kopf-Einkommen wies der Rhein-Pfalz-Kreis (27 264 Euro) aus, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim (27 141 Euro). Unter den kreisfreien Städten ergab sich der höchste Wert in Neustadt mit 26 426 Euro. Am geringsten war das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in der Stadt Kaiserslautern mit 20 005 Euro. Im Vergleich der Landkreise verfügte die Bevölkerung von Kusel mit durchschnittlich 21 922 Euro über das niedrigste Einkommen.

Einkommensunterschiede zwischen den Kreisen sinken durch die Umverteilung

Die Einkommensumverteilung soll Einkommensunterschiede verringern. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen auf Kreisebene. Im Jahr 2020 lag das höchste verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner knapp 16 Prozent über dem Landesdurchschnitt; der geringste Pro-Kopf-Wert gut 15 Prozent darunter. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen betrug 36 Prozent und damit 28 Prozentpunkte weniger als beim Primäreinkommen.

Pirmasens profitiert besonders stark von der Umverteilung

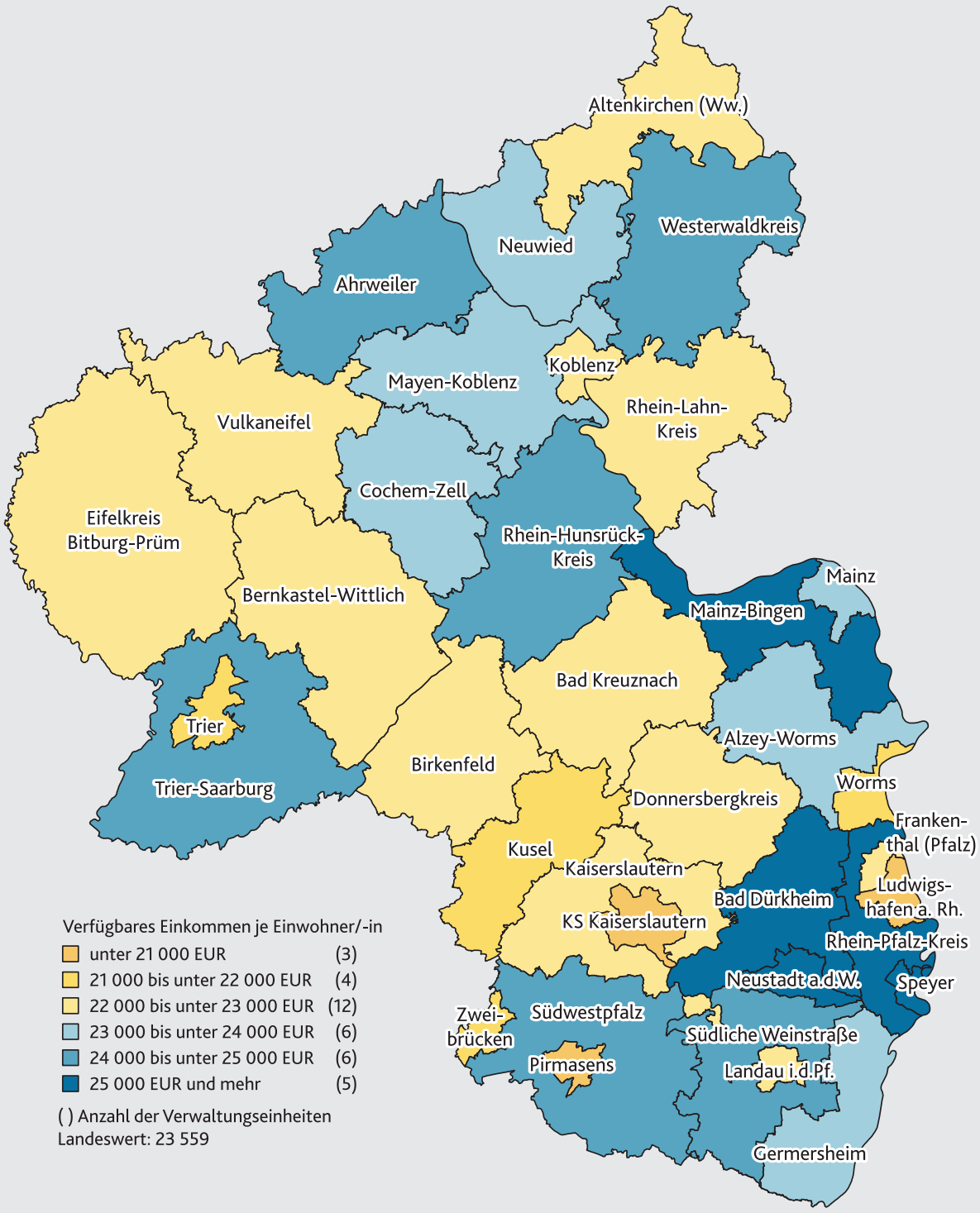
In den meisten Kreisgebieten mit niedrigem Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner war das verfügbare Einkommen pro Kopf näher am Landesdurchschnitt als das Primäreinkommen pro Kopf. Am stärksten profitierte die Stadt Pirmasens von der Umverteilung. Hier lag das Primäreinkommen 26 Prozent unter dem Landesdurchschnitt; das verfügbare Einkommen lag dagegen nur 13 Prozent darunter.

Die Rangfolge der Regionen ist bei Primär- und verfügbarem Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner tendenziell sehr ähnlich. In Einzelfällen kommt es allerdings auch zu größeren Verschiebungen. Den stärksten Aufstieg in der Rangfolge verzeichnete der Landkreis Cochem-Zell (von Rang 27 beim Primäreinkommen auf Rang 16 beim verfügbaren Einkommen). Die kreisfreie Stadt Landau rutschte im Ranking dagegen von Platz 13 auf Platz 27 ab.

Keine Aussagen über Einkommensverteilung innerhalb eines Kreises möglich

Zu beachten ist bei den Vergleichen des Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner, dass weder die Altersstruktur noch die Einkommensverteilung innerhalb einer Region berücksichtigt werden. Die Altersstruktur hat z. B. Auswirkungen auf die Höhe der Erwerbsbeteiligung und damit auf die aus Erwerbstätigkeit generierten Primäreinkommen. Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einer Region erlaubt keine Aussagen darüber, wie gleichmäßig sich das Einkommen auf die Bevölkerung verteilt. Zudem ist zu beachten, dass die regionale Einkommensverteilung in Rheinland-Pfalz stark durch die Berufspendlerinnen und -pendler beeinflusst ist. Aus den Landkreisen pendeln viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Arbeit in die kreisfreien Städte. Die von ihnen erbrachte Wirtschaftsleistung wird an ihrem Arbeitsort in

K1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2020 nach Verwaltungsbezirken



den Städten nachgewiesen, das dabei entstehende Einkommen wird dagegen an ihrem Wohnort in den Landkreisen erfasst.

Starke Unterschiede bei Rangfolge beim verfügbaren Einkommen pro Kopf und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige/-n

Neben der Erwerbsbeteiligung hat auch die Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft einen Einfluss auf das Primär- bzw. das verfügbare Einkommen, wobei sich insbesondere bei einer kleinräumigen Analyse die Wirtschaftskraft durch Pendlerverflechtungen auch auf umliegende Regionen auswirkt. Ein Vergleich zwischen dem Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion bzw. Beschäftigung nachgewiesen wird, und dem verfügbaren Einkommen, das am jeweiligen Wohnort gemessen wird, zeigt zum Teil große Unterschiede. So weist z. B. die Stadt Ludwigshafen das mit deutlichem Abstand höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz aus, aber eines der geringsten Pro-Kopf-Einkommen im Land (vorletzter Rang). Dafür ist im angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis die Wirtschaftskraft je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen relativ gering, das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner jedoch sehr hoch (Rang 1).

Verfügbares Einkommen steigt in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen

Anstieg trotz Coronakrise

Trotz der durch die Coronapandemie ausgelösten Wirtschaftskrise nahm das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2020 zu. Gegenüber dem Vorjahr stieg das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz im ersten Coronajahr 2020 um 1,5 Prozent. Mit +2,1 Prozent verzeichneten die kreisfreien Städte durchschnittlich einen höheren Anstieg als die Landkreise mit +1,2 Prozent. In den einzelnen Verwaltungsbezirken lagen die Zuwachsraten zwischen 0,2 und 3,1 Prozent.

Verfügbares Einkommen wächst 2020 durch steigende monetäre Sozialleistungen

Zwar sank das Primäreinkommen der privaten Haushalte aufgrund der Coronapandemie (–1,2 Prozent) gegenüber 2019; vor allem der Saldo der Vermögenseinkommen ging kräftig zurück. Allerdings stiegen die monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte deutlich (+7,6 Prozent). Darunter fallen z. B. die beträchtlichen zusätzlichen Zahlungen des Staates an die privaten Haushalte für das Kurzarbeitergeld, aber auch die höheren Zahlungen für Arbeitslosen- und Kindergeld im Rahmen der Sozialschutzpakete sowie die Zahlungen für den Kinderbonus. Im Ergebnis führt dies zu einer Zunahme des verfügbaren Einkommens 2020 – trotz Coronakrise.

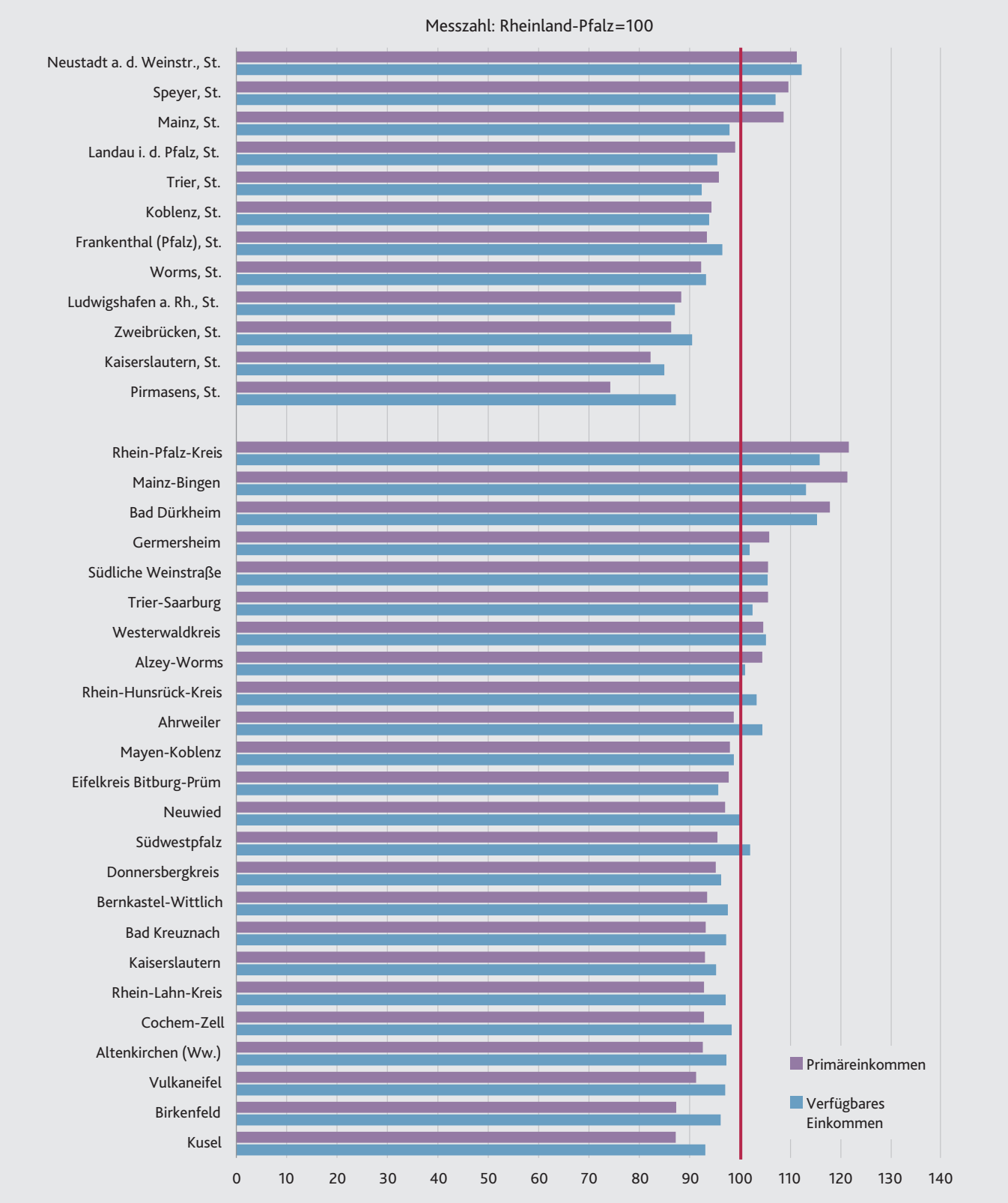
Verfügbaren Einkommens steigt zwischen 2000 und 2020 um 50 Prozent

Im Vergleich zu 2000 stieg das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz nominal, d. h. nicht preisbereinigt, um 50 Prozent. Die Verbraucherpreise nahmen in diesem Zeitraum um 30 Prozent zu. In den Landkreisen fiel der Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens langfristig – anders als im Vorjahresvergleich – wesentlich dynamischer aus als in den kreisfreien Städten (+54 bzw. +42 Prozent). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anstieg nicht nur durch die Veränderung des verfügbaren Einkommens, sondern auch durch die Veränderung der Bevölkerung beeinflusst wird. Die Einwohnerzahl ging in den Landkreisen zwischen 2000 und 2020 um 0,1 Prozent zurück. Die kreisfreien Städte verzeichneten dagegen – vor allem durch die positive Entwicklung in den Universitätsstädten Mainz, Landau und Trier – einen Bevölkerungszuwachs in Höhe von sieben Prozent.

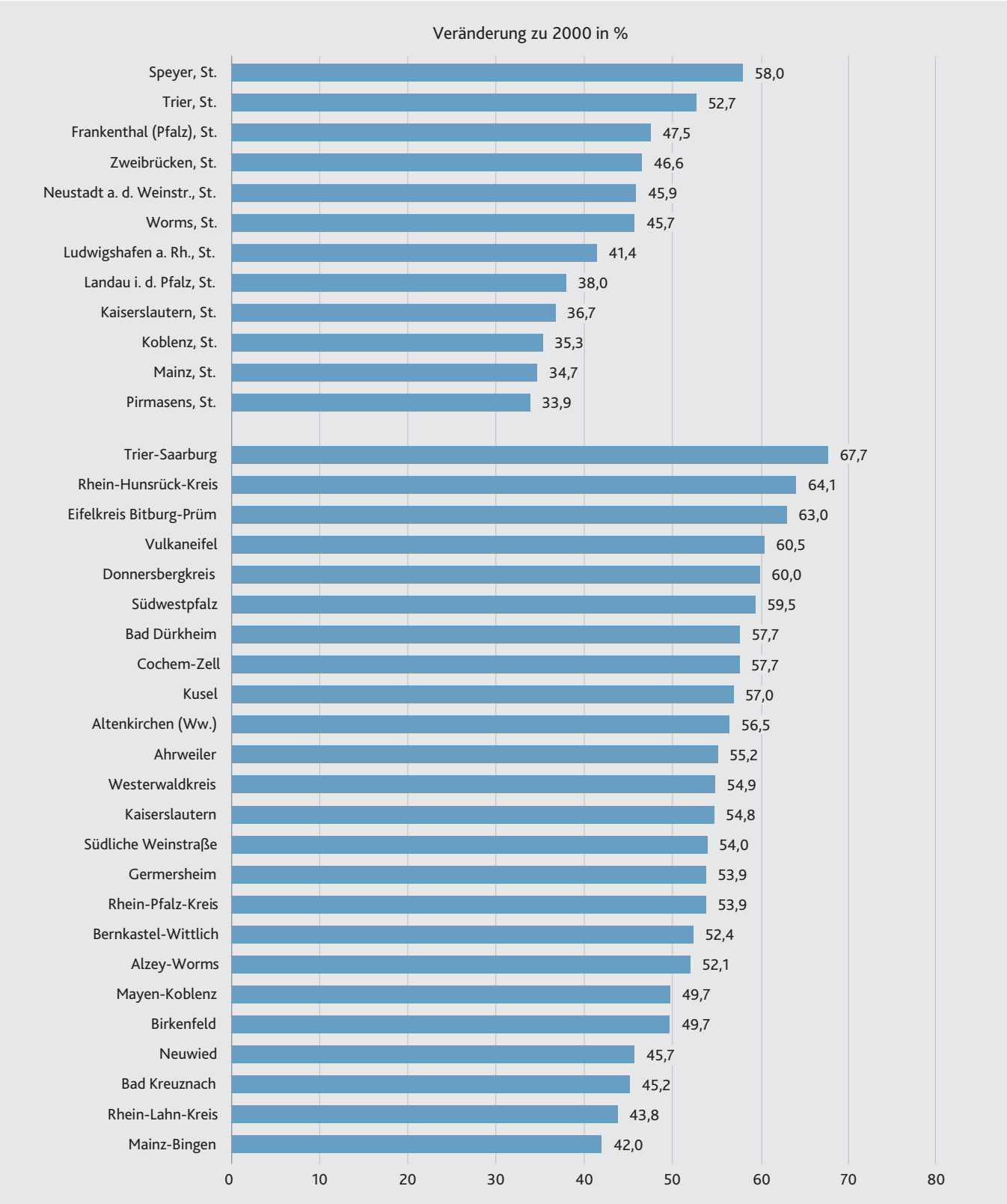
Mit Abstand stärkste Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens im Kreis Trier-Saarburg

Den stärksten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 verzeichnete unter den kreisfreien Städten Speyer mit +58 Prozent. Mit deutlichem Abstand folgt die Stadt Trier mit +53 Prozent. Dage-

G2 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2020 nach Verwaltungsbezirken



G3 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2020 nach Verwaltungsbezirken



gen nahm das Einkommen je Einwohnerin und Einwohner in Pirmasens nur um 34 Prozent zu. Im Vergleich der Landkreise erzielte der Kreis Trier-Saarburg mit +68 Prozent den höchsten Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen, mit etwas Abstand gefolgt vom Rhein-Hunsrück-Kreis und Eifelkreis Bitburg-Prüm mit +64 bzw. +63 Prozent. Bitburg-Prüm, Trier und Trier-Saarburg liegen im Einzugsbereich von Luxemburg. Die Region Trier profitierte von der starken wirtschaftlichen Dynamik im Großherzogtum: In den vergangenen 20 Jahren nahm die Zahl der Menschen, die aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit auspendeln, stetig zu. Im Landkreis Mainz-Bingen sowie im Rhein-Lahn-Kreis stieg das Pro-Kopf-Einkommen dagegen nur um 42 bzw. 44 Prozent.

Niveauunterschiede zwischen den Kreisen nahmen seit 2000 zu

Die Niveauunterschiede beim verfügbaren Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner nahmen seit 2000 zu. Im Jahr 2000 lag das Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten mit 15 626 Euro nur knapp 50 Euro unter dem Wert der Landkreise. Im Jahr 2020 betrug die Differenz rund 2 000 Euro.

Sophia Häußler, B.A. in Gesundheits- und Sozialwirtschaft, ist Mitarbeiterin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“

Info

Methodische Erläuterungen und Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Reihe 2 Band 3 „Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2020“. Die Veröffentlichung steht im Internet kostenfrei zur Verfügung:

www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/publikationen

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 096 [1,2]	4 103 [1,2]	4 101	4 102	4 105	4 148	4 151	4 152	4 155
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	477 [1,2]	493 [1,2]	490	491	494	549	551	553	557

Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]

* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 576	1 544	1 952	2 500	2 565	2 084	2 361	2 725	2 499
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 136	3 221	3 329	3 562	3 595	3 211	3 249	3 459	3 438
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,4	9,9	10,2	10,3	9,1	9,5	9,8	9,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 098	4 214	3 805	4 113	3 913	4 192	4 118	4 429	4 503
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	12,0	12,3	11,3	11,8	11,2	11,9	12,1	12,6	12,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	10	10	12	11	11	13	6	15
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,0	3,4	3,1	3,4	4,0	1,7	4,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-962	-994	-476	-551	-318	-981	-869	-970	-1 065
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,8	-2,9	-1,4	-1,6	-0,9	-2,8	-2,5	-2,8	-3,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 786	11 297	10 791	12 247	13 944	15 922	13 388	13 942	17 160
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 052	5 369	5 280	5 778	6 504	10 326	8 080	7 898	9 493
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 367	9 612	8 668	10 330	11 371	10 125	9 970	11 171	13 239
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 809	3 918	3 930	4 401	4 345	5 111	5 103	5 661	6 215
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 418	1 685	2 123	1 917	2 573	5 797	3 418	2 771	3 921
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 203	13 300	12 552	14 294	15 830	14 546	13 866	14 453	16 447

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 435	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454	1 478	1 471	1 474
* Frauen	1 000	667	667	678	677	674	677	689	689	689

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2019	2020			2021				2022
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	170	174	181	178	183	190	195	193	200
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	422	423	429	431	429	434	439	442	444
* darunter Frauen	1 000	342	343	347	349	347	350	354	356	357
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	15	11	13	15	15	12	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	442	436	441	436	436	436	443	439	440
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	319	316	322	320	316	319	326	325	323
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	225	223	228	228	230	233	237	236	238
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	435	440	448	451	450	450	457	460	459

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	100 289	97 596	98 458	105 405	102 573	102 312	102 452
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	45 619	44 310	44 066	50 186	48 340	47 878	47 248
Männer	Anzahl	66 055	61 853	54 670	53 286	54 392	55 219	54 233	54 434	55 204
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	55 862	48 647	40 247	39 461	40 222	38 828	38 110	38 533	39 833
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	62 051	63 490	60 042	58 135	58 236	66 577	64 463	63 779	62 619
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,2	5,0	4,4	4,3	4,4	4,7	4,6	4,6	4,6
* Frauen	%	4,9	4,7	4,3	4,2	4,2	4,8	4,6	4,5	4,5
* Männer	%	5,5	5,2	4,6	4,4	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	3,5	3,3	3,3	4,2	3,8	3,7	3,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	2,8	2,6	2,5	4,3	3,6	3,4	3,2
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	4,5	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,1	5,0	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0
* Ausländer/-innen[9]	%	13,1	12,1	10,6	10,4	10,5	13,3	12,8	12,6	12,5
Deutsche	%	4,2	4,0	3,6	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	104 908	66 290	29 093	27 920	32 962	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	30 971	37 337	42 069	42 497	42 054	48 098	46 541	44 937	43 451

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	221 882	219 332	216 364	213 558	231 279	231 744	230 552	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 854	110 346	109 124	107 765	106 439	119 848	120 221	119 459	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	153 669	149 423	147 290	145 094	142 999	153 428	153 457	152 617	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	62 673	59 122	58 421	58 071	57 593	65 202	65 481	65 340	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	57 242	56 601	56 272	55 815	63 458	63 755	63 628	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	554	628	609	601	512	576	633	483	403
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	551	545	512	451	498	552	427	354
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	2	4	3	2	4	1	2
Unternehmen	Anzahl	70	66	56	82	37	94	97	52	41
private Haushalte	Anzahl	480	558	551	515	472	480	532	430	360
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	1 319	1 141	1 541	1 270	1 216	1 449	884	772
* Umbauter Raum	1 000 m^3	730	822	757	848	782	730	876	555	492
* Wohnfläche	1 000 m^2	135	154	140	159	143	137	159	105	91
Wohnräume	Anzahl	5 308	5 968	5 451	6 146	5 477	5 392	6 366	4 091	3 532
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	305	287	338	290	311	378	236	215
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	104	121	112	114	139	149	153	121	133
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	13	12	13	20	18	13	12	13
Unternehmen	Anzahl	68	76	74	79	65	77	69	65	69
private Haushalte	Anzahl	23	32	26	22	54	54	71	44	51
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	25	20	13	39	4	10	64	1
* Umbauter Raum	1 000 m^3	839	846	685	762	1 266	696	564	1 868	657
* Nutzfläche	1 000 m^2	168	117	112	100	160	85	91	200	80
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	127	134	214	126	81	98	164	88
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	1 575	1 362	1 847	1 543	1 520	1 660	1 263	1 029
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	7 038	6 512	7 368	6 468	6 576	7 445	5 452	4 481

Landwirtschaft

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 443	11 053	10 125	11 379	11 539	10 037	10 448	10 527	10 919
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 076	1 277	1 415	1 016	1 048	1 233	1 345
darunter										
* Kälber	t	9	7	5	6	6	1	3	6	7
* Jungrinder	t	8	9	3	9	5	2	3	4	8
* Schweine	t	9 791	9 640	9 018	10 068	10 090	8 978	9 372	9 260	9 540
* Eiererzeugung[2]	1 000	19 395	21 737	20 720	20 672	20 412	22 452	23 385	23 511	23 508

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 025	1 025	1 025	1 025	1 025	1 023	1 019
* Beschäftigte[4]	Anzahl	257 903	255 993	257 263	257 920	257 581	258 109	260 129	261 343	261 262
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	29 493	32 384	31 638	31 603	30 722	32 695	30 754
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 065	1 076	1 109	1 162	1 117	1 137	1 156
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	7 996	8 579	8 442	9 651	9 478	10 818	9 212
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	3 844	4 549	4 420	4 750	4 703	5 629	5 503	5 738	5 236
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	1 873	2 065	2 289	2 671	2 597	2 876	2 235
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	87	81	90	98	97	113	99
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	1 616	1 683	1 360	1 252	1 281	2 090	1 642
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 448	2 611	2 602	3 146	3 005	3 067	2 762
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	797	940	1 130	1 322	1 331	1 606	1 029
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	4 437	4 785	4 808	5 447	5 256	5 985	4 908
Exportquote[6]	%	55,6	56,4	55,5	55,8	57,0	56,4	55,4	55,3	53,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	93,1	126,7	142,0	94,3	88,2	107,3	92,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	99,5	105,1	102,9	95,7	86,8	83,7	81,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	84,6	154,8	182,2	95,8	94,0	96,9	84,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	189,6	185,9	178,7	216,3	224,1	257,7	214,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	92,1	104,1	145,8	73,8	62,2	229,1	151,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	99,9	102,9	102,0	90,2	77,0	73,3	73,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	54,1	183,6	209,6	90,0	86,1	89,1	57,5
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	170	171	171	171	171	171	171	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 084	10 083	10 105	10 195	10 163	10 125	10 203	10 361	10 382
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 228	1 246	1 144	1 286	1 233	1 209	1 193	1 290	1 198
* Entgelte[3]	Mill. EUR	48	49	45	44	56	49	46	47	56
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	196	248	228	223	229	231	319
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	296	183	234	214	209	216	216	305
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	23 832	23 905	23 936	24 388	24 479	24 521	24 344
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	2 371	2 683	2 578	2 523	2 447	2 624	2 447
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	423	472	459	480	452	489	461
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	754	831	782	870	835	836	821	859	822
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	1 167	1 340	1 284	1 208	1 175	1 276	1 165
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	652	726	682	672	664	709	649
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	85	84	87	91	93	94	89

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	365	363	339	396	399	426	423	426	416
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	73	68	62	78	79	86	82	88	78
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	125	135	114	132	126	151	150	139	148
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	166	160	163	186	193	189	191	198	190
darunter Straßenbau	Mill. EUR	82	83	87	96	106	101	107	108	106

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	385	485	488	487	484	480	499	499	496
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	16 524	18 926	18 767	18 816	19 137	18 985	19 750	19 555	20 000
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 859	5 610	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745	5 611	5 754
* Entgelte	Mill. EUR	149	170	160	166	168	184	171	181	184
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	537	588	445	552	609	747	506	637	653

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte	2015=100	102,5	103,2	104,2	104,5	104,7	106,0	106,8	107,3	106,8
* Umsatz nominal[7]	2015=100	109,9	117,6	113,2	125,0	126,7	148,1	133,4	148,3	153,7
* Umsatz real[7]	2015=100	106,8	107,8	102,4	112,6	113,1	118,9	105,0	116,7	123,4

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	105,4	105,5	106,1	106,3	106,6	106,9	107,6	108,2	108,6
* Umsatz nominal[7]	2015=100	118,3	120,1	118,4	117,8	125,5	135,6	130,2	132,9	133,4
* Umsatz real[7]	2015=100	112,4	111,5	110,3	109,0	115,5	114,8	109,4	110,0	109,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,2	106,1	106,7	106,8	104,8	106,5	107,7	107,7
* Umsatz nominal[3]	2015=100	115,7	120,6	111,7	122,8	131,4	127,0	124,7	133,0	132,2
* Umsatz real[3]	2015=100	108,3	109,8	101,3	111,1	118,2	106,1	103,9	110,4	108,9

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	84,7	80,3	86,2	87,3	87,1	96,3	96,7	97,9	97,0
* Umsatz nominal[3]	2015=100	76,8	75,4	112,3	113,4	114,0	132,4	127,9	125,9	125,9
* Umsatz real[3]	2015=100	67,8	64,9	96,1	97,2	97,5	105,7	101,6	98,9	98,9

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	458	408	838	852	810	966	962	935	841
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	142	131	107	238	243	173	135
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	2 465	2 282	2 165	2 594	2 802	2 435	2 272
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	454	384	300	739	817	498	379

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 561	1 517	1 735	1 632	1 952	1 903	1 909	1 743	1 890
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 079	1 017	1 243	1 155	1 462	1 413	1 426	1 262	1 322
* Getötete Personen	Anzahl	11	10	11	12	14	23	15	10	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	5	4	7	3	8	15	2	3	2
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	2	6	3	5	8	3	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	-	1	2	1	2
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	1	2	2	2	1	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 361	1 278	1 535	1 417	1 844	1 782	1 782	1 570	1 658

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
schwer verletzte Personen	Anzahl	257	227	296	257	362	322	317	275	260
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	98	93	96	87	122	97	81	95	109
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	69	57	87	66	116	88	112	75	46
Radfahrer	Anzahl	55	46	75	69	76	80	95	73	64
Fußgänger	Anzahl	20	20	19	19	33	12	15	22	19

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	10 320	10 447	9 310	11 174	11 961	11 200	10 065
darunter										
Krafträder	Anzahl	992	882	972	895	603	1 468	2 642	925	678
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	9 583	8 680	7 848	8 208	7 450	8 279	8 261	8 883	8 234
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	1 026	879	813	809	875	863	710
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	382	352	360	481	381	400	325

Personenbeförderung

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	51 647	52 112	55 209	56 046	61 922	58 585	71 740
Personenkilometer[3]	Mill.	510	546	492	518	577	595	625	644	615

Binnenschifffahrt

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Güterempfang	1 000 t	1 031	1 001	969	1 030	893	1 035	937	696	795
* Güterversand	1 000 t	838	823	858	846	801	782	658	472	593

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 071	4 558	4 664	4 564	4 562	5 223	4 951	5 154	5 112
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	313	341	340	340	364	389	360	410	374
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 716	4 183	4 290	4 197	4 163	4 762	4 506	4 643	4 575

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Rohstoffe	Mill. EUR	29	32	33	28	33	38	35	34	31
* Halbwaren	Mill. EUR	144	172	163	161	199	230	195	180	194
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 543	3 979	4 094	4 008	3 931	4 495	4 276	4 429	4 351
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	906	1 126	1 111	1 128	1 212	1 428	1 284	1 328	1 284
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 637	2 853	2 983	2 880	2 719	3 067	2 992	3 102	3 067
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 707	3 159	3 231	3 190	3 111	3 635	3 388	3 359	3 451
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 195	2 559	2 580	2 334	2 504	3 053	2 840	2 791	2 870
Belgien	Mill. EUR	185	241	246	257	236	282	236	273	240
Luxemburg	Mill. EUR	50	55	64	44	54	57	58	50	52
Dänemark	Mill. EUR	45	50	49	50	46	55	54	54	46
Finnland	Mill. EUR	29	32	31	27	30	37	44	39	38
Frankreich	Mill. EUR	392	437	444	360	420	515	496	485	491
Griechenland	Mill. EUR	78	79	36	110	116	171	71	124	137
Irland	Mill. EUR	27	27	35	21	32	30	34	31	33
Italien	Mill. EUR	218	271	296	214	261	327	333	265	288
Niederlande	Mill. EUR	247	275	293	227	256	355	345	267	327
Österreich	Mill. EUR	171	193	201	182	196	219	194	199	211
Schweden	Mill. EUR	66	71	61	60	71	88	69	76	78
Spanien	Mill. EUR	176	195	204	172	190	218	209	210	226
Portugal	Mill. EUR	25	39	39	38	33	30	40	30	37
Großbritannien	Mill. EUR	213	194	218	182	197	234	222	228	234
* Afrika	Mill. EUR	97	105	103	95	100	133	130	141	139
* Amerika	Mill. EUR	583	608	624	596	691	750	747	855	846
darunter nach USA	Mill. EUR	415	407	411	398	461	507	496	574	586
* Asien	Mill. EUR	640	631	632	601	617	642	617	704	620
darunter nach China	Mill. EUR	227	198	198	171	193	178	180	189	163
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	43	54	74	81	43	62	68	94	55

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 951	3 517	3 582	3 301	3 422	4 259	3 948	3 920	4 174
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	308	333	324	348	323	514	358	370	388
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 518	3 021	3 101	2 813	2 923	3 525	3 362	3 289	3 431
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	32	41	40	41	42	67	56	51	41
* Halbwaren	Mill. EUR	204	243	234	218	245	405	364	343	351
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 283	2 737	2 828	2 554	2 636	3 053	2 942	2 895	3 039

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2020	2021			2022			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	501	641	697	681	666	827	786	802	717
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 782	2 096	2 131	1 874	1 970	2 226	2 155	2 094	2 322
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 127	2 492	2 594	2 358	2 401	2 923	2 738	2 586	2 911
darunter aus										
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	-	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	1 804	2 148	2 194	2 057	2 080	2 603	2 406	2 242	2 562
Belgien	Mill. EUR	198	251	267	276	249	332	315	341	342
Luxemburg	Mill. EUR	42	44	50	49	41	57	54	62	55
Dänemark	Mill. EUR	40	47	59	44	48	37	37	37	39
Finnland	Mill. EUR	13	13	15	14	15	15	18	18	18
Frankreich	Mill. EUR	272	310	308	293	320	385	362	328	349
Griechenland	Mill. EUR	15	20	22	20	10	31	20	19	22
Irland	Mill. EUR	45	62	64	85	53	55	25	26	40
Italien	Mill. EUR	200	248	261	202	221	296	285	202	263
Niederlande	Mill. EUR	248	262	276	246	224	345	355	287	330
Österreich	Mill. EUR	138	157	176	133	158	153	175	138	138
Schweden	Mill. EUR	26	34	34	21	42	29	32	26	32
Spanien	Mill. EUR	144	166	141	129	144	167	164	147	305
Portugal	Mill. EUR	21	28	32	26	24	36	38	31	33
Großbritannien	Mill. EUR	92	74	121	71	64	64	72	77	69
* Afrika	Mill. EUR	50	58	45	45	77	122	109	85	44
* Amerika	Mill. EUR	247	291	246	309	267	409	306	426	346
darunter aus USA	Mill. EUR	189	220	190	187	183	258	223	331	284
* Asien	Mill. EUR	516	667	689	582	667	794	784	812	856
darunter aus China	Mill. EUR	260	344	337	327	327	421	446	428	485
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	7	7	7	5	7	7	7	8	12

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	2 507	2 915	2 536	2 423	2 679	2 366	2 076
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	402	534	468	443	426	323	252
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	1 633	1 838	1 652	1 567	1 807	1 671	1 439
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	1 877	2 254	1 998	1 999	2 079	1 981	1 730
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	245	345	286	310	308	283	203
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 183	1 391	1 280	1 287	1 337	1 343	1 170

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Insgesamt	Anzahl	280	452	393	364	389	402	414	424	357
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	39	31	31	57	44	48	43
* Verbraucher	Anzahl	146	294	249	243	257	263	255	273	225
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	83	74	78	69	94	82	75
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	16	20	22	16	23	13	21	21	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	62	40	74	58	160	150	39

Handwerk[2]

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	99,3	98,6	98,1	98,0	99,7	98,4	97,8	97,2	98,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	100,0	101,2	81,2	101,3	104,3	117,9	93,9	108,2	114,9

Preise

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	110,3	109,9	110,6	120,3	121,0	120,7	119,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	107,4	107,5	107,6	109,0	109,1	109,4	109,5

Verdienste[7]

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	4 328	3 867	3 970	4 017	4 053	...	...	...
* Frauen	EUR	3 761	3 894	3 527	3 602	3 661	3 698	...	...	...
* Männer	EUR	4 360	4 506	4 008	4 121	4 164	4 199	...	...	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 891	8 054	7 039	7 151	7 164	7 189	...	...	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 932	5 041	4 566	4 652	4 697	4 740	...	...	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 569	3 695	3 308	3 416	3 475	3 505	...	...	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 888	2 997	2 698	2 809	2 828	2 868	...	...	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 450	2 522	2 283	2 369	2 453	2 458	...	...	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 391	4 542	3 943	4 103	4 113	4 149	...	...	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 039	4 194	3 830	3 789	3 825	3 930	...	...	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 567	4 726	4 112	4 225	4 229	4 279	...	...	...
* Energieversorgung	EUR	5 790	5 869	5 153	5 299	5 214	5 212	...	...	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 846	3 882	3 562	3 622	3 637	3 642	...	...	...
* Baugewerbe	EUR	3 744	3 891	3 307	3 655	3 699	3 676	...	...	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 048	4 181	3 816	3 878	3 952	3 989	...	...	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 826	4 006	3 401	3 547	3 708	3 724	...	...	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 100	3 199	2 934	2 960	2 999	3 100	...	...	...
* Gastgewerbe	EUR	1 977	2 029	(1 395)	1 631	2 379	2 375	...	...	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 396	5 527	5 026	5 093	5 158	5 187	...	...	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 645	5 666	4 894	4 875	4 954	4 963	...	...	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(4 408)	4 592	(3 969)	4 031	(4 047)	(4 107)	...	...	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 969	5 234	4 624	4 669	4 702	4 783	...	...	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 914	3 105	2 801	2 954	3 008	3 033	...	...	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 175	4 248	4 096	4 128	4 128	4 128	...	...	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 752	4 848	4 694	4 703	4 692	4 728	...	...	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 192	4 279	3 970	4 037	4 044	4 084	...	...	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 939	2 918	(2 273)	(2 482)	3 117	3 160	...	...	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 871	3 930	3 591	3 678	3 732	3 777	...	...	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 254	125 993	123 861	124 993	127 152	127 965	130 771	133 534	148 827
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	7 893	7 646	7 836	7 658	7 822	7 268	8 279	8 960	11 093

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	7 715	7 500	7 786	7 561	7 487	7 165	7 282	7 289	10 187
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	104 646	110 847	108 239	109 774	111 843	113 532	115 210	117 285	127 547
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 565	123 160	121 013	122 220	124 234	125 171	127 715	130 486	142 886
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 870	115 551	113 250	114 535	116 732	117 688	120 128	122 766	134 918
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 695	7 608	7 763	7 685	7 502	7 483	7 587	7 720	7 968
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	2 689	2 833	2 848	2 773	2 918	2 794	3 056	3 048	5 941
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	129 485	136 413	134 822	134 646	137 653	138 529	139 990	140 220	141 975
Sichteinlagen	Mill. EUR	87 046	94 508	92 738	93 083	96 046	96 165	97 267	97 619	99 498
Termineinlagen	Mill. EUR	15 329	15 117	15 147	14 741	14 917	15 662	16 062	16 211	16 332
Sparbriefe	Mill. EUR	1 907	1 503	1 638	1 505	1 458	1 410	1 422	1 438	1 582
Spareinlagen	Mill. EUR	25 203	25 285	25 299	25 317	25 232	25 292	25 239	24 952	24 563
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	127 638	134 492	133 021	132 836	135 790	136 322	137 789	137 907	139 614
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	123 943	130 373	129 363	129 059	131 459	131 609	133 238	133 312	135 023
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 695	4 120	3 658	3 777	4 331	4 713	4 551	4 595	4 591
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 847	1 920	1 801	1 810	1 863	2 207	2 201	2 313	2 361

Steuern

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	5 667	4 875	4 282	6 376	6 941	5 470	6 952
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	1 847	805	3 182	1 366	2 132	937	1 243
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	787	724	1 450	1 478	404	854	1 323
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	-	-	640	686	-	-	518
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	656	25	34	-6	701	28	13
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	63	30	83	52	54	30	37

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	9	7	76	41	3	4	39
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	-	-	70	36	-	-	36
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	332	19	1 538	-200	970	21	-169
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-	-	-157	-108	-	-	-175
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	3 820	4 070	1 100	5 011	4 809	4 534	5 710
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	610	642	536	731	650	-73	608
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	3 211	3 427	564	4 280	4 159	4 606	5 102
Zölle	Mill. EUR	223	254	283	295	295	305	390	399	363
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	73	15	109	11	89	20	21
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	4	3	3	1	-3	4	7
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	69	11	107	9	92	16	14
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	129	116	118	110	111	90	105
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	27	35	30	28	21	23	39
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	77	64	71	63	56	50	48
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	21	14	14	15	28	14	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	2	2	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	2	3	2	2

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	673	713	866	1 570	1 545	1 047	1 072
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	5	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	143	161	162	140	151	162	181
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	514	536	682	1 407	1 369	859	861
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	20	14	12	10	16	19	21	21	25

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 157	1 475	660	1 239	1 334	2 668	1 544	1 545	1 606
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	428	730	497	490	633	1 299	1 295	718	775
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	7	491	430	1 007	72	554	540
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	-4	82	87	199	1	84	80

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 136	1 386	1 421	1 030	2 089	1 184	1 533	614	1 183
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	129	116	118	110	111	90	105
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	526	725	735	266	1 403	458	900	317	443
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	348	256	229	544	514	91	282	486
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	85	114	279	11	14	-2	298	12	5
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	110	30	14	43	28	24	11	20
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	14	4	3	34	18	2	2	17
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	51	139	166	10	769	-100	485	10	-85
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	497	541	557	615	564	613	522	159	635
Umsatzsteuer	Mill. EUR	334	374	391	403	336	463	312	-46	386
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	162	167	166	211	228	150	210	205	249
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	-	23	2	2	-	34	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	-	10	1	1	-	14	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 140	2 631	2 797	2 419	2 073	3 095	3 492	2 863	3 444
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	73	15	109	11	89	20	21
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	814	345	1 474	569	982	401	518
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	1 910	2 036	486	2 513	2 421	2 408	2 905
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	-	23	2	2	-	34	1

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Dezember 2022

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsqualifikationsfeststellungsverfahren 2021 – Erhebung nach §17 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)
Kennziffer: B2033 202100

Studienseminare 2022 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. März 2022)
Kennziffer: B3023 202221

Ausbildungsförderung 2021
Kennziffer: B3063 202100

Weiterbildung 2021
Kennziffer: B4013 202100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im November 2022
Kennziffer: C2013 202206

Ernteberichterstattung über Obst im November 2022
Kennziffer: C2033 202204

Rinderbestände und Rinderhaltungen im November 2022
Kennziffer: C3073 202222

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Oktober 2022
Kennziffer: E1033 202210

Bauhauptgewerbe im Juni 2022 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau – Ergänzungserhebung
Kennziffer: E2033 202200

Ausbaugewerbe im Juni 2022 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3033 202200

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 3. Vierteljahr 2022
Kennziffer: E5023 202243

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2022
Kennziffer: F2033 202210

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Oktober 2022
Kennziffer: G3023 202210

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Oktober 2022
Kennziffer: G4023 202210

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2022
Kennziffer: H1023 202209

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2021 – Teil I: Erzieherische Hilfen – Teil IV: Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1053 202100

Sozialhilfe 2021 – Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII – Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1153 202100

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am 31. Dezember 2021
Kennziffer: L3013 202100

Umwelt

Öffentliche Klärschlammentsorgung 2021
Kennziffer: Q3063 202100

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2022
Kennziffer: Z1013 202209

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
(Berechnungsstand: August 2022)
Kennziffer: A6315 202100

Kulturindikatoren auf einen Blick – Ein Ländervergleich – Ausgabe 2022
Kennziffer: B5025 202201

Kulturfinanzbericht 2022
Kennziffer: Z1055 202201

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Dezember 2022
Kennziffer: Z2201 202212

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2022
Kennziffer: Z2101 202200

Verzeichnisse und Adressarien

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
(Stand: Dezember 2022)
Kennziffer: A5034E202200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © Chinnapong – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2023

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.